INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



9. Januar 1992

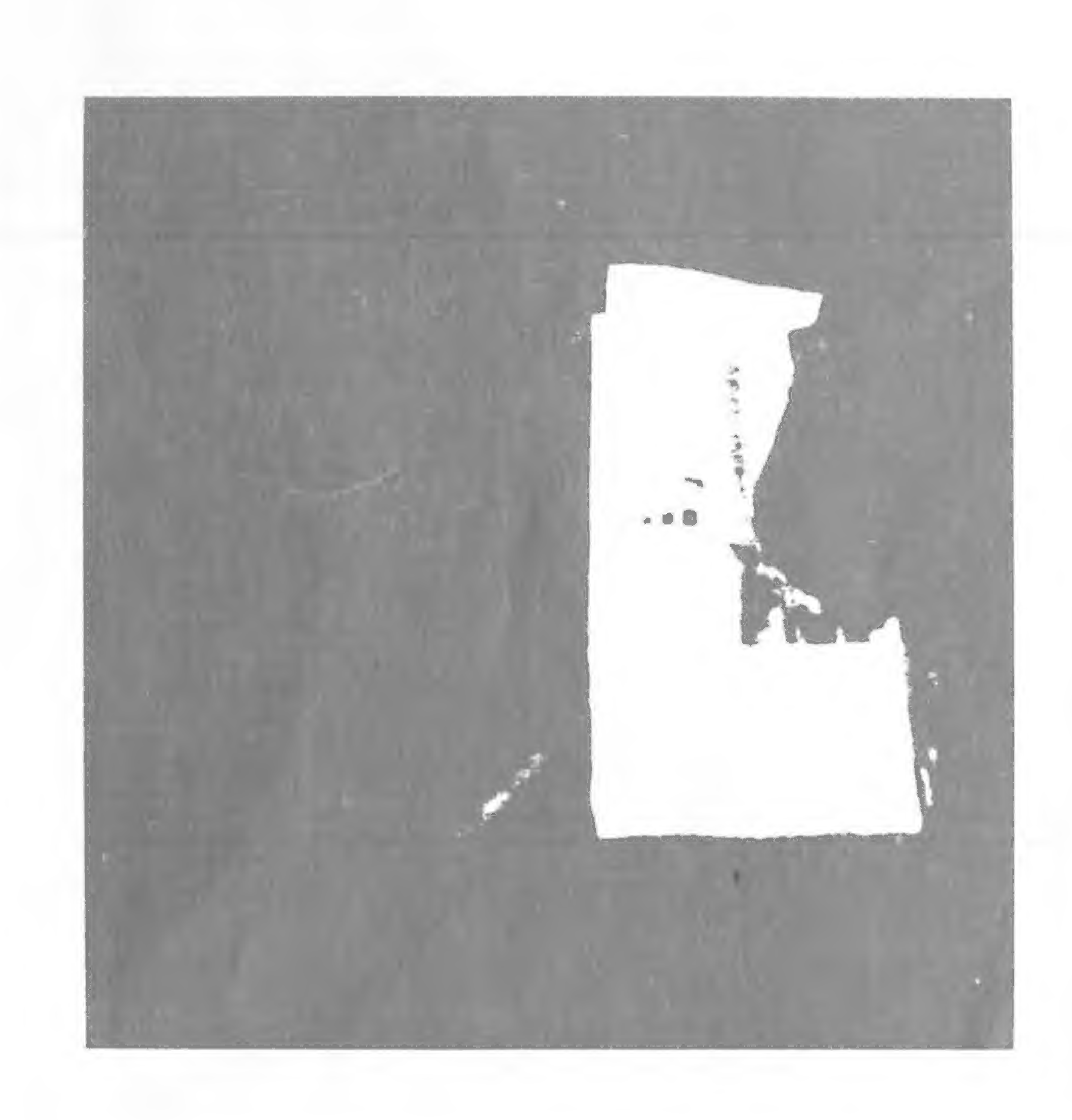
Nr. 175

Hallo,

nachdem der Jahreskalender endlich Gültigkeit hat, das Aneignungs- und Knallerfest vorüber ist, ist auch die INTERIM-freie Zeit vorbei. Ein bißchen enttäuscht über den Inhalt des Briefkasten waren wir ja schon, können uns natürlich auch an die eigene Nase fassen, haben schließlich auch nichts aufś Papier gebracht. Die Vorweihnachtsnummer hat anscheinend nicht nur uns gut gefallen, was sich am reißenden Absatz ausdrückte, dagegen ist der Berlin-Bezug in diesem Heft eher dürftig ausgefallen.
Anstatt die 3-wöchige Weihnachtspause diskutierend und schreibend produktiv zu nutzen, sind mal wieder fast alle zu Mami und Papi unter den Weihnachtsbaum gekrochen oder haben sich im sonnigen Süden dem Konsumterror entzogen. Ja,ja aber anstatt mit ihren/seinen Liebsten zu teilen, habt ihr die Süßigkeiten mal wieder alleine in euch hineingestopft, denn hier ist außer einem Kuchen(Vielen Dank) nur ein paar Reste angekommen.
Zur Vervollständigung des Heftes wurde ein längerer Artikel zur Organisation 17.November in Griechenland aus der SWING, ein Text zur Situation von Frauen in Algerien aus der AGITARE BENE, sowie ein Bericht über die schwarze Jugend in den USA geklaut.
In dem Artikel zur Kreuziger 23 werden schwere Vorwürfe gegen Leute aus dem Haus erhoben. Wir erwarten eine Reaktion der Betroffenen und hoffen auf eine offene Auseinandersetzung.
Dank auch an die Demo- und Familienphotos!

Ordnerliste:

Interview mit Sergio Martinez (Kolumbien)
Pressemitteilung der PFLP zur Friedenskonferen.
Gruppenbildung bei "Linksradikalen"
Spendenaufruf für das Museum/Ausschwitz
Frere Sous Kolumne
Gedicht



Inhaltsverzeichnis:

Impressum

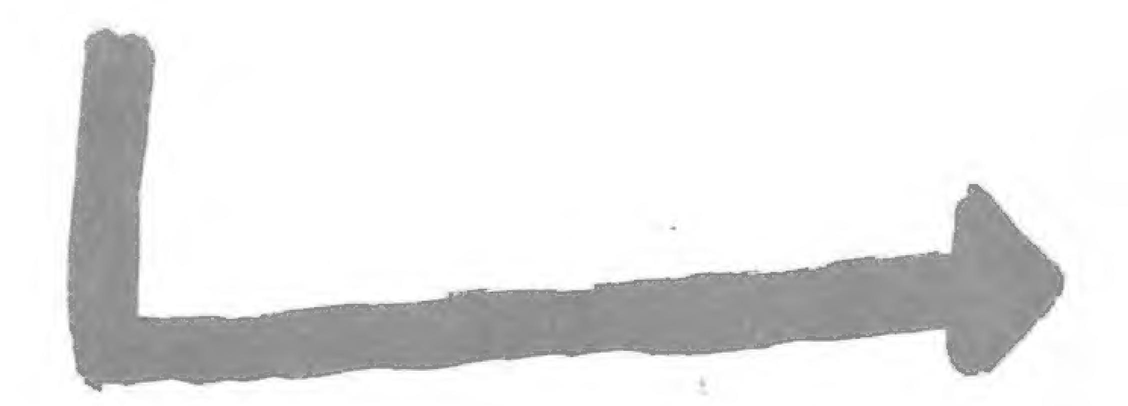
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Dieses Photo wurde uns mit dem nebenseitigem BekennerInnenschreiben zugeschickt.
Es zeigt die Geisel der VolxsportlerInnen mit einer aktuellen Tageszeitung.
Mit dieser Veröffentlichung haben wir eine Forderung der ErpresserInnen erfüllt und damit unseren Beitrag zur unversehrten Freilassung der Geisel erfüllt.



wir haben am 5. januar die carl-diem-gedenktafel aus dem olympiastadion entführt.
carl diem war generalsekretär der nazi-olympiade 1936 in berlin.
zur belohnung dafür durfte er hinterher als leiter des internationalen olympischen instituts und als chef der auslandsabteilung des nationalsozialistischen reichsbundes für leibesübungen propaganda für den faschistischen sport betreiben.
1931 sagte diem, "krieg und sport gehören zusammen. der krieg ist der vornehmste, ursprünglichste sport, der sport par excellence und die quelle aller anderer sportarten."
getreu seiner doktrin kämpft diem bis zuallerletzt für nazi-deutschland, er ist mitglied im "volkssturm" des havelfront-bataillons der reichssportführung, die noch über den tod hitlers hinaus versucht, berlin gegen die rote armee zu verteidigen.
wie die meisten nazis überstand diem die befreiung vom hitler-faschismus ohne für seine taten zur verantwortung gezogen zu werden.
wie seine alten kumpane machte auch er in der brd karriere. bereits 1947 durfte diem auf dem chefsessel der sporthochschule köln platznehmen. 1950 folgte seine ernennung zum ersten sportreferenten der brd regierung.
diem ist ein typisches beispiel, wie die brd ihre nazi-vergangenheit aufarbeitete - nämlich überhaupt nicht.
in spandau ist eine schule nach diem benannt und im olympiastadion war bis gestern eine gedenktafel, die an seine "verdienste" für nazi-deutschland 1936 erinnern soll.
der berliner senat bewirbt sich in trauter einheit mit einem sponsorenpool mächtiger und mächtigster konzerne (u.a. daimler-benz) für die olympischen spiele im jahr 2000. die spiele von 1936 werden nahezu völlig verdrängt, in den bergen von offiziellen papieren erscheinen dazu lediglich 1 1/2 sätze. trotzdem oder gerade deswegen scheute sich der senat nicht, bei der ioc-tagung im september ein konzert im pergamon-museum zu veranstalten - genau wie es die nazis 1936 taten.
mit schönfärberischen lügen soll in der bevölkerung eine olympia-begeisterung entfacht werden, die für solch ein projekt unverzichtbar ist. doch die leute lassen sich nicht so einfach verarschen, nach einer umfrage im november 1991 ist die mehrheit der bevölkerung für das olympia-projekt des senats nicht zu gewinnen.
mit den spielen im jahr 2000 soll "großdeutschland" seine vergangenheit endgültig verziehen werden. so wie münchen 1972 die endgültige rückkehr in die "zivilisierte welt" darstellte, sollen im jahr 2000 im berliner olympiastadion die letzten schatten und erinnerungen an nazi-deutschland getilgt und der hegemonial-anspruch "großdeutschlands" für europa offenkundig gemacht werden.
unsere intervention ist ein beitrag zu den anti-olympia-aktivitäten in dieser stadt.
die rückgabe der gedenktafel läuft unter folgenden bedingungen ab:
- sofortige einstellung sämtlicher olympia-aktivitäten des berliner senats
- diepgen als aufsichtsratsvorsitzender der olympia-gmbh erklärt den verzicht auf die kandidatur für das jahr 2000 und alle zukunft
- sämtliche "BERLIN"-schilder an der stadtgrenze werden um den zusatz "NOLYMPIC-CITY" ergänzt
- ungekürzte und unverfälschte veröffentlichung unseres kommuniques in allen medien bis spätestens mittwoch, 8.1., 20.00 uhr
- die zusage, daß alle unsere forderungen erfüllt werden, gibt diepgen in der sportschau am 12. januar bekannt
werden die forderungen nicht bis mittwoch, 15.1., erfüllt, werden wir die gedenktafel einschmelzen, zu krähenfüßen verarbeiten und sie somit emanzipatorischen zwecken zuführen.

nie wieder olympia - schon gar nicht in berlin
kommando lutz grüttke, 6. januar 1992

BITTE VERÖFFENTLICHEN

aufruf ostdeutscher springerfeinde

nachdem wir im osten jahrelang eine gleichgeschaltete,weil dem willen und der meinung einer partei unterworfene,presse hatten, droht jetzt eine gleichgeschaltete,weil dem willen und der meinung des springerkonzerns unterworfene.presse,wie mensch sie selbst in westdoitsschland nicht finden wird.
erinnern wir uns:als in der wendezeit im osten die stalinistischen strukturen zerbrachen,entwickelten sich die zeitungen binnen kürzester zeit von propagandablättern der sed zu unabhängigen und wirklich kritischen zeitungen,wobei sich die einzelnen blätter in unterschiedliche richtungen profilierten.als sich schon kurz nach dem mauerfall die übernahme der ddr durch den westen abzeichnete, führte dies zu einer kommerzialisierung der presselandschaft,was sich in einem mehr an werbung und unterhaltung und einem weniger an kritischen informationen äußerte.als dann die währungsunion beschlossene sache war,kam die bild-zeitung(springers größtes verbrechen) als eine zeitung unter vielen auf den ostmarkt.doch die situation hat sich seit dem geändert.der springerkonzern kaufte sich verschiedenste ostdeutsche tageszeitungen,um sie eingehen zu lassen und den markt für die bild frei zu schießen.um den schein zu wahren,läßt der konzern einige der gekauften zeitungen weitererscheinen,um sie langsamer sterben zu lassen und so noch besser den markt kontrollieren zu können.im täglichen konkurrenzkampf sticht bild andere zeitungen durch niedrigstpreise an kiosken und zeitungsautomaten,an denen mensch nichts zu zahlen braucht,aus. diese automaten sind der schwachpunkt im springerkonzept.sie stehen an fast jeder ecke,an fast jeder kreuzung,an jedem parkplatz und an jeder,haltestelle öffentlicher verkehrsmittel,so daß der/die informationshungrige konsumentIn(die menschen im osten wollen informiert werden)auf seinem arbeitsweg nur zuzugreifen braucht und kostenlos mit lügen und informationen der bild-zeitung versorgt wird.wenn wir nun diese automaten anzünden,abfackeln,zerschlagen oder demontieren(erste aktionen haben gezeigt,daß springer nicht in der lage ist,die automaten in einer zeitspanne von weniger als 2 wochen zu ersetzen.es entstehen echte lücken im vertriebsnetz und niemenschd braucht jeden tag den automaten an immer der selben stelle zu zerstören),sind die leute,die sich sonst hier bedienen, gezwungen,andere und bessere(wenn auch nicht wirklich gute)zeitungen zu kaufen.erste aktionen haben bewiesen,daß die masse der menschen hier bereit ist im falle eines bild-ausfalls andere zeitungen zu lesen und diese auch zu bezahlen.

GIB SPRINGER KEINE CHANCE!
FEUER UND FLAMME FÜR BILD!!
ANARCHIE UND PHANTASIE GEGEN DAS GROSSGERMONEY!!!

anarchistische aktionsgruppe schwArze welt

"Die liberale Demokratie ist das Gesicht, das die besitzenden Klassen zeigen, wenn sie keine Angst haben; der Faschismus jenes, das sie zeigen, wenn sie Angst haben." (Guilini)

Wir haben heute die Münchner Zentrale der faschistischen DVU angekokelt, die zugleich Bundeszentrale ist und Verlagshaus der "Nationalzeitung", der "Deutschen Wochenzeitung", sowie einer Schwemme weiterer faschistischer Publikationen.
Obwohl die Hauptkampffront gegen die bürgerlich-kapitalistische BRD und ihre multinationalen Konzerne gezogen werden muss, drängt sich militärisches Vorgehen gegen die vielfältigen Nazistrukturen als Notwendig auf.
Zu den Mitteln, mit denen die Protagonisten der imperialistischen Staaten den Ostblock vernichtet haben, gehört das Versprechen, in Saus & Braus zu leben.
Da das naturgemäss nicht eingelöst werden kann, haben sie sich Probleme an den Hals geschafft, die zu lösen sie nicht in der Lage sind.
Statt Kaviar & Sekt zum Frühstück bracht die Annexion der DDR der dortigen Bevölkerung mehrheitlich Existenzangst, Armut und Entwürdigung.
Wenn in den osteuropäischen Ländern und auf den Trümmern der UdSSR nun durch Imperialistische Agenten und bürgerliche Elemente, die sich vom grossen Kuchen ein Scheiblein versprechen, sog. Nationalitätenkonflikte geschürt werden, um von den tatsächlichen Ursachen der immer schlimmer werdenden Misere abzulenken, so findet sich freilich auch das deutsche Gegenstück, die Hatz gegen ImmigrantInnen.
Das Hochkochen von Antikommunismus anhand der gestürtzten Revisionisten, soll ein für alle Mal verankern: neben der kapitalistischen Klassenordnung gibt es keine Möglichkeit der Organisierung von Gesellschaft und Produktion.
Die Existenz von Besitzenden und Abhängigen, von Herrschern und Beherrschten, die Vorherrschaft der westlichen Industrienationen, usw. usw. all das wird zum Naturgesetz erhoben, eine selbstbestimmte Perspektive soll das Volk gar nicht erst ahnen dürfen.
Werden diverse Linksgerichtete bis ans Ende der Welt gejagt, so ist es um die Faschisten ganz anders bestellt.
Deren Ideologie beinhaltet die radikale, kämpferische Ausprägung der oben genannten Maximen, von der Heuchelei des bürgerlich-intellektuellen Liberalismus gereinigt.
So kommt ihnen die Aufgabe zu, das durch die Kapitalmonopolisierung verelendende Kleinbürgertum für die gleichen Ziele zu mobilisieren.
Mit der Verelendung schwindet diessem die auf Besitztum gegründete individuelle Idendität, wobei der Liberalismus keine Neuorientierung zu geben vermag.
Ein Vacuum entsteht, das "kollektive Werte" wie Nation & Rasse scheinbar füllen.

Im Ramen des Kriesenlösungsmanagements gefällt es den Staatsschutzstrategen die Faschisten für ihre Zweche zu funktionalisieren.
Wenn sie auch nicht des Versuch der Weimarer Republik wiedergolen, die Nazis erst hochzupushen, auf dass sie mit KommunistInnen und anderen unliebsamen Erscheinungen aufräumen, um hinterher die Macht mit weisser Weste erneut zu übernehmen, so sichern sie eine schrittweisse Etablierung rechtsradilaler Organisationen wie den REPS und der DVU ab um sie als Kräfte im pluralistischen System zu installieren, parallel dazu illegalisieren sie den antifaschistischen Kampf.
Als Beispiel hierfür mag die REP-Demo vor einiger Zeit in München dienen, bei welcher der erste Pieps einer Parole der wenigen GegendemonstrantInnen ausreichte für massive Knüppeleinsätze und 59 Festnahmen.
Die Herrschenden haben die Taktik gewählt:
auf der Strasse die Nazis, an der Schalthebeln die Demokraten.
Übergriffe auf Asylanten werden gestattet, sind schliesslich Progrome von je ein bewährtes Mittel zur Kanalisierung von Agressionspotential, während die gesellschaftliche Diskussion in die gleiche Richtung gesteuert wird, nur für das verhätschelte Bürgerseelchen und kritische Stimmen aus dem Ausland die saubere Umgehensweisse mittels der bürgerlichen Justitz vorgeschlagen wird.
Als Vertreter diesser S6trasse ist die DVU in die bremische Bürgerschaft eingezogen.
An 14. März veranstalten sie ihren Parteitag in Passau.
Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass apellatives Aufsch4reien an Staat und Bevölkerung keinen Sinn macht. Die DVU ist bekannt.
Und so symphatisch Blokaden und ähnliche Aktionsformen, mit der Vorstellung die Veranstaltung anzugreifen auch sind, so hilflos muten sie an, solange sie nicht aus einer auf klaren und nachvollziehbaren Zielstzungen basierenden, bewusst und diszipliniert handelnden, organisierten Bewegung heraus geführt werden.
Wir schlagen kontinuierlich arbeitende Kleingruppen vor, die auf diesses Nahziel hinwirken und zugleich mit den Mitteln der Propaganda und des militanten Angriffs die Strukturen der Nazis direkt angehen.
Wir glauben ferner, dass kollektive theoretische & praktische revolutionäre Ausbildung die Grundvoraussetzung jeglicher politischen Handlungsfähigkeit ist.
Ansonsten wünschen wir ein für den Aufbau einer kämpfenden kommunistischen Bewegung und die zugleiche Zerschlagung der Nazirotten erfolgreiches, powerfull volles und freudiges 1992!

31. 12. 1991

Generalbundesanwaltschaft ermittelt gegen Göttinger Autonome

"Wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in *einer* terroristischen Vereinigung" ermittelt die Generalbundesanwaltschaft (BAW) in Karlsruhe "gegen *offiziell* bisher unbekannte Personen aus der autonomen Szene in Göttingen". So steht es im Göttinger Tageblatt (GT) am 24.12.1991 bzw. in der Frankfurter Rundschau am 27.12.1991.
"Anlaß für die Verfahren seien eine Reihe von Brandanschlägen in Göttingen und Umgebung", die die BAW *einer* terroristischen Vereinigung zuordnet. Um die Absurdität dieser Konstruktion zu verdeutlichen, also die Verschiedenartigkeit der Anschläge hervorzuheben, dokumentieren wir im folgenden die in der Presse namentlich genannten Aktionen in chronologischer Reihenfolge und zitieren aus den Erklärungen:
1. Humangenetische Beratungsstelle der Universität Göttingen,
30.10.1990, Brandanschlag, 50.000 DM Schaden.
Zitat:"(..) Conny und Günter - das war Mord! Wir haben die humangenetische Beratungsstelle angegriffen, weil sich für uns an (auch) diesem Punkt die Kontinuität des Nazifaschismus und seiner Ideologie begreifen läßt. Die Vorläufer der humangenetischen Beratungsstellen waren im Nationalsozialismus die Eheberatungsstellen. Die Eheberatung sollte mit Hilfe von Eheverbot, Zwangsabtreibung, Zwangssterilisation die Vermehrung von "minderwertigem" Leben verhindern (..)
So ist es z.B. längst nicht mehr in der Macht der spanischen Regierung, allein eine Entscheidung in Bezug auf den Hungerstreik der spanischen Gefangenen aus der Grapo und PCE(R) für ihre Wiederzusammenlegung zu treffen. Seit genau 11 (!) Monaten sind die Gefangenen dort im Hungerstreik. Am 177. Tag starb Jose Manuel Sevillano (..)
Für den Kommunismus !"
2. Institut für Strafrecht an der Universität Göttingen, 9.2.1991, Brandanschlag, 500.000 DM Schaden.
Zitat:"(..) Für das, was die BRD mit neuer Friedensordnung meint, und wie sie im Innern durchgesetzt werden soll, daran arbeitet unter anderem das Institut für Strafrecht an der Universität Göttingen. Wir haben am 9.2.'91 dieses Institut angegriffen. Hier:
- werden Gesetze zum Einsatz von Under-Cover-Agents, politischer Lockspitzel erarbeitet (Forschungsbereich Burghardt)
- weitere geheime Forschungen gemacht, die BKA Verschlußsache sind
- arbeiten Ministerialdirigenten, sowie Staatssekretäre und hohe Richter und betreiben ihre "Forschungen"
- (..)
Eine kämpfende Gruppe"
3. Fernmeldeeinrichtung der Polizei, 9.11.1991, Brandanschlag, 50.000 DM Schaden
Zitat:"(..) Mit der Aktion wollten wir die Bullen nicht nur materiell schädigen, sondern uns ging es darum, sie an einen ihrer "schwachen Punkte" (die Infrastruktur) anzugreifen (..) Bei faschistischen Überfällen schauen die Bullen entweder zu, wie z.B bei den Angriffen auf ein Wohnheim von ArbeitsmigrantInnen in Hoyerswerda, oder sie stellen sich beschützend vor die Faschisten, wenn den Angriffen etwas entgegengesetzt wird. Wenn es hingegen zu Einsätzen gegen AntifaschistInnen kommt, wird das ganze Waffenarsenal vom Schlagstock bis zur Knarre (siehe Räumung der Mainzer Straße) eingesetzt, und auch schon 'mal der Tod eines Menschen in Kauf genommen. So auch vor 2 Jahren, als (..) Conny (..) ermordet wurde.
Kommando Antonio Amadeu"
Es bleibt anzumerken, daß laut GT vorübergehend das gesamte Rettungswesen des Landkreises Göttingen lahmgelegt, der Polizeifunk aber nicht beeinträchtigt wurde.
4. Polizeiobermeister (POM) Dorns PKW incl. Carport (überdachter Parkplatz), 14.11.1991, Brandanschlag, 30.000 DM Schaden
Zitat:"(..) Udo Dorn arbeitet mit großem persönlichen Engagement im 7. Kommissariat der Polizei Göttingen, der politischen Abteilung des Bullenapparates.
Das 7. Kommissariat steht verantwortlich hinter Einsatztaktik und Zielen des ZSK (Ziviles-Streifen-Kommando) (..) Das ZSK existiert zur Ausleuchtung und Unterdrückung des linksradikalen Widerstandes im Bereich Göttingen (..).
Autonomes Kommando POMPOM"
Es werden weitere Brandanschläge etc. erwähnt, aber nicht spezifiziert. Gemeint sein könnten folgende:

... Hinweise an die Polizei
Zitat:"(..) Dieser Anschlag zeigt unsere Entschlossenheit im Kampf gegen den Bullen- und Unterdrückungsapparat. Polizeiaktionen, wie die Ermordung von Conny am 17.11.1989 in Göttingen im Zusammenhang mit einer antifaschistischen Aktion, die Räumung der besetzten Häuser, in denen Menschen frei und selbstbestimmt leben wollen, das Zusammenknüppeln von Demonstrationen, wobei die Bullen auch hierbei über Leichen gehen, das Bespitzeln und Abhören von Menschen, die sich gemeinsam gegen Atomenergie, Nazitreffen, Frauenunterdrückung, Volkszählung, Rüstung...wehren, die Abschiebung von AusländerInnen, die Unterdrückung und Überwachung von allen Menschen, die sich nicht in das einig Vaterland einreihen, bleiben nicht ungestraft. Erst dieser Polizeiapparat sichert die Herrschaft der Machthaber, die in den Vorstandsetagen der Großkonzerne sitzen. (..)
Kommando Menschen statt Roboter"
Im Harz-Kurier vom 22.12.1990 wird eine Frau erwähnt, die sich anonym bei der Polizei eine Woche vor dem Brand gemeldet haben soll und "Hinweise auf eine Diskussionsveranstaltung in Göttingen" gab.
6. Brandanschlag auf Burschenschaft, 2.11.1991, 1.000 DM Schaden. Eine Erklärung hierzu gibt es nicht.
7. Lagerschuppen des GT, 18.11.1991, größere Schäden durch Brand. In der Nähe wird ein Stück Pappe mit der Aufschrift "Liebesgrüße von den Autonomen an die Polizei" gefunden.
8. Aldi-Filiale mit Steinen eingedeckt, 4.12.1991
Zitat:"(..) aldi ließ das in Köln besetzte Franz-Rheinberger-Zentrum räumen. (..)
Autonome gegen Sanierung"
9. aldi-Filiale "mit Metallkleber vollgepumpt und mit Nadeln veredelt" durch ein "Kommando aldi zu", 4.12.1991
10. PKW eines Göttinger Journalisten, Dezember 1991, Brandanschlag. Eine Erklärung hierzu gibt es nicht.
11. VAG-Autohaus in der Benzstraße, Dezember 1991, versuchte Brandanschläge auf Autos. Die Brandsätze wurden vorzeitig entdeckt. Eine Erklärung liegt nicht vor.
12. Oberstadtdirektor Schierwaters Wohnmobil, 25.12.1991, Brandanschlag, 5.000 DM Schaden. Bekannt hat sich ein Kommando Philip Werner Sauber, eine Erklärung liegt aber bislang nicht vor.
13. PKW der Immobilien- und Wohnungsbetreuungsgesellschaft Kurth, ca. 28.12.1991, Brandanschlag, 30.000 DM Schaden. Eine Erklärung liegt bislang nicht vor.

Konstrukte
Dem Artikel des GT ist zu entnehmen, daß Polizei und BAW "Zusammenhänge" zwischen den Aktionen sehen und "wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in *einer* terroristischen Vereinigung" ermitteln. Mit anderen Worten: es laufen §129a-Verfahren (Werbung für, Unterstützung von und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung). Betroffen sind Autonome im allgemeinen, da hier versucht werden soll, *eine* terroristische Vereinigung in Zusammenarbeit mit der RAF zu konstruieren.
Wir verzichten an dieser Stelle darauf, die genannten Aktionen bewertend zu kommentieren. Nur soviel: allein schon die Verschiedenartigkeit der Aktionen spricht dem Konstrukt *einer* terroristische Vereinigung Hohn: Die erstgenannte Aktion, die auf die Forderungen der kämpfenden Gefangenen hier und in Spanien abhebt, hat nichts mit dem Autonomen Kommando POMPOM, wo letzteres keine Rolle in der Argumentation spielt, zu tun; das Kommando Antonio Amadeu, das seine Aktion gegen die Infrastruktur der Bullen mit brutalen Bullen-Einsätzen gegen AntifaschistInnen begründet, hat nichts mit den Aktionen gegen aldi, die mit einem in Köln geräumten Zentrum begründet werden, zu tun. usw.
Erfahrungen aus anderen Städten zeigen aber, daß dies der BAW völlig egal ist, schließlich verfolgt sie mit den Ermittlungen politische Ziele.
Sie wollen die Leute, die kontinuierliche Politik betreiben, hinter Gittern sehen. Ziel ist die Zerschlagung des organisierten autonomen antifaschistischen Widerstandes.

Als Autonome getarnte Nazis ?
Am 25.12.1991 brannte das Vereinshaus der Kleingartenkolonie "Auf der Masch" nieder. Es entstand Sachschaden in Höhe von 300.000 DM. In der Nacht zum 31.12.1991 wurde eine Discothek in der Grätzelstraße in Brand gesetzt und brannte völlig aus. Zu beiden Anschlägen bekannte sich eine "Anti-Deutschland-Liga - Autonome Gewaltherrschaft" mit den Forderungen: "Nieder mit der Bundesregierung- weg mit Deutschland- Deutschland den Ausländern." Daß diese Parolen nicht dem linken Sprachgebrauch entstammen, ist offensichtlich. "Deutschland den Ausländern" stellt eine plumpe Abwandlung der Nazi-Parole "Deutschland den Deutschen" dar.

Es wäre nicht das erste Mal, daß Nazis Anschläge ihren politischen GegnerInnen in die Schuhe schöben. So versuchten Nazis Anfang 1988 eine Wohnung über der Discothek "Pink" anzuzünden. Die Festgenommenen erklärten später, daß sie einen Anschlag der Autonomen vortäuschen wollten. Welche Leute sich nun aber genau hinter den Anschlägen mit der Parole "für autonome Gewaltherrschaft" verbergen, bleibt Spekulation. Jedenfalls haben sich alle autonomen Gruppen von diesen beiden Anschlägen distanziert und selbst Helmut Holle, Pressesprecher der Polizei, räumt im GT vom 3.1.1992 ein, daß "wegen der Art der Bekennerschreiben auch andere Täter in Frage kommen."

Observationen

Wir machen jetzt das öffentlich, was eigentlich unter uns bleiben sollte: Leute aus autonomen Zusammenhängen wurden bzw. werden von speziellen Observationstrupps des Landeskriminalamtes Niedersachsen überwacht. Das heißt, Leute wurden 24 Stunden täglich auf Schritt und Tritt verfolgt, jede Handlung wurde registriert. Hausdurchsuchungen wurden bisher nicht durchgeführt.
Wir wollten das zunächst für uns behalten, um in Ruhe unser Verhalten überlegen zu können. Mit der Bekanntgabe der Ermittlungen durch die Presse wurde, ohne es zu erwähnen, die Tatsache der Observationen nun zugegeben.

Die politische Situation in Göttingen

In den letzten vier Jahren ist es autonomen AntifaschistInnen gelungen, aus einem Tief autonomer Antifa-Politik zu kommen und für die Region zu einem bestimmenden und akzeptierten politischen Faktor zu werden. Die Mobilisierungsfähigkeit für von Autonomen organisierten Demos ist erfreulich hoch. Die Propagierung und Organisierung der antifaschistischen Selbsthilfe ist nicht wirkungslos an der öffentlichen Meinungsbildung vorübergegangen.
Aktionen wie die Verhinderung einer Veranstaltung von NPD-Leuten in Bursfelde durch autonome AntifaschistInnen am 25.10.1991 oder der Angriff auf ein Schulungstreffen der FAP am 26.10.1991 in Mackenrode, um nur Beispiele aus jüngster Zeit zu nennen, stoßen auf Sympathie bei vielen Menschen. So sprach der Ausländerbeauftragte der Landeskirche, Pastor Knut Wellmann als Redner auf der Demo "Gegen Rassismus und Nationalismus" am 9.11.1991 u.a. den Autonomen seinen Dank dafür aus, daß es in Göttingen bisher zu keinen Übergriffen von Nazis gegen AusländerInnen gekommen sei.

Briefe in die Knäste

Was in Presse-Artikeln keine Erwähnung fand, aber auch Grund für Ermittlungen sein könnte, sind unsere Briefe in die Knäste. Wir haben am 10.11.1991 38 Gefangenen aus RAF/antiimperialistischem/antifaschistischem Widerstand unser Diskussionspapier zur Organisierung (u.a. abgedruckt in radikal 144, interim 161, Antifaschistisches Infoblatt 14, Razz 28, Das Nestbeschmutz 9/91) geschickt, um sie in diese Diskussion miteinzubeziehen und weil uns an ihrer Meinung etwas liegt. Dies und die sich daraus ergebende Korrespondenz wurde/wird natürlich von entsprechenden Herrschaften mitverfolgt.

Repressive Strategien

Die autonomenfreundliche Stimmung bleibt natürlich auch nicht der Polizei verborgen. Am 28./29.1.1991 fand eine Sitzung mit Helmut Dohr, Braunschweiger Regierungspräsident, Walter Irmscher, Abteilungsdirektor bei der BR Braunschweig, Lothar Will, Polizei-Chef Göttingens, Otto Knoke, Leiter des PA Göttingen, Willibald Elsner, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Göttingen u.a. statt. In der Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei "Deutsche Polizei", Ausgabe 3/91, erfährt die geneigte Leserschaft dazu folgendes:
"Der Braunschweiger Regierungspräsident Helmut Dohr bezeichnete in einem längeren Statement Göttingen als den geographisch gesehen kritischsten Punkt im Lande Niedersachsen. Göttingen sei ein außerordentlich sensibler Standort. Brennglasa[illegible] [illegible]en hier Entwicklungen zu sehen, die zukunftsweisend symptomatisch für Entwicklungen im ganzen Lande Niedersachsen sein können...Dohr führte weiter aus, daß Göttingen zu einem herausragenden Zentrum der Autonomen im Bundesgebiet gezählt werden müsse. Göttingen könne in diesem Zusammenhang auf die Ebene von Hamburg und Berlin gestellt werden. (..) Auf die Göttinger Verhältnisse eingehend sagte er, die Göttinger Linie der Vernunft sei über Jahre hinweg erfolgreich vertreten und verfolgt worden. Die Polizei agiere hier mit großer Behutsamkeit, zum Teil bis an die Grenze des Zumutbaren gehend. Das "Göttinger Gewaltpotential" brauche nur Anlässe, um eigene Vorhaben zu realisieren. Daran müßten sie durch die Polizei im Vorfeld wirkungsvoll gehindert werden."
Göttinger Linie der Vernunft meint hier, durch Befriedungsstrategien und Sozialarbeitertum die autonome Szene kontrollieren zu können. Gepaart mit der Absicht, mittels Bullen antifaschistische

Militanz kleinzukriegen, stellt das die präventive Seite der Repression dar: eine weitere Entwicklung soll "behutsam" verhindert werden und uns auf lange Sicht die Basis für unsere Politik entzogen werden.
Die aktuelle Situation klingt nach großem Schlag. Die Staatsorgane wollen jetzt auch im Bereich des sich weiter organisierenden antifaschistischen Widerstandes, der Teil des antiimperialistischen Widerstands ist, das Gewaltmonopol des Staates unmittelbar wiederherstellen. Das ist die reaktive Seite der Repression.

Holger Deilke schreibt uns zu unserem Diskussionspapier zur autonomen Organisierung: "(..) daß jeder linksradikale offene organisierungsansatz, wie er von euch als schema skizziert wird, sofort mit dem ganzen staatsschutzapparat, also intensivster verfolgung und kriminalisierung konfrontiert ist, stelle ich erstmal als gedanken vorweg. das sind die erfahrungen aus den letzten 20 jahren, daß jeder ernsthafte organisierungsansatz gleich massiv angegriffen wird, und wenn er auch noch so begrenzt ist."
Wir harren der Dinge, die da kommen - oder auch nicht kommen. Unter der Überschrift "Skins im Knast, Antifas im Verdacht" gab das GT am 4.3.1988 bekannt, daß "erhebliche Straftaten in Form von Brandstiftungen, Sachbeschädigungen und anderem" zu Ermittlungen "gegen Angehörige der Antifaschistischen Aktion" geführt haben. Wir wissen, daß auch damals nach §129a ermittelt wurde; weder kam es in Göttingen zu Hausdurchsuchungen, noch zu einer Anklage.
Das ist natürlich keine Garantie für einen ähnlichen Ausgang bezüglich der aktuellen Situation, zumal das Einschalten der BAW eine neue Qualität des staatlichen Angriffs auf Autonome darstellt. Was nun folgen wird, ist u.a. vom politischen Kräfteverhältnis in Göttingen abhängig. Die starke Position Autonomer, insbesondere autonomer AntifaschistInnen hat bisher größere Schläge verhindert. Gerade auch, daß öffentlich wurde, daß die letzten Anschläge auf Kleingartenkolonie und Discothek nicht von Autonomen stammen, sowie die erfolgreiche Silvester-Demo "Gegen Faschismus und Polizeiterror", die gemäß unserer Ankündigung ohne Polizeispalier, maskiert, behelmt und friedlich verlief, dürfte dem Staatsschutz Schwierigkeiten bereiten, weitere Maßnahmen in Richtung "*eine* terroristische Vereinigung" der Öffentlichkeit gegenüber zu begründen.

Weg mit den 129a-Ermittlungen
Wir lassen nicht locker im antifaschistischen Kampf
Autonomer Antifaschismus ist antiimperialistischer Widerstand

Autonome Antifa (M), Göttingen, 6.1.1992

Achtung: 9. November 1991 in HALLE

Mittlerweile gibt es die ersten Mitteilungen über eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch usw. wegen der o.g. Antifa-Demo und dem Bullenkessel samt entsprechender Vorladungen.

ERSTMAL: Nicht hingehen!!!

Alle Leute, die in Halle am 9. November 91 festgenommen wurden, sollen sich beim EA melden, da von den Betroffenen Interesse daran besteht, gemeinsame Vorgehensweisen zu besprechen.



Ermittlungsausschuß

gegen staatliche Verfolgung bei Demos und Aktionen aus dem linken Spektrum

- macht Telefondienst bei Demos und Aktionen
- sammelt Informationen
- sucht ZeugInnen
- schafft Gegenöffentlichkeit
- vermittelt und bezahlt AnwältInnen

Dazu brauchen wir Spenden!
Kto-Nr. 20610-106,
Postgiro Bln., Sonderkto. Klaus Schmidt
Mehringhof, Gneisenaustraße 2, 1/61
dienstags: 20-22 Uhr

Tel. 692 22 22

VerfassungsSchmutz labErt aN

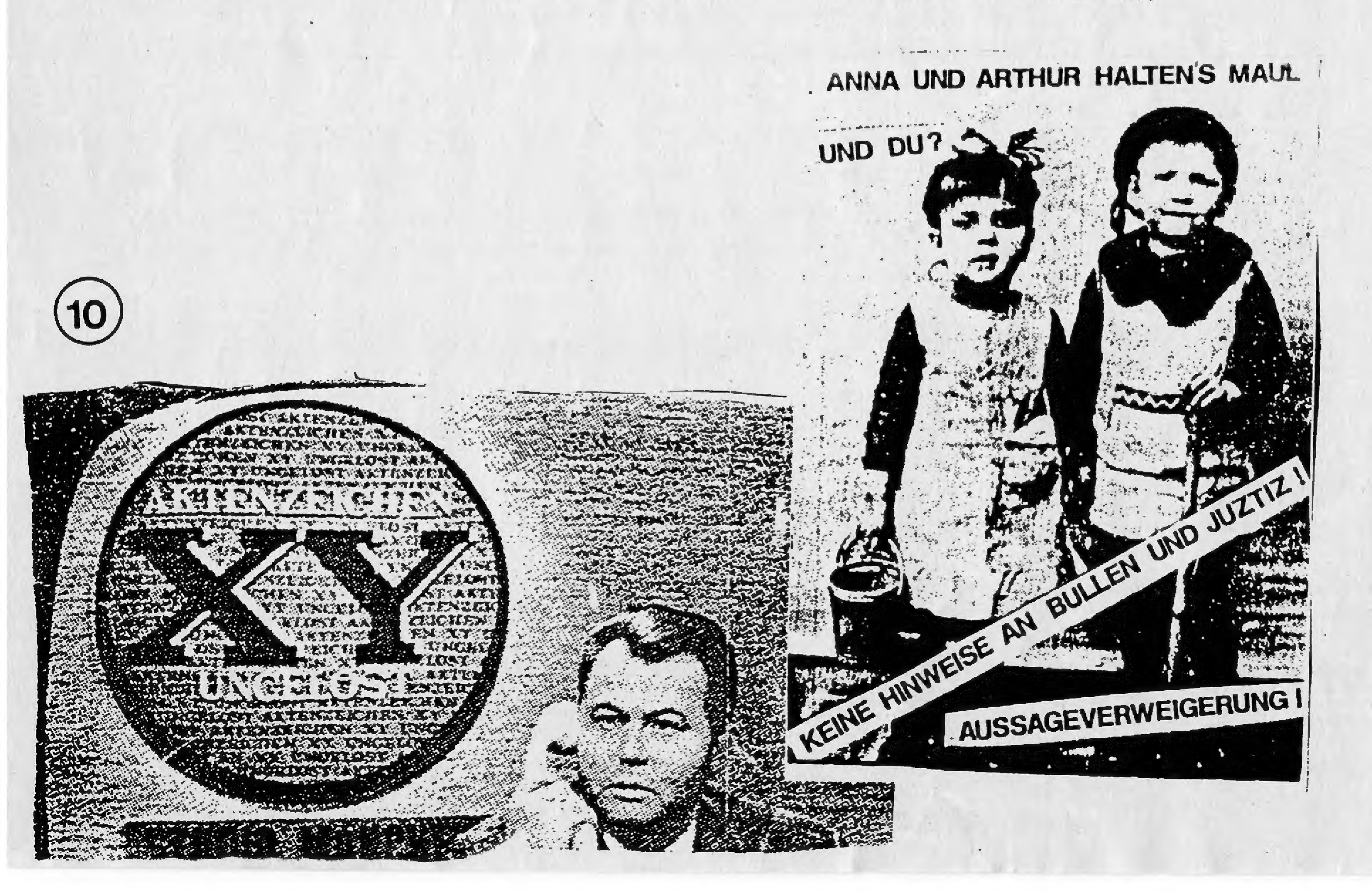
Bremen, den 31.10.1991,15h30 pm

Ich geh Tabak kaufen, im Tabakladen an der Westerstr. (vordere Neustadt). Vor dem Laden wartet plötzlich ein Mann auf mich, den ich nie vorher gesehen habe. Er ist 1,70 m groß, ca. Mitte bis Ende zwanzig, hat kurze mittelblonde, glatte Haare, blaue wässrige Augen und eine Brille. Er trägt eine braune Lederjacke mit außen aufgesetzten Taschen. Insgesamt ein ziemliches Milchbubigesicht. Er spricht mich an, ob ich ihm nicht helfen könne sich ein Bild von der linken Bremer Szene zu machen. Auf meine Frage wofür das gut sein sollte antwortet er ich solle nicht gleich ausrasten, aber er käme vom Verfassungsschutz. Was er für ein Bild hat und welche Informationen er weitergibt, wäre massgeblich für seine Vorgesetzten und ihre Verfahrensweisen. Er sagt daß friedliche Leute ruhig anders leben könnten und der VS nur an Leuten interessiert wäre, die ihre politischen Ziele mit Gewalt durchsetzen wollen. Er selbst wäre offen für andere Ansichten und auch persönlich an einem Meinungsaustausch interessiert. Falls ich mich dazu entschließen könnte, solle ich mich doch unter der Telefonnr. 0221/... in Köln melden Dort soll die Zentrale des VS sein, und ich könnte nach "Leidinger" fragen, dann wüßten die schon Bescheid.

14.11.91

Vor der Telefonzelle wartend, quatscht mich der Typ zum zweiten Mal an. Wieder ist er plötzlich da und fragt ob ich´s mir inzwischen überlegt hätte, er würde sich jedenfalls freuen. Ich mach ihm klar daß er abhauen soll und er findet´s schade und das sei doch nichts verwerfliches...usw. Er meint, dann müsse er sich halt jemand anders suchen.

Das ist nur eine Methode des VS Leute anzuquatschen, und dabei eine ziemlich plumpe. Wahrscheinlich nicht aus Dummheit, sondern wohlüberlegt auf diese Art ausgeführt, da sollte sich niemand drauf einlassen.



Frankfurt: (Mitte/Ende August)

ch war zwei Jahre im Knast, auf Grund einer vierjährigen Jungendstrafe, wegen Banküberfällen. In dieser Zeit fing ich an, mich mit einem Gefangenen aus dem Widerstand auseinanderzusetzen, in einem anderen Knast dann mit Gefangenen aus der RAF. Als ich Anfang April entlassen wurde und zwei Jahre auf drei Bewährung bekam, begann ich mich ein wenig umzuschauen. Ich ging öfter in den "Börsen-Prozeß" und ins Prozeßcafe, und zu den Angehorigentreffen.
Am 17.August hatte ich um neuen Uhr einen Anwaltstermin. Als ich auf mein Fahrrad zuging, kam mir eine junge, große Frau entgegen, mit kurzen, welligen und blonden Haaren, und pastellfarbenen Sommer-Jersy-Klamotten. Sie sprach mich direkt mit meinem Namen an, nachdem ich ihn bstatigte, sagte sie, daß sie etwas für mich habe, und gab mir einen Briefumschlag. Auf meine Frage, von wem sie denn komme, sagte sie mir, daß dies im Brief drin stehen würde, daß ich ihn lesen solle und mir nicht zu viel Zeit lassen soll.
Sie drehte sich um, überquerte die Straße und lief dort in die Richtung, aus der sie gekommen war. Ich schaute ihr noch nach, aber sie stieg in kein Auto ein.

ich fuhr zu dem Anwaltstermin und öffnete erst danach den Umschlag, in dem, neben einen Brief, noch ein 50 DM-Schein war, mit nen Zettel dran: Taxigeld.
Ich war erstmal überrascht und überlegte mir, wer wohl so ein großes Interesse an mir haben könnte.
Verfassungsschutz kam insoweit in Frage, weil ich ein sozialer Gefangener war, Kontakt zu politischen Gefangenen hatte, und jetzt gerade anfing mich mit GenossInnen auseinanderzusetzen.
Auf Geld kamen sie wohl, weil ich wegen Banken saß, das heißt für sie gleich geldgeil. Ich war erstmal ziemlich verunsichert und wußte nicht, was ich machen sollte. Dieses Gefühl des 'herausgedeutetseins', isoliert und konfrontiert mit etwas, von dem ich keinen klaren Begriff hatte, und deswegen unfassbar und beängstigend wirkte, war total ätzend.
Deshalb, bin ich erstmal zu Leuten, denen ich vertraue, auch, weil es ja nicht nur ein Angriff gegen mich alleine war, und von denen ich auch erstmal ganz viel über VS usw. wissen wollte. Zusammen sind wir dann zum Anwalt gefahren.

Der hat die, auf dem Brief angegebene Telefonnummer gewählt, und tatsächlich die Reception des 'Arabella Grand Hotels' erreicht. Sofort wurde er mit "Hrn. Tröge" verbunden. Der Anwalt stellte sich vor, und fragte wiederholt, was es mit dem Brief auf sich habe, worauf "Hr. Troge" jedesmal antwortete, er sprache nur mit mir persönlich. Zweimal fragte der Anwalt daraufhin, von welcher Dienststelle er denn kame, was "Tröge" nicht beantworten konnte oder durfte.

Mit diesem Gespräch war für mich der akute Druck erstmal weg.

Mir war dann immer noch vieles unklar, ich wollte erstmal für mich klarkriegen, was jetzt überhaupt gelaufen ist, was ich für Moglichkeiten darin hatte, was mensch hatte anders machen können, was für ein Interesse der VS hatte, was der VS überhaupt ist.

Darüber habe ich dann ganz viel geredet, und wir dachten, daß es gut möglich sei, daß sie wiederkommen würden, weil ich mich fur sie nicht eindeutig verhalten hatte, ich praktisch nur 'Berührungsängste' gezeigt hatte.
Wenn sie aber nochmal kämen, wollte ich so gut wie möglich vorbereitet sein, und wollte aus dieser Opferrolle raus. Ich wollte ihnen etwas entgegensetzen. Wir überlegten, daß sie das nächste Mal mit Druck kommen würden, also z.B. mit Bewährungswiderruf drohen, so bin ich dann meine eigenen Angriffspunkte abgegangen und hab mich jeweils damit auseinandergesetzt.
Dann überlegten wir, daß es eihe gute Möglichkeit sei, ihnen etwas entgegenzusetzen, indem mensch sie fotografiert. So lief ich seitdem immer mit ner Pocketkamera in der Tasche herum.

Einige Tage später wurde der Genosse noch einmal abends allein angequatscht. Wiederum von der Frau und einem "zwei Meter großen mittdreißiger Bodybuilder", die recht eindringlich auf ihn einredeten und ihn zum Essen einladen wollten. Nach längerem Nachfragen gaben sie zu, von einer Sicherheitsbehörde zu kommen. Als er dann seinen Fotoapparat zückte und ein Bild machte, wurden sie handgreiflich, und als das nix nützte, hauten sie ab. Als er hinterherrannte, um weitere Fotos zu machen, schlugen ihm zwei weitere Personen die Knipse aus der Hand...

Hamburg: (15.10.90)

Ein Mann wird aus einem Café kommend von einem jüngeren, schnauzbärtigen (Klischee!) Typ sehr locker bei seinem Namen angesprochen. Auf die Frage, wer er -der Typ- sei, antwortete dieser,"er sei der Jürgen Klatt vom Ministerium des Inneren und würde sich mit mir mal gerne über die RAF unterhalten, ich würde doch mit denen arbeiten, ich sei soch politisch aktiv..."(Zitat Flugi) Nach der klaren Aufforderung, sich zu verpissen, sagte der Typ noch, "daß es ihm für mich leid tun würde", drehte sich um und ging.
Weiter aus dem Flugi:"Wir gehen davon aus, daß Jürgen Klatt vom VS ist. X besucht einen Gefangenen aus der RAF und hat ein Ermittlungsverfahren laufen im Zusammenhang mit der letzten Hafendemo (19.5.). Seitdem verschwindet seine Privatpost (amtliches kommt noch an). Wahrscheinlich kalkuliert der VS, daß sie X wegen dem zu erwartenden Verfahren unter Druck setzen können."

Wiesbaden: (15.10.90)

Während seines Umzuges (bzw. kurz danach) wird ein Genosse von einem Mann angerufen, der sich als angeblicher Freund vorstellt und sich mit ihm unterhalten will. Die Frage, wer er genau sei, beantwortete er ungenau, auf die Frage, was er wolle, erklärte er, er wolle mit ihm über seine vorherige Wohnsituation reden. In der vorherigen Wohnung hatte bis vor 2 1/2 Jahren Ingo H. gewohnt, der wg. angeblichen Waffenraubes in Hanau (-Startbahn-Prozeß) von den Bullen gejagt wird und abgetaucht ist. Auf die Frage, woher er die neue Telefonnummer habe, machte er einen Fehler und gab danach an, nicht alle Quellen preisgeben zu können. Er blieb weiter freundlich und versuchte weiterhin, ein Treffen zu vereinbaren. Der Genosse sagte ihm, daß er sich das noch mal durch den Kopf gehen lassen wolle und er in 1-2 Tagen nochmal anrufen solle, was nicht geschehen ist...

Was an diesen wenigen aktuellen Beispielen deutlich wird, ist, daß es völlig verschiedene Formen des "Anquatschens", der Kontaktaufnahme, dibt. Das kann von Brief über Telefon bis zur direkten Ansprache in einer beliebigen Situation, in der keine/r damit rechnet, passieren.

Die Art und Weise des Kontaktes mag manchmal so plump erscheinen, so dummlich, daß mensch denkt: "So blod ist doch nicht mal der VS". Wichtig ist, daß alles erst mal ernstgenommen werden sollte. Der VS ist wirklich nicht so blöd und denkt sich bei der Art und Weise, wie er an Leite herantritt, etwas. Dieses hat seinen Ursprung darin, daß er sich die Personen (in selteneren Fällen auch Gruppen), die angequatscht werden, ziemlich genau aussucht und bereits einiges über sie weiß. Bei der Auswahl der Personen sind direkte Verbindungslinien (wie z.B. hier Kontakte zu pol. Gefangenen/ laufende Verfahren/Verbindungen zu kriminalisierten GenossInnen) nicht unbedingt eine Voraussetzung. Entscheidend sind das jeweilige Erkenntnisinteresse (z. B. in welche "Thematik" sie reinwollen/Infos brauchen) des VS und sicherlich auch ihre Einschätzung darüber, ob und wie sie mensch ködern können. Generell kann also jede/r potentielles Anquatschopfer sein, von dem/der sie ausgehen, an Infos ranzukommen, oder gar eine längere Zusammenarbeit zu erwirken.
Das Auftreten der Schnüffler kann recht unterschiedlich sein: von freundschaftlich uber bestechlich bis hin zu drohend, erpressend oder gar handgreiflich. Auch dieses hangt davon ab, was sie über mensch und ihre/seine Geschichte wissen.
Praventiv wäre es für alle, die mit der "Szene" zu tun haben, wichtig, sich mit dem VS etwas naher auseinanderzusetzen, und auch darüber, wie mensch sich in verschiedenen möglichen Anquatschsituationen verhält.
Grundsatzlich sollte klar sein:

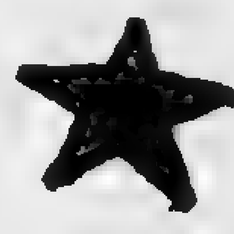
- Während des "Anquatschens": Anna und Arthur halten's Maul. Sich auf keine inhaltlichen Gespräche einlassen.

- Immer im Kopf haben: Die VS-Schergen sind Profis. Der Gedangen, als selber zu offenbaren, ist mehr als gefährlich. Keine Einzelaktionen!

- Bei (auch absurd erscheinenden) Situationen (Anquatsch, Observation, usw.) sofort mit vertrauten Leuten darüber reden, AnwaltIn einschalten!

- Ein Gedächtnisprotokoll von der Anquatschsituation und den Versuch öffentlich machen!

Gegen repressive Schergen-
Solidarität ist unsere Waffe!



aus: RAZZ 11/90

Apartheid gegen Frauen

Im Juli dieses Jahres waren Parlamentswahlen angesagt, zwei große sehr stark patriotische (frauenfeindliche) Parteien (FLN, FSI siehe dazu Kasten) kamen ins hadern; um die Stimmen der Wähler und im besonderen um die Stimmen der WählerInnen. Der Kampf um Stimmen ging sogar soweit, daß es nun keine Parlamentswahlen mehr geben wird. Zumindestens vorläufig, denn der große (auch hier in Ö. allzu bekannte) Streit um Stimmenmehrheit führte zum Ausnahmezustand in ganz Algerien. Und dieses seit einem halben Jahr.

Der nachfolgende Beitrag entstand aus einem Gespräch mit Chafia, einer algerischen Frau, die seit Jahren in der dortigen Frauenbewegung aktiv ist. Das Gespräch fand während den Vorwahlkämpfen für die Parlamentswahlen statt, was besonders wichtig ist, weil ansonsten der Text nicht mit dem erst stattfindenden Ausnahmezustand übereinstimmt, bzw. unlogisch erscheint.

Im Artikel wird zuerst über die Lage der Frauen in speziellen Fragen wie Arbeit, Gesetzeslage und Verfolgung durch frauenfeindliche Politiker und deren Anhängern eingegangen. Im Anschluß findet sich eine kleine Erklärung über den Hergang des verhängten Ausnahmezustands.

(die LINKE,TATblatt Wien)

Die Lage der algerischen Frauen war nie gut. Sie haben sich aktiv am algerischen Befreiungskampf beteiligt und große Hoffnungen an die Unabhängigkeit geknüpft. Sie mußten bald einsehen, daß sie nicht viel zu erwarten hatten. Das Projekt der Modernisierung und Industrialisierung Algeriens erforderte jedoch ein hohes Arbeitskräftepotential und die Frauen sind zum ersten Mal in größerem Umfang auf den Arbeitsmarkt geströmt. Wir haben eine Frauenerwerbsquote von 6 Prozent erreicht, das ist enorm viel für unsere Verhältnisse. Das Regime Boumedienne — das gemeinhin als Diktatur bezeichnet wird, das aber doch populistisch (oft Hetzpropaganda treibende Politik mit dem Ziel, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen zu gewinnen. aus: Duden 5) war und von den Öleinnahmen lebte — mußte Aufgaben erledigen, die in Europa der Kapitalismus im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts erledigt hat: Elektrifizierung, Straßenbau, Wohnungsbau, usw. Dafür mußte das Bildungssystem erheblich ausgebaut werden. Die Schulen wurden damals für alle Mädchen und Buben geöffnet. Tausende von Frauen besuchten die Grundschule und die höheren Schulen, das war eine Ausnahme in der arabischen Welt.



Das herrschende Regime, gleich ob unter Boumedienne oder unter Chadli, stand immer unter einem starken traditionalistischen Druck. Jedesmal, wenn staatlicherweise der Versuch unternommen wurde, die alten Traditionen, vor allem in Hinblick auf die Familie, auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen — 1967 und 1973 versuchte die Regierung, ein Familiengesetz durchzusetzen — regte sich Widerstand bei den Frauen, vor allem in der Hauptstadt, in der Hauptsache von alten Widerstandskämpferinnen und Studentinnen. Erst 1984 konnte ein solches Gesetz verabschiedet werden, gegen den Widerstand einer starken Frauenbewegung, die sich zwischen 1980 und 1984 entfaltet hat. Deren Ausgangspunkt war ein Beschluß der Regierung gewesen, den Frauen das Recht zu beschneiden, allein ins Ausland zu reisen. Dies hat eine riesige Mobilisierung der Frauen an den Universitäten provoziert. Direkt danach wurde bekannt, daß ein Familiengesetz in Arbeit ist, das hinter verschlossenen Türen in der Nationalen Volksversammlung diskutiert werden sollte. Dagegen gab es wieder breiten Protest. Die Frau des Präsidenten der Nationalen Volksversammlung lief an der Spitze des berühmten "Marsch der 100 Frauen" zur Nationalen Volksversammlung, und forderte dort, daß der Gesetzestext öffentlich bekannt gemacht werde. Die Debatte in der Nationalen Volksversammlung war schrecklich. Die Männer stritten sich um die Frage, wie lang und wie dick der Stock sein sollte, mit dem aufmüpfige Frauen zu züchtigen seien. Die Mobilisierung der Frauen hätte politisch eine außerordentliche Bedeutung, denn keiner außer den Frauen traute sich damals, öffentlich Protest kundzutun, niemand wagte, sich der Diktatur entgegenzustellen. Die Nationale Volksversammlung wartete den Beginn der Ferienzeit ab, um das Gesetz durchzuziehen.

Das Familiengesetz in Algerien hat im großen und ganzen drei Schwerpunkte:

1. Die Frauen sind niemals mündig. Für die Männer wird ein Volljährigkeitsalter festgelegt; in Bezug auf die weiblichen Jugendlichen heißt es, sie werden erst dann volljährig, wenn der Heiratsvertrag abgeschlossen ist. Damit gehen sie nahtlos von der Vormundschaft des Vaters in die Vormundschaft des Ehemannes über. Falls sie sich jemals scheiden lassen sollten, kehren sie zurück unter die Obhut des Vaters.

2. Die Frauen sind den Männern unterlegen. Das Erbrecht folgt, wie in den meisten arabischen Ländern, der islamischen Scharia (Gesetzessammlung). Demnach haben die Frauen nicht das Recht auf denselben Anteil am Erbe wie die Männer. Das steht schon im Koran so. Die Töchter dürfen nur halb so viel erben wie die Söhne; die Witwe erhält nur ein Achtel der Hinterlassenschaft des Ehemannes. Das war für damalige Verhältnisse bereits ein außerordentlicher Fortschritt, denn nirgendwo in diesen Ländern hatten Frauen irgendein Recht auf Erbschaft. Aber im Rahmen der Welt von heute und der heutigen Ansprüche der Frauen sind solche Verhältnisse völlig unannehmbar.

Für die Scheidung gilt das gleiche: Der Mann hat das Recht, sich scheiden zu lassen, wann er will, er braucht gar keine Begründung dafür. Die Frauen dürfen sich aber nur unter fünf Bedingungen scheiden lassen, die überhaupt nicht erfüllbar sind: Sie müssen z.B. nachweisen, daß der Mann vier Monate lang dem Ehebett ferngeblieben ist — wie soll frau so was beweisen? Oder, daß er impotent ist — wie soll eine Frau einen Mann, vor einen Arzt zerren, um sich von diesem attestieren zu lassen, daß er impotent ist? Das ist unmöglich. Oder: Wenn der Ehemann der Frau eine Nebenfrau aufzwingt. Oder: Wenn der Mann eine Gefängnisstrafe von mehr als einem Jahr

---

FLN (Front de Libération National): 1954 gegründet, wurde sie die führende Kraft im nationalen Befreiungskampf gegen die Kolonialmacht Frankreich, seit der Unabhängigkeit 1962 in einem de-facto Einparteiensystem an der Regierung.

FIS (Front Islamique du Salut): Islamisch-fundamentalistische Organisation, hauptsächlich von Saudi-Arabien finanziert. Sie stellt zwar die Speerspitze der Reaktion in Algerien dar, wird im Westen aber oft überschätzt.

PST (Parti Socialist de Travailleurs): Revolutionär-marxistische Organisation, steht der 4.Internationale nahe. Sie beschuldigt die regierende FLN, für viele der frauenfeindlichen Maßnahmen verantwortlich zu sein und die FIS nur als Vorwand vorzuschieben.

PT (Parti des Travailleurs): Linke Partei, die sich von der PST in einigen konkreten politischen Fragen unterscheidet: sie fordert z.B. die Freilassung der verhafteten Führer der FIS, während die PST sie vor einem Zivilgericht zur Verantwortung ziehen will. Im Wahlkampf stellte sie auch die Forderung nach einer Regierung der "nationalen Errettung" mit FLN und FIS auf.

abzusitzen hat und die Ehefrau der Auffassung ist, daß dies negativ auf die Familie zurückfallen kann.

3. Die Rolle der Frauen wird definiert als die von "Reproduzentinnen des Menschengeschlechts". Es findet sich im Gesetz auch der Ausdruck: die Frau soll "seine Nachkommen ernähren" (die des Mannes). Sie sind also dazu da, Kinder zu kriegen und diese aufzuziehen, basta.

Das verheiratete Paar hat keine Eigenständigkeit; die Kleinfamilie hat sich in Algerien nicht durchgesetzt, es wird immer noch im Rahmen der Großfamilie gedacht.

Es wurde bereits seit längerem eine Änderung des Wahlrechtes im Parlament diskutiert. Die Änderung wurde bereits beschlossen. Heute kann ein Mann für sieben Personen wählen, wenn er dafür eine Vollmacht hat. Ich habe selbst damit meine Erfahrungen gemacht: Nachdem eine Kontrolle der Vollmachten nicht gehandhabt wird, wählte z.B. mein Vater bei den Gemeinderatswahlen im Juni 1990 für sich, für seine Frau, für seine alte Mutter, die das Haus nicht mehr verläßt, für meinen Bruder, der in Tunesien studiert, für meine Schwester, die in einer anderen Stadt verheiratet ist und vielleicht auch für mich. Dieses Gesetz der regierenden FLN ist geschickt formuliert, indem es besagt, daß die Eheleute füreinander wählen können, und es ist in der Praxis wohl klar, daß hier nicht die Frauen für ihre Männer wählen gehen.

1984 war von den "Fundamentalisten" noch nicht viel zu sehen. Das kam erst 1989. Aber warum? Das Regime mußte das Scheitern seiner bisgerigen Politik eingestehen und war zu einer Öffnung gezwungen; Oppositionsparteien, die bisher nur im Untergrund operiert hatten, konnten jetzt legal arbeiten. Die "Fundamentalisten" trugen ein ultra-rückschrittliches Projekt vor, hauptsächlich mit drei Schwerpunkten:

1. Die Frauen sollen von jeder Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Es steht nirgends geschrieben, aber es gibt unzählige Taten, die in diese Richtung gehen: Die Frauen sollen nur noch das Recht haben, auf die Straße zu gehen, nicht mehr. Z.B. kannst du keine Frauen auf der Straße zusammen diskutieren oder lachen sehen, wie die Männer, oder in ein Café gehen, das wird als Anmaßung verstanden.

2. Die Frauen sollen in ihrer Privatsphäre eingeschlossen werden. Ihre Rolle beschränkt sich auf die Reproduktion des Geschlechts, das wird sogar noch mit positiven Begriffen belegt, wie: "Ihr seid die Mütter der Nation".

3. Schließlich sollen die Frauen auch aus der Arbeitswelt ausgeschlossen werden. Denn schließlich gibt es bei uns eine ernste wirtschaftliche Krise und da wird dasselbe Argument bemüht wie überall: Die Frauen nehmen den Männern die Arbeitsplätze weg. Offiziell gibt es bei uns zur Zeit 23 Prozent Arbeitslose, und der einfachste Ausweg scheint, die Frauen an den Herd zurückzuschicken, damit die Männer Arbeit haben. Was dabei aber vergessen wird — die Frauen wissen es oft selber nicht: Es gibt nur 350.000 erwerbstätige Frauen in Algerien von insgesamt 24 Millionen Menschen, von denen 53 Prozent Frauen sind. Das ist lächerlich, 350.000, bei einer Arbeitslosenquote von 23 Prozent.

Das erklärt aber auch, warum der Staat auf die Angriffe der "Fundamentalisten" nicht reagiert. Er ist völlig unfähig, ein Problem wie das der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen.

Das hat den "Fundamentalisten" einen beträchtlichen Spielraum verschafft: sie halten frauenfeindliche Reden, fordern öffentlich zum Mord von Frauen auf. Die Regierung gibt diesem Druck nach, indem sie z.B. die Koeduktion (Gemeinschaftserziehung von Jungen u. Mädchen in Schulen u. Internaten) an den Schulen wieder verbieten will. Dies ist ein ganz zentrales Projekt der "Fundamentalisten".

Am Anfang hielten die "Fundamentalisten" nur frauenfeindliche Reden; aber nach und nach schritten sie zu Taten; in allen Moscheen Algeriens wurde regelrecht zum Mord aufgerufen. Fast das ganze Jahr 1989 hindurch hat das angehalten. Ich gebe ein paar Beispiele:

Im Süden gab es eine Gruppe von "Fundamentalisten", die beschlossen hat, eine alleinstehende Frau aus der Stadt zu verbannen. Sie wollten sie vor ein Gericht bringen, forderten von der Polizei, daß die Frau aus der Stadt verbannt werde. Sie stellten der Frau ein Ultimatum(!) von zwölf Tagen. Nach zwölf Tagen zogen sie nachts mit Benzinkanistern vor ihr Haus und zündeten es an. Die Frau konnte sich gerade noch mit ihren drei größeren Kindern retten, ihr zweijähriges Baby verbrannte. Sie konnte es nicht mehr aus den Flammen retten. Die Frau hatte beim Nachbarn an die Tür geklopft, aber der hat sich geweigert einzuschreiten; sie ist dann zur Polizei gerannt, die Station liegt 600 Meter entfernt, aber die Zeit hat nicht gereicht.

In einem Vorort von Algier lebten einige ältere verwitwete Frauen. Sie haben sie mit Gewalt aus dem Haus getrieben, das Haus besetzt und ihnen erklärt, sie sollten weggehen, sie hätten nicht das Recht allein zu leben. Solche Fälle haben sich gehäuft; viele Frauen wurden terrorisiert.

Bereits als der erste Fall bekannt wurde, haben die Frauenverbände eine nationale Demonstration organisiert; sie sind am 2.Juli 1989 mit einer Erklärung vor die Nationale Volksversammlung gezogen. Es waren Tausende von Frauen, obwohl wir nicht die Mittel für eine breite Propaganda haben; unsere Flugblätter sind schlecht und oftmals können die Frauen nicht lesen. Wir mußten von Haus zu Haus ziehen. Die Idee, eine nationale Koordination der Frauen aufzubauen, ist aus diesen Kämpfen heraus entstanden. Wir haben uns gesagt: Angesichts einer solch mörderischen Gefahr können wir nicht getrennt, jede in ihrem eigenen Winkel, weiterarbeiten. Wir müssen diskutieren, was wir gemeinsam dagegen unternehmen wollen.

Die Überfälle der "Fundamentalisten" haben erst aufgehört, als der Wahlkampf zu den Kommunalwahlen (so ähnlich wie Gemeinderatswahlen in Österreich) begann: das geschah ganz plötzlich. Wir machen uns aber keine Illusionen; wir wissen, daß es ihnen nur darum ging, sich als vernünftige, maßvolle Leute darzustellen, um größere Einbrüche in der Wahlbevölkerung zu erzielen; mit diesen terroristischen Überfällen hätten sie bei den Frauen, die in Algerien wahlberechtigt sind, keinen Blumentopf gewonnen.

Dafür haben sie jetzt eine viel hinterhältigere, gefährlichere Propaganda entwickelt. In ihrem Wahlkampf haben sie eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die von den Frauen positiv aufgenommen wurden. Sie haben z.B. einen Hausfrauenlohn vorgeschlagen; das ist ungeheuerlich. Die Frauen aus dem Volk haben gesagt: Das ist das erste Mal, daß diese Arbeit, diese Haussklaverei, die wir leisten, die keiner sieht, anerkannt wird. Sie haben des weiteren vorgeschlagen, daß das Wasser zu gleichen Teilen auf die Stadtteile aufgeteilt wird. In Algerien ist Wasser eine ständige Existenzsorge; in den Vierteln der Reichen gibt es Wasser, in denen der Armen nicht. Sie haben den Jugendlichen Arbeit versprochen. Mit solch ganz konkreten Vorschlägen haben sie sich viele Sympathien erworben, denn es gibt eine wirkliche Enttäuschung über das bisherige Regime, während die bürgerlich-demokratischen Parteien sich darum nicht kümmern; denen sind solche Anliegen egal. Das zeigt aber auch, daß nur eine solche Alternative eine Chance hat, die sich der tatsächlichen Sorgen der großen Massee der Bevölkerung annimmt. So haben sie der Mehrheit der Gemeindevertretungen erobern können.

Zur Zeit befinden wir uns wieder im Vorwahlkampf zu den Parlamentswahlen. Da setzen sie diese Strategie fort. Sie präsentieren sich als die, die die Würde der Frauen verteidigen; einige von ihnen fordern für die Frauen sogar das Recht auf Bildung und das Recht auf Arbeit; sie gehen sogar so weit, das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung zu berufstätigen Frauen einzuklagen — aber jedesmal fügen sie hinzu; im Rahmen der islamischen Werte. Zur

SPENDEN FÜR DIE ALGERISCHE FRAUENBEWEGUNG

Chafia Djemame, Vorsitzende der Frauenvereinigung von Constantine, bat auf ihrer Europarundreise, die erst kürzlich stattfand, um großzügige Spenden für die algerische Frauenbewegung. Infrastruktur muß geschaffen werden (Frauenhaus, Büros der Frauenbewegung,...), Fonds müssen angelegt werden, denn wenn die FSI an die Macht kommt, werden einige der verantwortlichen Frauen ins Exil gehen müssen.

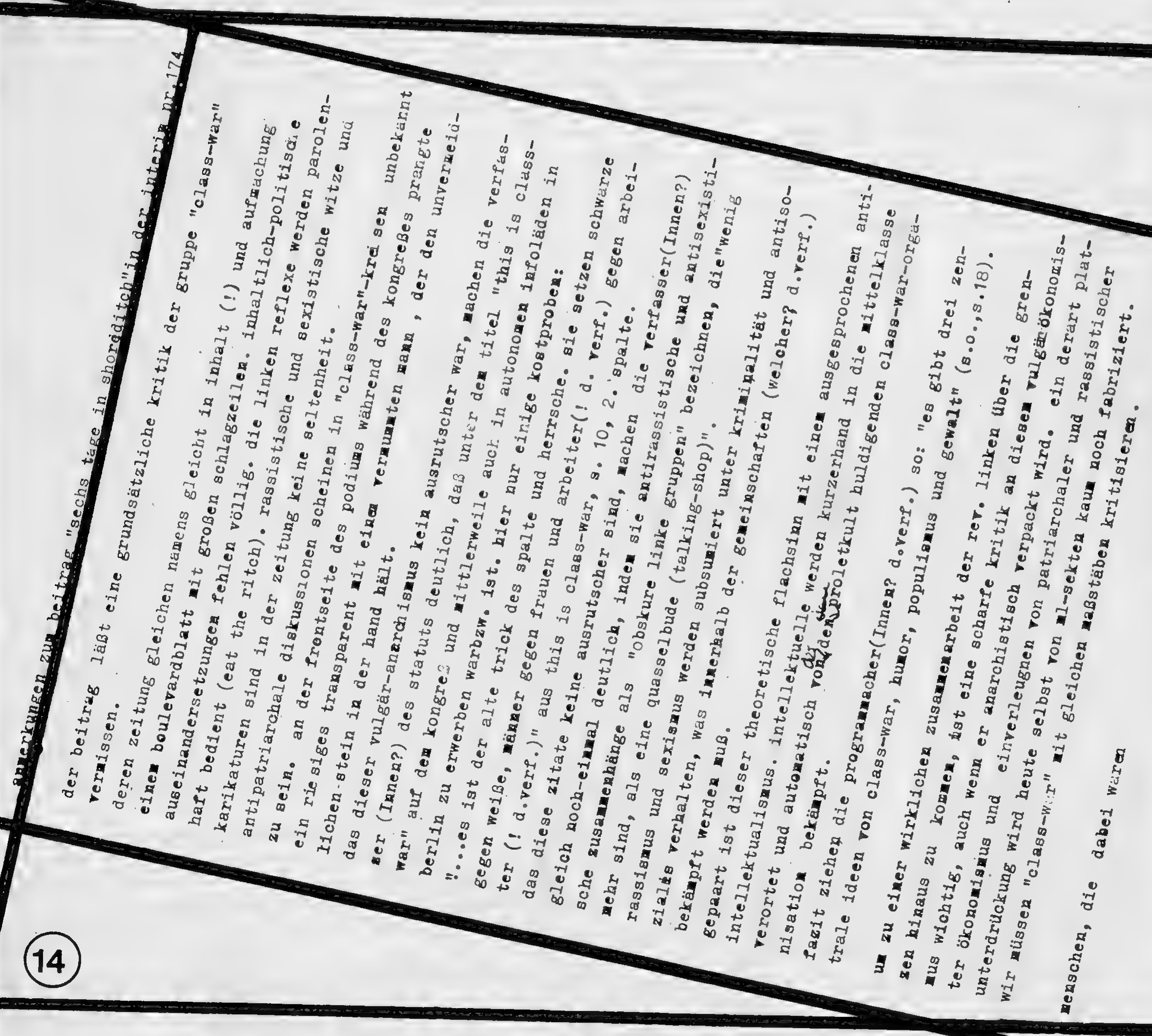
SPENDENKONTO: Z — Kontonr. 610 485 005 (Kennwort: Algerien)

Zeit achtet niemand auf diesen Zuusatz, was heißt das schon: im Rahmen der islamischen Werte? Die Frauen, die politisch aufgeschlossen und aktiver sind, merken, wohin die Reise geht: In den Gemeindehäusern, in denen die "Fundamentalisten" die Merheit haben, haben sie bereits getrennte Büros für Männer und Frauen eingerichtet; in einigen Städten haben sie getrennte Busse für Männer und Frauen eingeführt; haben Schulklassen durch eine Mauer voneinander getrennt, usw. Das ist ein Gesellschaftsprojekt der Apartheid gegen Frauen. Und wir wissen ganz genau, daß sie, um es durchzusetzen, auch vor dem Mord an Frauen nicht zurückschrecken, denn sie haben das schon getan. Aus unserer Sicht ist die weiche Welle, die sie fahren, pure Taktik.

Wie kam es zum Ausnahmezustand? :

Die Parteien, besonders die FSI begann wie oben geschrieben intensiv Frauen(stimmen) zu gewinnen. Und nicht nur diese Stimmen. Die Fundamentalisten standen vor dem Problem, in den vielen Gemeinden, in denen sie bei den Gemeinderatswahlen 1990 die Mehrheit gewonnen hatten, ihre Versprechungen umzusetzen. Doch die Taten blieben aus. Mit der wachsenden Unzufriedenheit ihrer AnhängerInnen konfrontiert, ging die FIS im Juni 1991 in die Offensive und rief den Generalstreik aus. Der mit gewaltigen Demonstrationen zur Schau getragen wurde, diese Wahlwerbung hatte einen riesen Erfolg bei den ArbeiterInnen. Der Generalstreik fand auch in den westlichen Medien große Bedeutung. Vor allem deshalb, weil die regierende FLN gegen die DemonstrantInnen Militär und Polizei auffahren ließ und in die Menge geschossen wurde. Der Ausnahmezustand wurde verhängt, Verschiebung der Parlamentswahlen auf unbestimmte Zeit erlassen, Verhaftungen der FIS-Führer eingeleitet. Die Taktik der FSI ging auf: sie hatten in der ArbeiterInnenbewegung an Prestige gewonnen. Auch wenn die Streikbewegung keine durchwegs islamisch-fundamentalistische Bewegung war, denn die Menschen demonstrierten zwar, aber nicht durchgehend aus religiösem Fanatismus. Die FLN dagegen hatte zwar ihrer Angst vor einer Wahlniederlage genüge getan, aber sich bestimmt nichts gutes getan, nicht für die Wahlen.

Die Frauenbewegung muß sich nun trotz der schwierigen Verhältnisse und der Unsicherheit über den Termin auf die nächsten Wahlen vorbereiten. Sie wird eigene Kandidatinnen auf der Liste der PST zur Wahl stellen können. Die PST hat bereits den Ruf einer "Frauenpartei", weil bei ihren Demonstrationen besonders viele Frauen teilnehmen, und sogar, zum Unverständnis der Konservativen, als Ordnerinnen eingesetzt werden. Weibliche Aktivistin zu sein, erfordert in Algerien Mut und täglich neue Durchsetzung. Allein die Treffen werden immer gefährlicher, weil es auf Wohnungen, in denen sich Frauen versammelten, bereits Bombenanschläge gab. Doch wir Frauen lassen uns nicht unterkriegen. Wir machen unsere Versammlungen in den traditionellen Frauenbädern oder übermitteln unsere Nachrichten an den Wasserbrunnen. Die Kreativität des weiblichen Widerstandes ist eben verstärkt gefordert.



anmerkungen zum beitrag "sechs tage in shoreditch" in der interim nr.174

der beitrag läßt eine grundsätzliche kritik der gruppe "class-war" vermissen.
deren zeitung gleichen namens gleicht in inhalt (!) und aufmachung einem boulevardblatt mit großen schlagzeilen. inhaltlich-politische auseinandersetzungen fehlen völlig. die linken reflexe werden parolenhaft bedient (eat the ritch). rassistische und sexistische witze und karikaturen sind in der zeitung keine seltenheit.
antipatriarchale diskussionen scheinen in "class-war"-kreisen unbekannt zu sein. an der frontseite des podiums während des kongreßes prangte ein riesiges transparent mit einem vermummten mann , der den unvermeidlichen stein in der hand hält.
das dieser vulgär-anarchismus kein ausrutscher war, machen die verfasser (Innen?) des statuts deutlich, daß unter dem titel "this is class-war" auf dem kongreß und mittlerweile auch in autonomen infoläden in berlin zu erwerben warbzw. ist. hier nur einige kostproben:
"...es ist der alte trick des spalte und herrsche. sie setzen schwarze gegen weiße, männer gegen frauen und arbeiter(! d. verf.) gegen arbeiter (! d.verf.)" aus this is class-war, s. 10, 2. spalte.
das diese zitate keine ausrutscher sind, machen die verfasser(Innen?) gleich noch-einmal deutlich, indem sie antirassistische und antisexistische zusammenhänge als "obskure linke gruppen" bezeichnen, die"wenig mehr sind, als eine quasselbude (talking-shop)".
rassismus und sexismus werden subsumiert unter kriminalität und antisoziales verhalten, was innerhalb der gemeinschaften (welcher? d.verf.) bekämpft werden muß.
gepaart ist dieser theoretische flachsinn mit einem ausgesprochenen antiintellektualismus. intellektuelle werden kurzerhand in die mittelklasse verortet und automatisch von der dem proletkult huldigenden class-war-organisation bekämpft.
fazit ziehen die programmacher(Innen? d.verf.) so: "es gibt drei zentrale ideen von class-war, humor, populismus und gewalt" (s.o.,s.18).

um zu einer wirklichen zusammenarbeit der rev. linken über die grenzen hinaus zu kommen, ist eine scharfe kritik an diesem vulgärökonomismus wichtig, auch wenn er anarchistisch verpackt wird. ein derart platter ökonomismus und einverleugnen von patriarchaler und rassistischer unterdrückung wird heute selbst von ml-sekten kaum noch fabriziert.
wir müssen "class-war" mit gleichen maßstäben kritisieren.

menschen, die dabei waren



DER SCHWARZE PANTHER

ZUR SITUATION UND ZUR KULTUR DER SCHWARZEN JUGEND IN DEN USA

Black Power war eines der Symbolwörter in den sechziger Jahren. Die schwarze Bevölkerung in den USA, die sich selbst vielfach als New Afrikans bezeichnet, entwickelte zu dieser Zeit ein neues Selbstbewußtsein und stellte sich mit erhobener Faust dem täglichen Rassismus entgegen. Trotz der letztlichen Niederlage hat die damalige Bewegung eine große Bedeutung für die gegenwärtigen Entwicklungen und Kämpfe in den schwarzen Ghettos.

DER KAMPF DER BLACK PANTHERS

Zuerst war es die Bürgerrechtsbewegung mit Martin Luther King an der Spitze, die sich für Reformen mit dem Ziel der bürgerlichen Gleichstellung einsetzte. Etwa in der Mitte der sechziger Jahre fand dann eine zunehmende Radikalisierung statt, welche sich unter anderem in zahlreichen Unruhen und Aufständen, sowie organisatorisch in der Black Panther Party (BPP), ausdrückte.

Den Black Panthers ging es nicht mehr um reformistische Zielsetzungen, sie richteten sich vielmehr gegen die Wurzeln des Rassismus, welche sie in den Strukturen des kapitalistischen Systems sahen. Um dieses System zu stürzen wurde der politische, wie auch der bewaffnete Kampf auf allen Ebenen propagiert. Langfistiges Ziel war die Errichtung eines unabhänigen schwarzen Staates (Republic of New Afrika) auf einem Teilgebiet der USA. In ihrem Kampf solidarisierten sich die Black Panthers mit dem Widerstand der Native People, den nordamerikanischen IndianerInnen, und verstanden sich selbst als einen Teil des weltweiten antiimperialistischen Kampfes.

Nach der langen Geschichte der Ausbeutung und Unterdrückung, beginnend mit der Zeit der Sklaverei, gaben vor allem die Black Panthers den Anstoß, das damit verbundene Minderwertigkeitsgefühl der New Afrikans zugunsten eines neuem Selbstbewußtseins, basierend auf einem Bekenntnis zum eigenen Volk und zur eigenen Geschichte, zu überwinden.

Auch gelang es der BPP in ihrer Hochzeit die destruktive Verweigerungshaltung der schwarzen Jugend in ein Aufbäumen gegen die eigentlichen Ursachen ihrer Situation zu verwandeln. Ein weiterer Erfolg war die Entwicklung gegenkultureller Strukturen, wie zum Beispiel Selbsthilfegruppen und Volksküchen in den Black Communities, den schwarzen Gemeinschaften. Die Bedeutung der Black Panthers lag allerdings vor allem darin, daß sie die Notwendigkeit und die Möglichkeit des bewaffneten Kampfes im Herzen der imperialistischen Bestie vor dem Hintergrund einer massenhaften Unterstützung aufzeigten.

Die BPP wurde dadurch schnell zum Schreckgespenst des herrschenden weißen Establishments. Die Staatsmacht ging entsprechend hart vor. Schon 1967 entwickelte

das FBI ein Aufstandsbekämpfungsprogramm unter der Abkürzung Cointelpro mit dem Ziel politischen Widerstand aufzudecken, zu diskreditieren und zu 'neutralisieren'. Es gelang unter anderem die Black Panther Party und später auch die Black Liberation Army und die schwarze Gefangenbewegung zu zerschlagen bzw. entscheidend zu schwächen. Viele AktivistInnen wurden zum Schweigen gebracht, teils durch lange Gefängnisstrafen, teils durch Mord. Die Vermutungen über ein systematisches Vorgehen der Staatasorgne wurden bestätigt als 1973 Angehörige der Anti-Kriegsbewegung ein FBI-Büro besetzten und dabei entsprechende Geheimdokumente fanden und veröffentlichten.

Weitere Gründe für den Niedergang der BPP waren interne Auseinandersetzungen über den zukünftigen Weg der Partei zwischen VertreterInnen einer gemäßigteren und einer radikalen Position. Und nicht zuletzt waren es die patriarchalen Strukturen innerhalb der Organisation, welche eine konsequent revolutionäre Weiterentwicklung verhinderten. So waren Frauen völlig unterrepräsentiert und eine spezifische Frauenpolitik wurde weder praktiziert noch diskutiert.

SCHEINBARE INTEGRATION, DIE ROLLE DES FERNSEHENS UND ERNEUTE AUFSTÄNDE

Rund zwanzig Jahre später hat sich die Situation der New Afrikans nur geringfügig verändert. Der Rassismus auf den verschiedensten Ebenen ist noch immer Alltag. Er zeigt sich politisch und kulturell, sowie insbesondere sozial. Statistisch drückt sich dies beispielsweise in der Höhe der Kinder- und Müttersterblichkeitsrate aus, die zwei- bzw. dreimal höher ist als die in der weißen Bevölkerung. Prozentual sind die New Africans weitaus stärker von der Armut und von der Wohnungs- und Arbeitslosigkeit betroffen. Trotz anderslautender offizieller Bekundungen gilt dies auch heute noch bzw. hat sich in einigen Punkten sogar noch weiter verschärft.

In den Siebzigern gelang es den Staatsorganen sich weitgehend auf den politischen Widerstand einzustellen und ihn nachhaltig zu schwächen. Eine der Black Panther Party in Bezug auf ihre Zielsetzung und ihren Rückhalt in der Black Community vergleichbare Organisation gibt es bis heute nicht.

Die Politik der verschiedenen US-Regierungen und deren Hintermänner konzentrierte sich, neben der Unterdrückung jeglichen Widerstandes, auf eine scheinbare Integration der schwarzen Bevölkerung in das System. In Folge der Black Power - Unruhen pumpte der Staat Millionenbeträge in schwarze systemkonforme Wirtschaftsstruktutren. Eine langfristige Wirkung war die Herausbildung einer dünnen schwarzen Mittelschicht, die als Beispiel der Integration und der angeblichen Durchläßigkeit der us-amerikanischen Gesellschaft propagandistisch mißbraucht wurde.

Die gleiche Funktion erfüllen bis heute die schwarzen Show-, Pop- und Sportstars. Millionen versuchen ihnen nachzueifern, versuchen den 'American Dream' für sich zur Realität zu machen. Unzählige scheitern auf diesem Weg und werden zu Opfern einer Ideologie bzw. eines Systems, welche sich nicht an den eigentlichen Bedürfnissen orientiert, sondern die Menschen vorrangig auf ihre Verwertbarkeit reduziert.

Scheinbare Integration bedeutet Manipulation des Bewußtseins und der Bedürfnisse. Neben den beschriebenen Zusammenhängen ist es vor allem das in den USA allmächtige Fernsehen, welches diesen Prozeß vertieft. Die in den USA rein auf kommerzieller Basis arbeitenden TV-Anstalten tragen die systemtragenden Inhalte in die Köpfe der Bevölkerung. Gewalttätiges Vorgehen als Mittel zur Durchsetzung persönlicher Ziele oder sexistische Verhaltensnormen werden durch TV-Sendungen als etwas normales und selbstverständliches dargestellt. Eine andere immer wieder vermittelte Grundeinstellung besagt, daß Glück nur über materiellen Wohlstand zu erlangen sei. Durchschnittlich verbringt ein Jugendlicher in den USA täglich mehere Stunden vor dem Fernsehgerät, entsprechend wird das Weltbild geformt.

Es ist eine charakteristische Erscheinung spätindustrieller Gesellschaftsysteme, daß die offene Unterdrückung großer Teile der Bevölkerung zugunsten einer verdeckten psychologischen Manipulation zurückgegangen ist. Jedoch kommt es noch immer dort, wo die konkrete Situation ein nicht mehr erträgliches Ausmaß erreicht hat, zu offenen Rebellionen. Und so kam es auch gegen Ende der achtziger Jahre zu einer Reihe von Unruhen in meheren schwarzen Ghettos.

Beispielhaft ist der Aufstand in meheren, hauptsächlich von New Afrikans bewohnten Stadtvierteln in Miami im Januar 1989. Oberflächlicher Auslößer war die Ermordung eines schwarzen Jugendlichen durch einen Polizisten. Im Anschluß daran entwickelte sich eine Straßenschlacht zwischen der Polizei und Jugendlichen. Die Auseinandersetzungen breiteten sich schnell aus. Die Staatsorgane verloren teilweise völlig die Kontrolle über die Situation, gingen dann aber umso härter vor. Einzelne Stadtteile wurden abgeriegelt und Ausgangssperren verhängt. Der Aufstand konnte so unterdrückt werden. Zynischerweise hatte die Stadt Miami kurz vor den Unruhen eine mit Millionenbeträgen finanzierte Kampagne gestartet, die das von Rassekonflikten, sozialen Gegensätzen, Gewalt und Drogen geprägte negative Bild der Stadt zugunsten eines sonnigen und problemlosen Image aubessern sollte.

STREETGANGS, DROGEN UND DIE VERWEIGERUNG DER SCHWARZEN JUGEND

Unruhen, wie die in Miami, bilden in ihrer Zielgerichtetheit jedoch eine Ausnahme. In der Regel entladen sich die angestauten Energien nicht bewußt gegen die Staatsmacht. Der tägliche Widerstand der Jugend zeigt sich vielmehr in einer destruktiven Verweigerungshaltung. So zum Beispiel im Vandalismus und in der Kriminalität, oder auch in einer Verweigerung gegenüber staatlichen Zwangseinrichtungen wie der Schule.

Drogen spielen hierbei eine besondere Rolle. Sie ermöglichen eine Flucht aus der zerstörenden Realität in eine Scheinwelt, die zumindest zeitweise den Alltag vergessen läßt. Unzählige wählen diesen Weg, auch wenn sie wissen, daß sie wahrscheinlich an den Drogen zu Grunde gehen. Sie wollen den Augenblick so genußvoll leben wie es nur geht, weil sie keine Hoffnung im Morgen sehen.

Die Regierung benutzt das Drogenproblem um den Polizeiapparat und die Geheimdienste weiter aufzurüsten und ihnen größere Befugnisse zu geben. Dies geschieht allerdings weniger um das Drogenproblem in den Griff zu bekommen, denn daran besteht letztlich kein Interesse. Die Jugendlichen, die sich in die Drogen flüchten, ändern nichts an den Zuständen, welche diese Flucht bewirken und lassen damit auch die herrschenden Machtverhältnisse unangetastet. Es geht der Regierung vielmehr um eine (vorbeugende) Unterdrückung jeglichen Widerstandes.

Den Lebensinhalt der meisten schwarzen Jugendlichen in den Großstädten bilden di Streetgangs. Sie sind ein letzter Bezugspunkt in einer haltlosen Umwelt. In Los Angele[illegible] das eine Einwohnerzahl von rund acht Millionen Menschen hat, gehören de[illegible] Streetgangs etwa 80.000 Jugendliche an. Innerhalb der Gangs, wie auch im Verhälni[illegible] zu anderen gilt das Recht des Stärkeren. Mädchen und Frauen stehen in der Gruppenhierarchie ganz unten.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Gangs haben sich in den letzten Jahren in einem für europäische Verhältnisse kaum vorstellbaren Maße zugespitzt. In den us-amerikanischen Großstädten kommt es in diesem Zusammenhang jährlich zu meheren tausend Toten. Entsprechend ist Mord neben AIDS die überwiegende Todesursache von schwarzen Jugendlichen. Verschiedene Städte reagierten hilflos mit abendlichen Ausgangssperren für Jugendliche unter 16 Jahren.

Meist geht es bei den Auseinandersetzungen um Drogengeschäfte, um die Vorherrschaft in einem bestimmten Revier oder einfach um eine Möglichkeit den unterdrückten Energien freien Lauf zu lassen. Das herrschende Leistungs- und Konkurrenzprinzip wird dabei auf den reinen Überlebenskampf reduziert. Offene Gewalt bestimmt den Alltag.

Die eigenliche Ursache für die innere Frustration und Perspektivlosigkeit bzw. für die Situation, welche die Kämpfe der Gangs bedingt, bleibt jedoch unerkannt und dementsprechend unangetastet. Im Grunde ist die Subkultur der Streetgangs nichts anderes als ein verkleinertes Abbild der us-amerikanischen Gesellschaf. Sie ist genauso ein Produkt des patriarchal - kapitalistischen Systems, welches ein gleichberechtigtes, solidarisches und selbstbestimmtes Leben nicht zuläßt. Dennoch liegt auch den Streetgangs eine Verweigerungshaltung zugrunde, die sich unter bestimmten Bedingungen politisch entfalten kann, wie das Beispiel der Black Panthers zeigte.

GHETTO-KULTUR ALS AUSDRUCK DER WIDERSPRÜCHE

In einer gesellschaftlichen Situation, die von der Niederlage der Black Power Bewegung und verschärften sozialen Gegensätzen geprägt war, entwickelte sich in der Bronx, in Brooklyn und in anderen schwarzen Ghettos eine neue Jugendkultur: der HipHop. Sie entstand als direkte Folge der gesellschaftlichen Realität. Die wesentlichen Ausdrucksformen waren die Graffities, der Breakdance als Tanzstil und auf der musikalischen Ebene das Scratching (das rhythmischen vor- und zurück bewegen der Platten) und der Rap.

Der Begriff Graffitie stand für das Besprühen eintöniger Hauswände oder grauer U-Bahnwagons mit bunten, großformatigen, comicartigen Bildern, kurzen Sprüchen oder Namenszügen. Als ob es keine wichtigeren Entwicklungen gäbe, kriminalisierte die New Yorker Stadtregierung die Writer (SprüherInnen) und stellte eigens eine Eingreifgruppe auf um dieser habhaft zu werden. Die besprühten U-Bahnwagons wurden im Auftrag der Behörden übermalt und bezeichnender Weise erneut grau gestrichen.

Rap war ursprünglich die Bezeichnung für die Sprüche, Geschichten und Aufforderungen der Discjockeys während ihrer Show. Nachdem sich das Rappen etabliert hatte und großer Beliebtheit unter den DiscobesucherInnen erfreute, entstanden erste Rap-Bands, deren Aufnahmen in Form von Kassetten in der Szene im Umlauf waren. Der Sprechgesang der Bands war mit mono[illegible] [illegible]en unterlegt, die teilweise von Musik- und Texteinspielungen unterb[illegible]

Die Ausdrucksformen waren alle von der gleichen, dem HipHop zug[illegible] [illegible] Lebenshaltung geprägt. Eine Folge der Niederlage der Black Power Bewe[illegible] im [illegible] zwischenmenschlichen Bereich eine zunehmende Vereinzelung der Me[illegible] verbunden mit einer verschärften Konkurrenzhaltung. Nur noch von Einzelne[illegible] wurde die Zielsetzung der kollektiven Überwindung der zerstörenden gesellsch[illegible] er-Verhältnisse vertreten. Ersetzt wurde dieses Ziel durch den individuellen Ver[illegible] über Leistung und Erfolg, oder anders ausgedrückt, auf dem Weg der Tellerwäscherkarriere dem Elend der Slums und Ghettos im Idealfall zu entfliehen bzw. zumindest dort eine besondere Stellung und damit Anerkennung zu erlangen.

Übereinstimmend mit den psycho-sozialen Entwicklungen stellte HipHop die einzelne Person in das Zentrum: Die Writer, die in riesigen Buchstaben ihren Namen an die Wände sprühten, die TänzerInnen, die von anderen umringt, abwechselnd ihr Können vorführten, die Discjockeys, die sich selbst als den Mittelpunkt der Szene betrachteten. Ihnen allen ging es darum, der bzw. die Beste zu sein. Insbesondere die Rapper überboten sich in selbstverherrlichenden Darstellungen und Texten. Unablässig dargestellt wurden der angebliche Erfolg, das Können und die Potenz.

Als Ausdruck der Entpolitisierung in den Siebzigern war es für den HipHop zudem charakteristisch, daß klare politische Positionen in der Regel weder von den Rappern, noch von den Writern vertreten wurden. Vielmehr stand eine Partymentalität, geprägt vom persönlichen Vergnügen, dem Spaß und der Ablenkung, im Vordergrund.

Auch im Bezug auf die Rolle der Frauen spiegelte HipHop die Situation innerhalb der Black Community bzw. generell die Situation in den USA wieder. Die dreifache Unterdrückung der schwarzen Frauen auf Grund ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe und zumeist auch auf Grund ihrer Klassenzugehörigkeit drückte sich beispielsweise auch in den oftmals sexistischen Rap-Texten oder in der, in fast allen Bereichen gegebenen, Männerdominanz aus.

Insgesamt gesehen ergab die HipHop - Kultur ein widersprüchliches Bild. Sie reproduzierte herrschende Strukturen, wie das Leistungsprinzip und die Unterdrückung der Frau. Sie widersetzte sich aber auf einer anderen Ebene den von Oben gesteuerten Integrationsmechanismen und sie bildete ein Gegengewicht zu den mörderischen Kämpfen der Gangs und zu den Drogen.

HIPHOP ZWISCHEN AUSVERKAUF UND WIDERSTAND

Der Ausverkauf des HipHop vollzog sich schrittweise, um 1982 aber dann doch mit der für den kapitalistischen Markt typischen verschlingenden Dynamik. Zuerst waren es einige weiße Popstars, die Rapelemente in ihre Stücke einbauten. Dann waren es bereits etablierte schwarze ProduzentInnen, welche die kommerziellen Möglichkeiten erkannten, verschiedene Bands unter Vertrag nahmen und deren Musik und Texte auf den weißen Markt abstimmten, was vielfach einer klaren inhaltlichen Entschärfung gleichkam.

Nach den ersten Erfolgen setzte die totale Vermarktung des HipHop ein. Die Musik - Multis stürzten sich auf alles, was sich unter der Bezeichnung Rap bzw. HipHop



verkaufen ließ. Andere Industriezweige zogen sofort nach. In Hollywood wurden kitschige HipHop Filme produziert , HipHop Musicals kamen in die Theater, Breakdance in die TV - Shows und Graffities in die Trend - Gallerien.

Bezeichnend ist dabei, daß einmal mehr einige im wesentlichen von Weißen beherrschte Musikkonzerne das Geld machten und im Stil kolonialer Ausbeutung eine schwarze Ausdrucksform in ihrem Sinne vereinnahmten und entschärften. Die RapperInnen selbst erhielten in der Regel nur einen winzigen Bruchteil des finanziellen Gewinns.

Die Politisierung innerhalb der Black Communities in den Achtzigern drückte sich auch in der Musik aus. In einigen Fällen waren politischen HipHop-Bands sogar ein Wegbereiter dieser Entwicklung. Die Black Power Vergangenheit wurde von diesen Bands bewußt thematisiert. Die Songs richteten sich verstärkt gegen den weißen Rassismus und die us-amerikanische Klassengesellschaft. Leitfiguren wie Malcolm X und Martin Luther King erfuhren eine Wiederentdeckung. Abgeleitet von deren, wenn auch unterschiedlichen Ideen, wurde verstärkt auch die Gewalt in den Ghettos bzw. der von vielen Bands unterstützte Gewalt- und Gangmythos scharf kritisiert.

Bald hatte jede politische Strömung innerhalb der Black Community ihre eigenen Rap-Bands, welche in vieler Hinsicht die Rolle von AgitatorInnen übernahmen. Zur international bekanntesten Band wurde Public Enemy. die in ihren Texten die Ziele der 'Nation of Islam' bzw. die Ideen von deren Führer Louis Farrakhan propagieren. Die teilweise radikalen und militanten Inhalte der Band wurden allerdings durch streckenweise peinliche Bühnenshows und vor allem durch wiederholte sexistische, antisemitische und gegen Lesben und Schwule gerichtete Stellungnahmen einzelner Bandmitglieder entkräftet.

Inhaltlich konsequentere Bands, wie die Beatnigs oder der X-Clan, sind nur selten einem größerem Publikum bekannt. Ihre Texte richten sich nicht nur gegen den herrschenden Rassismus und die Ausbeutung innerhalb der kapitalistischen Klassengesellschaft, sondern auch gegen die Unterdrückung der Frau. Sie spiegeln damit eine immer stärker werdende politische Strömung wieder, die sich auf die Tradition der Black Panther bezieht, aber versucht deren Fehler, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Rolle der Frauen, nicht zu wiederholen.

Der Name der Beatnigs nimmt dabei Bezug auf 'Nigger', einem alten weißem Schimpfwort für die New Afrikans. Der Begriff 'Nigs' wird dabei als positives Gegenstück zu 'Nigger' benutzt und gleichzeitig universell verstanden. 'Nigs' sind die unterdrückten Randgruppen, wie zum Beispiel die Lesben und Schwulen, die Obdachlosen, die Behinderten, die Flüchtlinge oder eben die New Afrikans.

Die Beatnigs beziehen sich dabei auf die Erkenntnis, daß in einer Zeit, in der die Manipulation von Bedürfnissen und Bewußtsein totalitäre Züge angenommen hat, einzelne unterdrückte Randgruppen im lokalen, wie im globalen Maßstab zu einer der letzten revolutionären Perspektiven geworden sind. Sie spüren den repressiven Charakter des Systems am deutlichsten, während der Großteil der Bevölkerung in den Industriestaaten subjektiv in das System integriert ist.

Die Politisierung des HipHop spiegelt allerdings nur einen Aspekt der Entwicklungen wieder, denn bei der Mehrzahl der Bands läßt sich noch nicht einmal von einer ansatzweisen Politisierung sprechen. Ein Großteil der Veröffentlichungen Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre ist völlig von den sozialen und politischen Ursprüngen des HipHop losgelöst. In den unterschiedlichsten, jeweils entsprechend auf den Markt abgestimmten, Ausprägungen ist HipHop zu einem weiteren Zweig der Musikindustrie geworden. In den Hitparaden befinden sich eine Vielzahl von mehr oder weniger austauschbaren schwarzen und weißen Retortenbands, welche auf HipHop zurückgreifen, ihn aber zur reinen Kommerzmusik degeneriert haben. Die politischen Bands bildeten zwar ein Gegengewicht zum Ausverkauf bzw. zur Integration der HipHop Kultur, konnten diese Entwicklung in ihrer Gesamtheit aber nicht verhindern.

DIE SOLIDARITÄT MIT DEN GEFANGENEN UND EIN NEUES BEWUSSTSEIN

Zu den wesentlichen Faktoren für die Radikalisierung innerhalb der Black Community zum Ende der achtziger Jahre gehört die Solidaritätsbewegung mit den politischen Gefangen bzw. den Kriegsgefangenen in den USA. Letztere beanspruchen als Mitglieder von Organisationen, die auf dem Gebiet der USA um die Befreiung ihrer Völker kämpfen und sich mit den USA im Kriegszustand befinden den Status von Kriegsgefangenen, der ihnen allerdings nicht gewährt wird.

Die Gefangenen kommen aus den Organisationen der Native People und der Puerto RicanerInnen, sowie einiger mexikanischer und weißer Gruppen, und vor allem aus der Black Power Bewegung. Einige von ihnen verbrachten mehrere Jahre in Isolationshaft und waren damit der 'Weißen Folter' ausgesetzt, welche das Ziel hat die Gefangenen psychologisch so unter Druck zu setzen, daß es letztlich gelingt ihre politische Identität zu brechen. Geromino Patt, ein Aktivist des schwarzen Widerstandes, ist nun seit mehr als zwanzig Jahren in Haft, davon verbrachte er sieben Jahre in Isolation.

Derzeit konkret von einer Hinrichtung bedroht ist Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Pressesprecher der Black Panther Party und Unterstützer von Move, einer schwarzen, um ein selbstbestimmtes Leben kämpfenden Gruppe, welche immer wieder schärfster Repression ausgesetzt ist. Vor seiner Verhaftung war Mumia als Journalist tätig und galt als die 'Stimme der Stimmlosen'. Schon bei oberflächlicher Betrachtung des Prozeßes wird das von den Staatsorganen verfolgte Ziel deutlich. Einmal mehr sollte ein Vertreter des Widerstandes zum Schweigen gebracht werden. Trotz gegenteiliger Zeugenaussagen wurde Mumia wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Anträge zur Wiederaufnahme des Verfahrens wurden mehrfach abgelehnt. Derzeit wird versucht über eine internationale Solidaritätskampangne eine Rücknahme des Urteils durchzusetzen.

Zu einer Symbolfigur für den Kampf um Befreiung wurde Assata Shakur. Sie war 1973 bei einer Schießerei mit Polizisten lebensgefährlich verletzt und als Mitglied der Black Liberation Army (BLA) verhaftet worden. Nachdem sie sechs Jahre zumeist in Isolationshaft in Männergefängnissen verbringen mußte, wurde sie von Mitgliedern der BLA befreit und erhielt später in Kuba politisches Asyl. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt sie von dort aus den schwarzen Befreiungskampf in den USA.

Die Solidaritätsbewegung mit den Gefangenen wird vor allem von der Organisation Freedom Now, sowie von vielen kleinen Solidaritätsgruppen getragen. JedeR der Gefangenen steht für einen Aspekt des Widerstandes in den USA, den die Medien bis heute totschweigen . Entsprechend wird insbesondere in den Black Communities über die Solidaritätskampagnen mit den Gefangenen auch ein Stück der Geschichte des eigenen Volkes vermittelt bzw. aus der Vergessenheit gerissen und wieder angeeignet.

OFFENER brief an die zeitung "CLASH"

betr.: das in der letzten "clash" auf der rückseite abgedruckte gedicht " schlagt sie zurück"

an die genossInnen und genossen von "clash"!

"wir schlagen ihnen die köpfe ein
weil sie sowieso nichts drin haben......"

lautet der refrain eines aus dem englischen übersetzten liedes auf der rückseite der letzten "clash".
auch wenn der text eine übersetzung aus dem afroamerikanischen ghetto-widerstand ist, entbindet das doch nicht von einem kritischen umgang mit den inhalten.
genauso wie wir sexistische oder-rassistische inhalte kritisieren, auch wenn sie von trikontinentalen befreiungsbewegungen stammen, müssen wir "behinderten"-feindliche inhalte kritisieren.
ist es schon problematisch, den faschismus als ein intellegenzproblem zu reduzieren, ist es mehr als eine sprachliche entgleisung, die (auch physische) bekämpfung von faschisten in die berüchtigte metapher vom "einschlagen der köpfe" zu kleiden.
revolutionäre gewalt - gerade gegen menschen - muß sich immer von reaktionären gewaltorgien unterscheiden. der ausdruck "den kopf einschlagen" erinnert aber an dumpfe, zutiefst reaktionäre gewalt.
der zweite teil des satzes allerdings, der- als begründung fungiert, "--weil sie sowieso- nichts drin haben" läßt schlimme erinnerungen an vernichtung von menschen, die als dumm, behindert, nicht der norm entsprechend angesehen , anklingen.

eine solche indirekt zur vernichtung "dummer" menschen auffordernde zeile in einer revolutionären zeitung veröffentlicht zu sehen, kann nur vor der ignoranz erklärt werden, in der auch menschen in revolutionären zusammenhängen, die alltägliche aussonderung- von sog. behinderten, irren , kranken schwachen nicht wahrnehmen sondern in ihrer politischen arbeit selbst mitvollziehen.
gesundheit ist neben der hautfarbe und dem geschlecht ein weiteres unterdrückungsverhältnis. betrachtet diese solidarische kritik als beginn einer diskussion darüber.

aus dem kommunistischen widerstand

Dhrouba Bin Wohad, der selbst aus politischen Gründen 19 Jahre im Gefängnis verbrachte und erst 1990 nach einer Wiederaufnahme des Verfahrens freigesprochen und rehabilitiert wurde, sprach während seiner Vortragsreise durch die BRD im Frühjahr dieses Jahres von einer schwarzen Jugend, die nichts von der schwarzen Geschichte weiß. Eine der wesentlichen politischen Aufgaben sei es deshalb, sie darüber aufzuklären. Dhrouba berichtete darüber hinaus von Bestrebungen, eine neue schwarze Organisation aufzubauen, die antirassistisch, antisexistisch und antikapitalistisch ausgerichtet ist. In diesem Zusammenhang sei die Frage des bewaffneten Widerstandes in der Black Community inzwischen weitgehend positiv beantwortet. Es gehe nur noch um die konkrete Form und die damit verbunden Ziele.

Auf Grund der Politisierung und Radikalisierung in der Black Community sagt Dhrouba schon für die nahe Zukunft eine starke Zunahme von Unruhen und Aufständen vorraus. Die im Zusammenhang mit dem Golf Krieg absehbaren Kürzungen der minimalen Ausgaben im sozialen Bereich werden die soziale Lage weiter verschärfen und diese Entwicklung bestärken.

Symbolcharakter für die Radikalisierung hat das Auftreten von Mike Magee, einem schwarzen Abgeordneten in Milwaukee. Neben der Drohung mit Streiks, Boykottaktionen und Unruhen, wenn die soziale Situation nicht umgehend geändert wird, gehört zu seinen grundlegenden politischen Aussagen das Bekenntnis zur Black Panther Party. Um seine Haltung auch äußerlich zu unterstreichen, trägt er einen Pistolengurt in dem sich anstatt einer Pistole eine Steinschleuder befindet. Ein Symbol für den Kampf zwischen dem scheinbar unschlagbaren Goliath und dem letztlich siegreichen David. Und damit auch ein Symbol für den Kampf der Unterdrückten gegen ein scheinbar übermächtiges System.

Wolfgang Sterneck, Hanau.



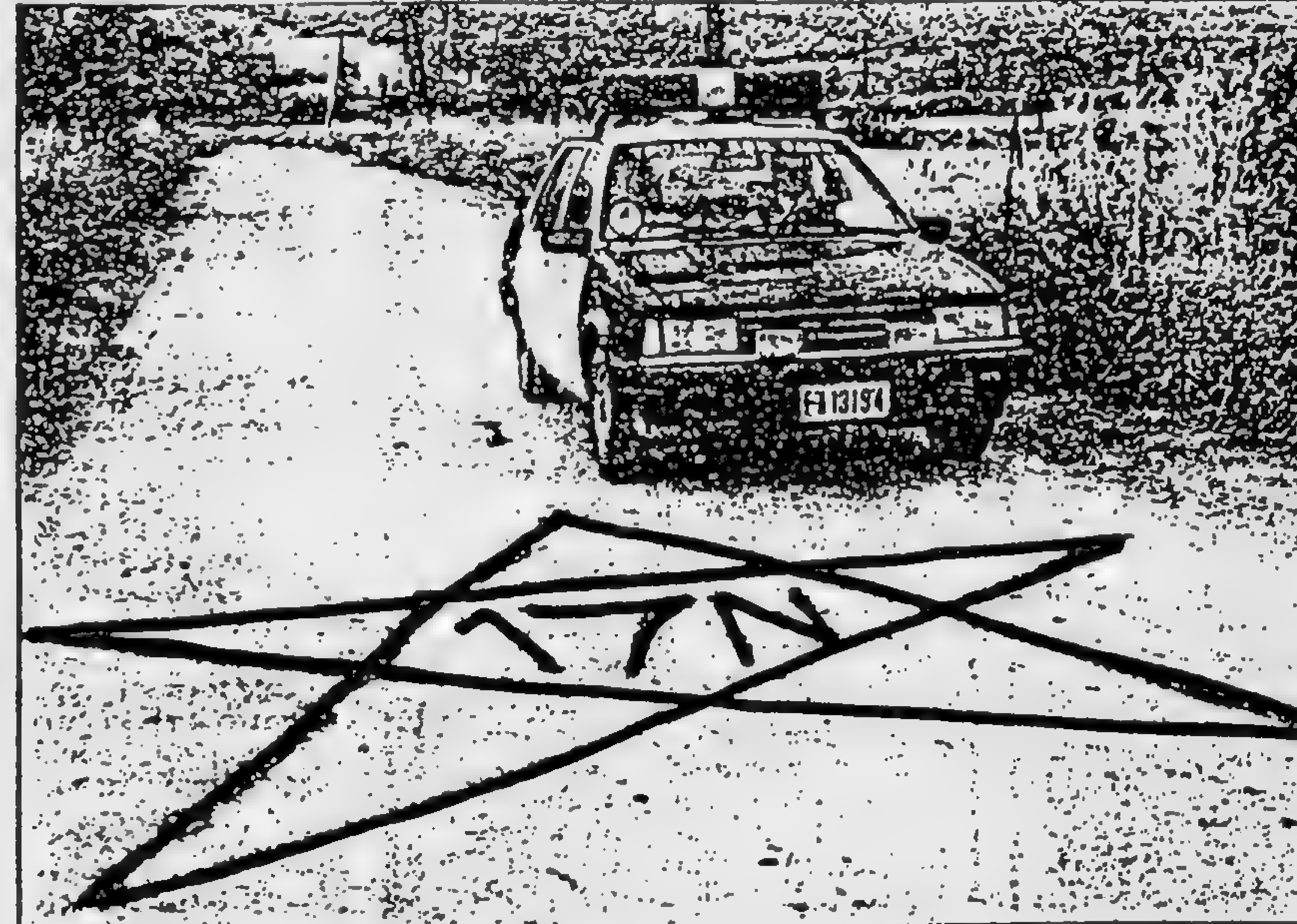
DER "17. NOVEMBER" - REVOLUTIONÄRE ORGANISATION IN GRIECHENLAND

durch eine ausgabe unterbrochen folgt dieses mal der 3. artikel zu griechenland. begonnen hatten wir die serie zu sozialen auseinandersetzungen in griechenland mit dem bericht über die knastaufstände des vergangenen herbstes in der aprilnr. und fortgesetzt in der mainr. mit einem artikel über die hausbesetzerInnenbewegung und die schülerInnenstreiks'90/'91. unser heutiger artikel setzt sich mit der "revolutionären organisation 17. november"auseinander. wir dokumentieren im anschluß zwei erklärungen der organisation und danach wird noch etwas zur geschichte des "17. novembers" erläutert und versucht etwas über ihren charakter auszusagen.
die erste erklärung ist die aktuellste. sie stammt vom 4.6.'91. sie setzt sich mit dem ausverkauf des landes an das wetsliche kapital auseinander. verantwortlich dafür werden die kapitalistischen apparate weltbank, internationaler währungsfond (IWF), europäische gemeinschaft(e das internationale arbeitsamt (IAA) und deren stellvertreter im eigenen land (regierung, manager, gewerkschaften und parteien) gemacht. sie beziehen sich erst allgemeiner auf die verschacherung griechenlands und dann konkreter anhand von sechs aktionen, die sie dazu gemacht haben. drei dieser aktionen griffen in aktuell laufende soziale auseinandersetzungen und gesellschaftliche diskussionen ein. eine intervenierte in eine streiksituation und bestrafte eine streikbrecherorganisation. eine weitere unterstützte den widerstand breiter bevölkerungsschichten gegen die immer wieder neuen preiserhöhungswellen. für sie sind im moment v.a. die eg und die bedingungen verantwortlich, die sie an einen kredit für das land knüpft. diese bedingungen sind auch teil der anpassungsmaßnahmen aller europäischer länder an einen gemeinsamen markt, der '92/'93 angestrebt ist. die dritte griff in die dikussion um den schon seit zwei jahren laufenden schmiergeldskandal ein. - die drei anderen aktionen griffen deutsche und französische firmen an. die französische firma deswegen, weil sie beispielhaft dafür ist, wie günstig ausländische firmen in griechenland an gewinnbringendes kapital kommen. die beiden deutschen firmen auch aus diesem grund aber auch, weil seit der auflösung der ddr und dem abschluß des "2 plus 4-vertrages" der ruf nach wiedergutmachungszahlungen für die naziverbrechen immer lauter wird. - 1946 wurde den griechen auf der konferenz von paris 7.5 milliarden dollar zugesprochen. allerdings im schuldenabkommen von london wurde deren zahlung auf die zeit nach abschluß eines friedensvertrages verschoben. für viele griechen kommt der "2 plus 4-vertrag" einem friedensvertrag gleich. das verneint die brd-regierung. der "17. november" greift in die auseinandersetzung ein mit der begründung, daß die deutschen den griechen milliarden von dollar schulden wegen den erlittenen grausamkeiten, die die nazis ihnen angetan haben. daß die deutsche regierung nicht zahlen will, beweise nur, daß sie die naziverbrechen am griechischen volk, trotz aller lippenbekenntnisse, leugne. dazu kommt, daß die deutschen sich in griechenland einkaufen, mit geld, das ihnen wegen ihrer kriegsschulden gar nicht gehöre. würde griechenland seine forderungen bekommen,dann könnte es einen großteil seiner auslandsschuld begleichen und damit würde es auch ein großes stück seiner abhängigkeit verlieren. das internationale kapital müßte einen wichtigen schuldner aus seiner schuld entlassen und hätte damit einen wichtigen hebel weniger zur wirtschaftlichen unterwerfung griechenlands.
die zweite erklärung dokumentieren wir nur zu etwa einem drittel. sie ist aus der zeit des 2. golfkriegs. sie analysiert den konflikt am golf als einen konflikt zwischen arm und reich. viele bereits bekannte thesen und aufzählungen imperialistischer ein - bzw. angriffe folgen. als hauptagressor in der region wird israel hervorgehoben und nicht der irak. sehr ausgiebig wird auf das großmachtstreben israels eingegangen und seine verbrecherische politik gegen die palästinenserInnen angegriffen. die yankeepolitik in der region und die kolonialpolitik der briten bis heute werden geschildert und angegriffen. mit sechs bombenanschlägen verlieh der "17. november" seinen forderungen ende januar 1991 nachdruck. die aktionen werden am ende der erklärung aufgeführt.

I...
die durchsetzung einer wilden, wirtschaftlichen ausplünderung des volkseinkommens durch die organe des westlichen kapitals, der eg, dem iwf, den westlichen banken bedeutet einen großen angriff auf das lebnsniveau (lebensstandard) der beschäftigten. die auferlegung harter bedingungen für die gewährung des kredites (eg), die fortgesetzte entsendung westlicher kontrolleure für die innere beobachtung des wirtschaftkurses, dem auferlegten sparprogramm, die vorraussichtliche auferlegung neuer harter maßnahmen im falle der tendenz der gewährung der 2. teilzahlung kommt einem kompletten staatsbankrott gleich. dies bedeutet eine internationale wirtschaftskontrolle nach dem muster von 1897 - nur, daß sie den heutigen bedingungen angepaßt ist.
so wie damals wurde die gesamte heutige wirtschaftspolitik der regierung, angefangen von den einkommen, den steuern (damals monopole, heute neue steuern und eine steuerrechtsprechung des betruges und der systematischen steuerhinterziehung), den tarifen der deko (organisation der öffentlichen gesellschaften) bis hin zu den ausgaben, dem volkseinkommen, den sozialversicherungen und den renten, den investitionen in den wirtschaftsbranchen auch im gewand des westlichen kapitals,werden nicht von griechischen zentren aus, sondern von den organen des westlichen kapitals entschieden. es sieht so aus, als sei dies das ende einer bisher wenigstens eingeschränkten wirtschaftlichen unabhängigkeit des landes.



Με «περίτεχνη» βάση εκτόξευσης, από ελιά, χτύπησε η 17Ν τη «Λ-έβενμπροϊ» στην Αταλάντη. Οι εργαζόμενοι καταδικάζουν. Η ΕΛ-ΑΣ βρέθηκε στα... ίχνη της, δηλαδή στο σήμα που ζωγράφισε η 17Ν στην άσφαλτο. ΣΕΛ. 24-25



Η Αστυνομία στα... ίχνη της

... nach dem anschlag auf löwenbräu. selbstgebastelte abschußvorrichtung aus einem rohr..., angebracht in einem olivenbaum.-"die beschäftigten verurteilten", steht auch neben dem bild links. rechts die bullen vor auf diestraße gesprühtem zeichen des "17. november"...

die wirklichen ziele des programms sind nicht die eingrenzung der defizite, die stabilisierung und noch weniger die entwicklung (modernisierung). hinter den notlagen der banken, der deregulierung (entstaatlicheng) und dem suchen neuer einnahmequellen durch die verkäufe staatlicher unternehmen verbergen sich die wirklichen ziele. die letzte phase eines kurses hat eingesetzt, der bereits in den letzten jahren begonnen hat und in der auflösung der bedeutensten einheiten und zweige der griechischen industrie und deren ausverkauf zu schleuderpreisen besteht. verkäufer sind die alten, betrügerischen besitzer und der staat an gruppen des westlichen kapitals. dies geschieht heute mit der zementindustrie, bestimmten einheiten der textilindustrie, der larko und anderen metallverarbeitenden unternehmen, der eav, der rüstungsindustrie und mit bestimmten anderen einheiten.

der hebel für diese politik ist die hohe auslandsverschuldung von 23 milliarden dollar in verbindung mit dem handelsbilanzdefizit und der benötigung von auslandskrediten. gleichzeitig jedoch fordert unser land zu recht von dem heutigen 3. reichsstaat kriegsreparationen, die, übereinstimmend mit professor angelopoulos, sich heute auf 31 milliarden dollar belaufen, und die rückzahlung und der nazizwangsanleihen (kredite, die die nazis während der besetzung griechenlands abgepreßt haben) in höhe von 13 milliarden dollar.
- laßt uns anmerken, daß diese gerechte forderung nicht in eine zeit fällt wo die deutsche wirtschaft geschwächt ist, so wie es geschah als die franzosen ihre wiedergutmachungsforderungen im vertrag von versailles stellten; - oder wie es heute geschieht mit den barbarischen forderungen des westens an den von ihnen selbst völlig zerstörten irak. sondern es betrifft ein reiches überentwickeltes deutschland, daß zusammen mit japan die stärksten ökonomien der welt hat und damit fortfährt reichtümer im ausland anzuhäufen. dieses deutschland finanzierte erst kürzlich den krieg und den damit verbundenen völkermord im irak mit 6,5 milliarden dollar. es gewährt umsonst hilfe von 1,5 milliarden mark für die demokratische türkei. es gewährt "hilfen" von mehreren milliarden mark und kauft unternehmen in osteuropa und anderen ländern auf. es sind also keinen objektiven gründe der schwäche warum deutschland es ablehnt die wiedergutmachungsansprüche zu begleichen.

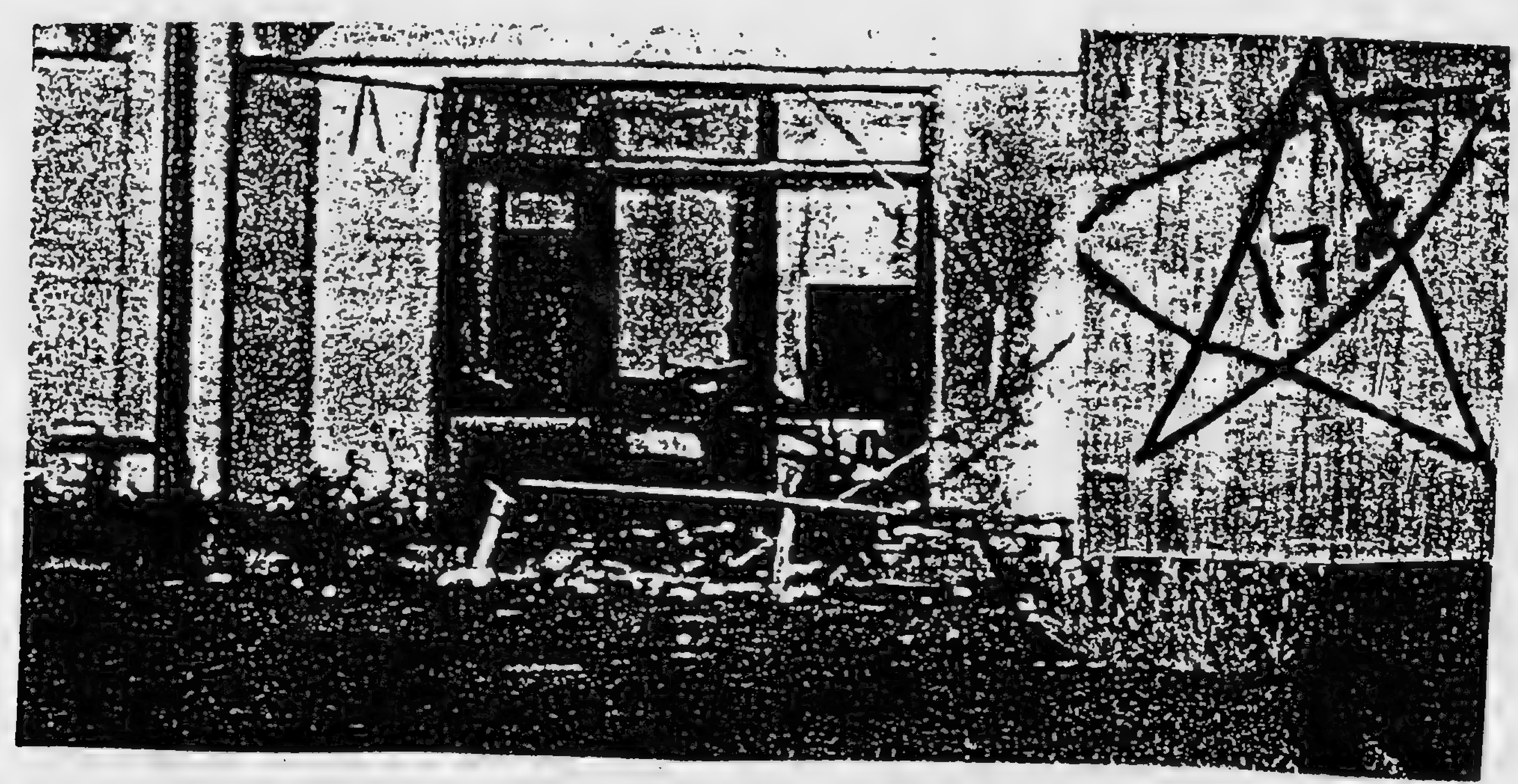
Βολή από 250 μέτρα κατά της «Ζίμενς»

...schuß aus 250 metern gegen siemens...

es müßte also jedem überaus klar werden, daß, wenn der deutsche staat auch nur 1/4 der kriegsreparationen und der zwangsanleihen zurückzahlt, die situation der griechischen wirtschaft sich in bezug auf die auslandsverschuldung und das handelsbilanzdefitit sich radikal ändern würde, - obwohl sich in bezug auf die aufbauprobleme des landes sich innerhalb nicht allzuviel ändern würde. aber das land wäre nicht in der inneren notlage einen gesellschaftlichen kredit aufzunehmen und würde nicht wegen dieser einnahmen ersticken. folglich könnten die organe des westlichen kapitals ihre politik des aufkaufs der griechischen industrie und des erwerbs ihrer inneren kontrolle nicht durchsetzen. die heutige rückzahlung der wiedergutmachungen zerstört das instrument der unterwerfung der griechischen wirtschaft vollkommen. dieses instrument besteht in der auslandsschuld, dem ausverkauf der griechischen ökonomie und dem erwerb ihrer kontrolle im land durch die westlichen wirtschaftsunternehmen. es geht nicht darum im besten falle den betrag 5-drachmenweise und eingeteilt in 10er-abschnitten zurückzuzahlen, damit ja keine verbesserung der bilanz festzustellen ist.
nachdem also die heutige n.d.(nea demokratia)-regierung,-die dekante (zerfallbringende), mickrige, im wesentlichen den franzosen der zement francais, die zementfabrik xalips schenkte, bereitet sie sich nun vor, fast die gesamte zementindustrie günstig abzutreten.: zement xalkidas und vor allem das stärkste unternehmen auf europäischer ebene, die gewinnbringende gesellschaft aget. der gestrige verkauf war ein geschenk von löwenbräu an die deutschen und von olympik ketering an die holländer, die auflösung der elembe (die vor 10 jahren rüstungsgüter gekauft hat, die heute noch in englischen lagerhallen aufbewahrt werden), es werden die von piräus, patras und anderer einheiten der textilindustrie folgen. ebenso

wird larko und skalistiri folgen - während der ausverkauf von eav bereits vollendet ist. im letzten fall überschritt die dekadenz (zerfall) und unterwürfigkeit der regierung jede grenze, da die regierung den amerikanern der firma lockheed 68 millionen dollar schenkte, die unser land beanspruchte. in einer reihe von herabwürdigenden verfahreXn übergaben sie die gesamte verwaltung der firma dem lockheed-konzern. sie gaben ihnen astronomische gehälter und vorrauszahlungen von 5 millionen dollar in insgesamt 14 unabhängigen folgen. von einem unternehmen, das sich natürlicherweise in griechischen händen befinden müßte, aber sich nun in den händen von lockheed befindet, kann es keine luftabwehr mehr geben für den griechischen luftraum gegenüber der türkischen expansionspolitik. die gesamtheit des wertes der firma, die verkauft worden sind, beläuft sich auf 1,2 billionen drachmen. von diesem geld kassierte die regierung der dekadenz 250 milliarden drachmen. also nicht nur aus der bewußten tradition heraus den wert der produktionskapazitäten von ca. 1 billion drachmen zu herabwürdigenden und freigiebigen bedingungen an das westliche großkapital zu verschachern, ergibt sich der skandal, sondern auch aus dem verbrechen des hochverrats; wobei der koskota-skandal (großbetrüger und besitzer der bank von kreta, über dessen schmiergeldzahlungen die pasok-panhelenische sozialistische partei -regierung gestolpert ist) vor diesem skandal blaß erscheint und wenn es heute eine politische opposition und presse gäbe, dann hätten sie diese verbrechen mit größtem einsatz angepangert. und wenn es eine unabhängige und nicht gekaufte justiz gäbe, dann hätte sie die anklage verkündet und die verantwortlichen auf die anklagebank gesetzt.

verantwortliche dieses hochverratsverbrechens gegen unser land sind die, die den ausverkauf als geschenk entschieden und durchsetzten. nämlich der verderbte patriach mitsotakis (regierungspräsident der nea demokratia) und die agenten des westens, wirtschaftsminister i. paleokrassas, der stellvertretene nationalwirtschaftsminister efth. xristodoulos, der industrieminister s. dimas und sein stellvertreter. verantwortliche sind auch v. mantsoris und der vorsitzende der OAE g. gianopoulos. die beiden letzteren hatten den punkt erreicht anzeige zu erstatten wegen dem vertrag, den ELINTA 1990 mit der englischen firma NEI abgeschlossen hatte, in dem sie den export von 250.000 elektrischen geräten vereinbarten. damit sollt ELINTA in die Liquitation geführt werden.



...nach dem anschlag auf siemens...

.. heutige situation des landes weist große ähnlichkeiten mit der situation der griechischen städte in der zeit der römerherrschaft auf. so wie damals war die demokratie nur ein leeres wort, weil es die gesetzgebende und ausführende (exekutive) mancht im wesentlichen nicht gab. so wie heute ist der parlamentarismus ein theater, weil die wirtschaftspolitik des landes von der eg, dem iwf und den westlichen banken bestimmt wird und nicht vom griechischen volk.
so wie damals inmitten einer pseudodemokratie bestimmten die römer ihre zu schützenden "kunden", die einheimischen stellvertreter, die die ordnung der römer herstellten. so haben auch heute die westlichen herren ihre "kunden", ihre politiker, ihre richter, ihre hohen offiziere im militär und polizei und ihre großunternehmer. wie damals beweihräuchern und vergöttern schriftsteller die römer, ihre metzeleien und eroberungen. dasselbe macht heute die presse und ein teil der intellektuellen. so wie damals errichteten sie statuen und denkmäler, genauso wie heute. so wie damals bereiteten ihnen die athener ihrem entwürdigten wesen nach feste, die sulliafeste, zum preis ihrer abschlachtung durch sylla (römischer stadthalter in athen, der die bevölkerung sehr tyrannisierte und viele blutopfer forderte). so belohnen auch heute die dekadenten politiker der nea demokratia den genscher, indem sie hauptsächlich feste in kreta organisieren zum preis des fortgesetzten opfers des "griechischen 3. reichs", weil die deutschen sich weigern die wiedergutmachungen zu zahlen.
wie damals widersetzten sich der römerherrschaft und ihren einheimischen mitarbeitern letztlich nur die einfachen volksschichten. und auch heute ist nur die basis des volkes, außerhalb der gekauften politischen parteien und gewerkschaften, die sich widersetzt und mit allen mitteln gegen den herabwürdigenden ausverkauf des landes, dessen trikontinalisierung und umwandlung in ein land unter das diktat des internationalen arbeitsamtes kämpft.
die logische konsequenz der politik des internationalen arbeitsamtes, die ungeheurere und lang andauernde welle der verteuerung und die erdrückenden überlebensprobleme, mit denen heute die große masse der beschäftigten konfrontiert ist. darunter fällt natürlich auch die aufblähung der arbeitslosigkeit. und während das volk immer entrüsteter und zorniger gegen diese politik wird, - bereit für einen wirklichen kampf für den sturz der regierung der dekadenz und nicht nur für streiks,- befindet sich die politik des sand-in-die-augen-streuens auf ihrem höhepunkt. sowohl pasok, als auch synaspismos (linksbündnis von kp und 4 anderen kleinen linkssozialistischen parteien) haben die beschäftigten vollkommen verlassen, haben in den angriff eingewilligt, wagen es nicht ihren kopf gegen die patrone des herrschenden westlichen kapitals zu erheben und käuen die märchen über stabilisierung und modernisierung immer und immer brav wieder.
letztendlich spiegelt der fortgesetzte prozeß, die operette um den koskotas-skandal, genau den zustand des landes wieder. mißachtete und betrübte zwerge versuchen ihre achtung wieder zu erlangen ... während sie tag für tag von angestellten falschen zeugen, abschaum und anderen schauspielern beschimpft und erniedrigt werden. über parteien und presse wird sich alltäglich lustig gemacht, weil sie weiterhin die "katharsis" (reinigung, hier: die von der ehemaligen parteienallianz von konservativen bis kommunisten gegen die pasok papandreous eingeleitet säuberung und aufdeckung der schmiergeldskandale, die papandreou vom sockel der macht stürzten, ihn vor gericht brachten und in griechenland als historisches ereignis angesehen wurde, weil es das erste mal war, daß kommunisten und konservative seit dem bürgerkrieg und den vielen faschistischen diktaturen todfeinde, zusammenarbeiteten) weiterhin unterstützten, über die mittlerweile das ganze land lacht. presse und parteien haben ihre letzten bröckchen an glaubwürdigkeit verloren. ein staat, der geführt und getragen wird von einem gewöhnlichen betrüger, verfolgt ihn gleichgültig und entwürdigend, besorgt seinen schutz und richtet ihn in einer luxuriösen suit mit allen bequemlichkeiten

... eine polizei, die nicht einmal versucht zu verbergen, daß sie ohne scham eine ihrer größten aufgaben übernommen hat: nämlich den schutz des großbetrügers koskotas, der angeblich von"terroristen" bedroht wird. die amerikaner reiben sich die hände, weil sie erfolg hatten mit ihren märchen. jedoch alle wissen, daß wir überhaupt kein interesse daran haben und es ein großer politischer fehler von uns wäre koskotas heute zu töten - auch, wenn es sich lohnen würde. warum kann keine unserer raketen und dessen beschuß wirksam sein und ein positives politisches ergebnis für uns haben ? weil nur seine existenz und seine anklage vor gericht - die operette, die belustigung darüber den nokout bringt für ihre verlogenen gerechtigkeit, die parteien, die presse, die polizei und den gesamten griechischen staat.

von alleine mit dieser gerichts- und katharsisparodie zeigen sie dem griechischen volk, daß ihnen der schutz der baufälligen gesetze völlig gleichgültig ist. daran wird klar, daß sie sich selbst untergraben und ihre schläge gegen sich selbst entscheidender sind, und viel härter als die von uns. von alleine zeigen sie, daß kein vertreter eines staates, der ein solches bild abgibt, in der lage ist, auch wenn er wollte, nur ein minimum an nationalem widerstand zu leisten. - widerstand gegen die unlogischen forderungen des westens und seines internationalen arbeitsamtes. - oder gegen die zypernpolitik der amerikaner, die sich vor genugtuung darüber die hände reiben.

kürzlich führten wir folgenden angriff aus:

am 31.märz schossen wir raketen gegen das hotel pentelikos in kefalari. das hotel gehört dem gutausgestatteten koskotas. die presse stellte den gangster und reeder vardinogiannis als angeblichen besitzer dar. wir werden fortfahren die unternehmen und gebäude der gruppe vardinogiannis, die zum koskotasclan gehört, anzugreifen.



Πέμπτη 6 Ιουνίου 1991 — Απογευματινή Αδέσμευτη Εφημερίδα — Αρ. φύλλου 4.768 Έτος 16ο - Δρχ. 100



... elefterotypia: "nein zu jeder zensur - in der demokratie erlassen nicht die staatsanwälte die gesetze - flugblatt des 17. november zu 6 anschlägen" ...

am 25. april versenkten wir den schlepper von karapiperis mit einer starken bombe. er lag am kai von peramatos.karapiperis hat im verlauf des streiks der schlepperfahrer einen streikbrecherapparat organisiert. er bewegte seine schlepper mit menschen, die nicht angeheuert waren. wir werden damit fortfahren die streikbrecher in jedem gerechten streik anzugreifen.

am 2. mai griffen wir mit 2 raketen die büros der DEI (griechische staatliche elektrizitätsgesellschaft) in agios anargiros an.die erst kürzliche strompreiserhöhung, die zweite innerhalb eines jahres, beschert den tagelöhnern, die sich mit großen schwierigkeiten konfrontiert sehen, die unverschämt hohen rechnungen zu begleichen, viel hoffnungslosigkeit. dieser angriff auf die einkommen des volkes wirkt noch dreister, wenn wir ihn mit dem folgenden vergleichen: wärend der DEI die preiserhöhungen 45 milliarden zusätzliche einnahmen bringen, haben gleichzeitig staatliche und private unternehmen über 100 milliarden drachmen schulden bei der DEI.

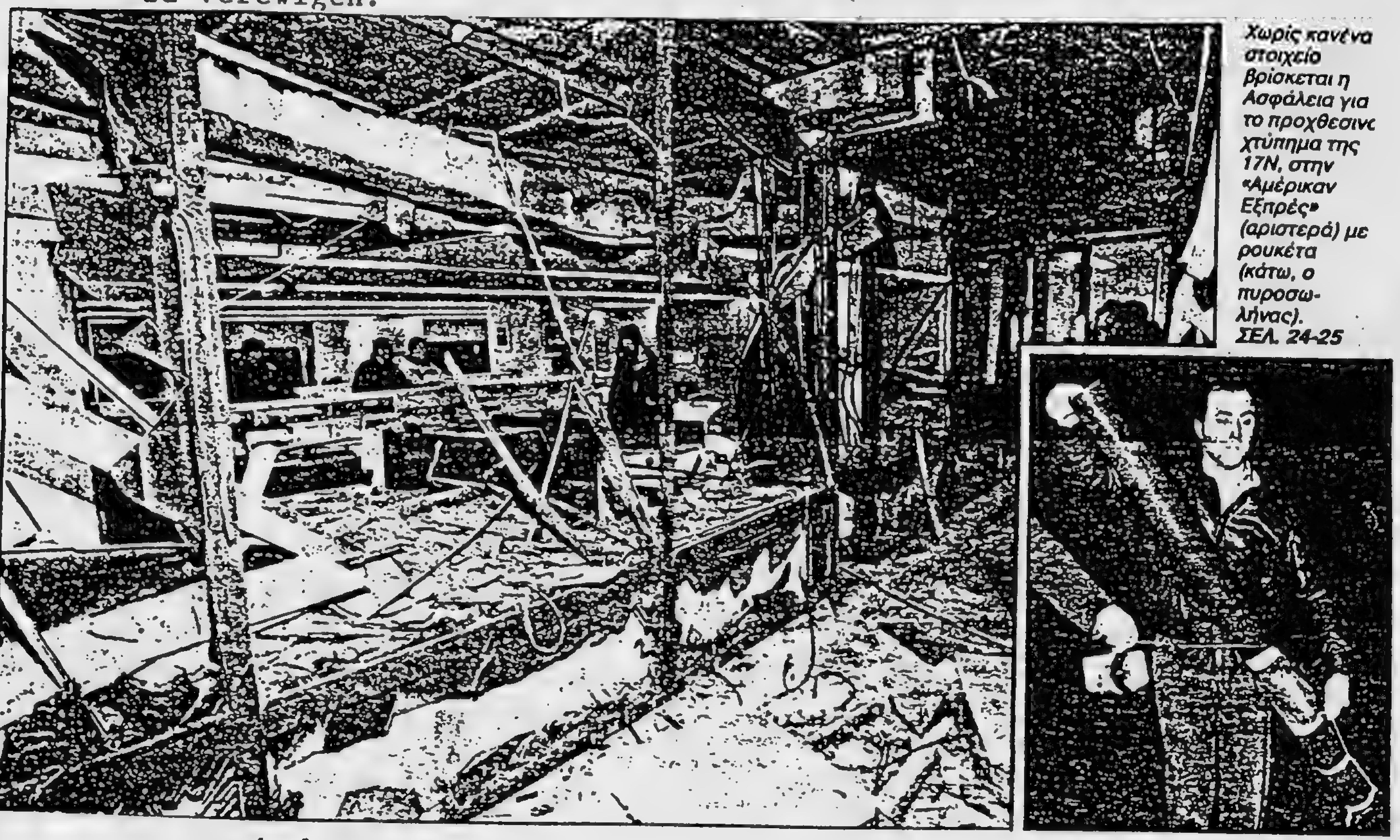
am 15. mai griffen wir die zementfabrik xalips in elefsina mit
reten an, von denen leider nur eine explodierte. besitz und kontrolle
der firma befinden sich heute in den händen des französischen unter-
nehmens ciments francais. wie wir breits schon letztes jahr erklärten
gab es mit diesem ver- bzw. ausverkauf einen der ersten skandale die-
ser regierung des zerfalls. heute arbeitet das unternehmen gewinn-
bringend für die franzosen, ohne daß diese auch nur eine drachme in
die fabrik investiert hätten. parallel dazu fahren sie damit fort den
markt noch weiter auszuzehren, um noch mehr kontrolle über andere
steinbrüche und zementfabriken zu erwerben. wie wir bereits in der
vergangenheit erklärt haben, werden wir unsere angriffe gegen solche
fortsetzen, die verschuldete unternehmen "kaufen", ohne ihre schuld
zu bezahlen. so klauen sie dem grichischen volk einen teil der schul-
den, den sie nicht bezahlten. im vorliegenden falle bezahlte die c.f.
1.2 bis 1.7 milliarden von eigentlich insgesamt 7 milliarden.
am 7. mai griffen wir, 2 raketen abschießend, die deutsche firma sie-
mens in marousi an.
am 28. mai griffen wir wieder mit 2 raketen die bierproduktionsstätte
der deutschen firma löwenbräu in atalanta an. die verbale verurteil-
ung der naziverbrechen durch die heutigen führer der deutschen hat
überhaupt keinen wert, solange sie nicht mit einer praktischen ver-
urteilung einhergeht: der gerechten wiedergutmachung unseres landes,
das ungeheuere katastrophen durch die nazibestien ertragen hat. die
nichtzahlung der kriegsreparationen bedeutet die ignorierung dieser
verbrechen. d.h. das heutige deutschland erzielt einen wirtschaft-
lichen nutzen aus der zahlungsverweigerung; d.h., daß sie unser land
wirtschaftlich unterwirft, fabriken -, land-, häuser- und hotels kau-
fend, mit geldern, die uns gehören. d.h., daß wir mit dieser vorge-
hensweise in 10 jahren, in unserem eigenen land, lohnempfänger deut-
scher herren sind. d.h., daß das heutige 4. reich fortfährt mit der
strategischen unterwerfung der völker. es hat die selben ziele, aber
unterschiedliche mittel. wir werden also fortfahren die deutschen
unternehmen, und damit die mittel der wirtschaftlichen unterwerfung
unseres landes, anzugreifen, bis die kriegswiedergutmachungen und die
zwangsanleihen zurückgezahlt sind.
wir rufen das griechische volk auf, mit welchen mittel auch immer es
in der lage ist, die deutsche anwesenheit in unserem land zu bekämpfen

athen, 4.6.91
revolutionäre organisation
17. november

P.S. bei jeder der obigen aktionen benachrichtigten wir die zeitung
elefterotypia eine viertel- bis halbe stunde vorher. wir baten, um
entleerung der räume damit es keine zufälligen opfer gibt. obwohl die
zeitung die polizei anrief, so wie wir es ebenfalls telefonisch ver-
langt, und vor der explosion gewarnt hatten, arbeitete die polizei
verbrecherisch und räumte nicht. im hotel pentelikos holte sie nur
souflias (ein MInister) und die anderen hohen tiere aus dem restaurant
und die kleinen angestellten ließen sie sich in den stockwerken aufhalten,
bis zur explosion im gebäude. am kai von peramatos warnten sie über-
haupt niemanden. der einzige fall einer rechtzeitigen räumung, ist der
der zementfabrik xalyfa. eben weil wir die fabrik direkt warnten, so
wie auch die elefterotypia. bei siemens warnten sie die privaten wach-
leute nicht. ebeso war es bei löwenbräu, wo sie es in einer halben
stunde nicht schafften die fabrik zu räumen.
es ist also offensichtlich und alle haben das spiel der polizei durch-
schaut. sie evakuieren die räume nicht damit es menschliche opfer gibt,
die sie dann zu unseren lasten ausbeuten. jeder wird also begreifen
daß im falle eines zufälligen opfers die einzige verantwortliche die
verbrecherische politik der polizei ist, die sich bemüht um bewußt in
kauf genommene opfer, -und niemand anderes.

II.

...Das Problem also ist nicht die Verletzung des Internationalen Rechts durch die irakische Invasion und Besetzung des aus der englischen Kolonialzeit entstandenen künstlichen Staates Kuwait. Denn alle großen westlichen Länder mit USA an der Spitze haben wiederholt in den letzten Jahren ähnliche Praktiken angewandt, indem sie skrupellos internationales Recht mit den Füßen getreten haben,ohne daß je eine Bestrafung gegen diese Länder eingesetzt wurde, ohne daß je Waffen gegen diese Länder eingesetzt wurden.Das Problem ist nicht der irakische Expansionismus, denn wenn es ein Land gibt, das expansionistisch ist und seine Nachbarn bedroht, dann ist es das zionistische Israel. Dieses Land hat eine Reihe von Gebieten in den letzten Jahren besetzt, lehnt die Existenz einer Heimat für die Palästinenser ab und bedroht alle mit seiner riesigen Militärmaschinerie und seinen 113 Atomsprengköpfen.
Das Problem ist, daß der reiche Westen ein Land der Dritten Welt vollständig eliminiert, daß zehntausende seiner Bewohner ermordet werden, weil es gewagt hat Widerstand zu leisten, weil es gewagt hat die Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse zu sprengen.
Das wichtigste und entscheidenste Problem ist, daß der Krieg und die Zerbombung Iraks geschah, um eine Weltordnung zu verewigen, in der 1/4 der Weltbevölkerung (und davon eine verschwindende Minderheit in Reichtum lebt) 80% der Weltproduktion verbraucht, während 3/4 die restlichen 20% verbrauchen. Sie leben in Armut, Hunger, Elend mit allen möglichen Krankheiten.
Dieser Krieg ist der Krieg des reichen, satten Westens mit der Herrenmenschmentalität gegen die Elenden der Dritten Welt um die Ungleichheit, die Ausbeutung und die Ausraubung der Dritten Welt zu verewigen.

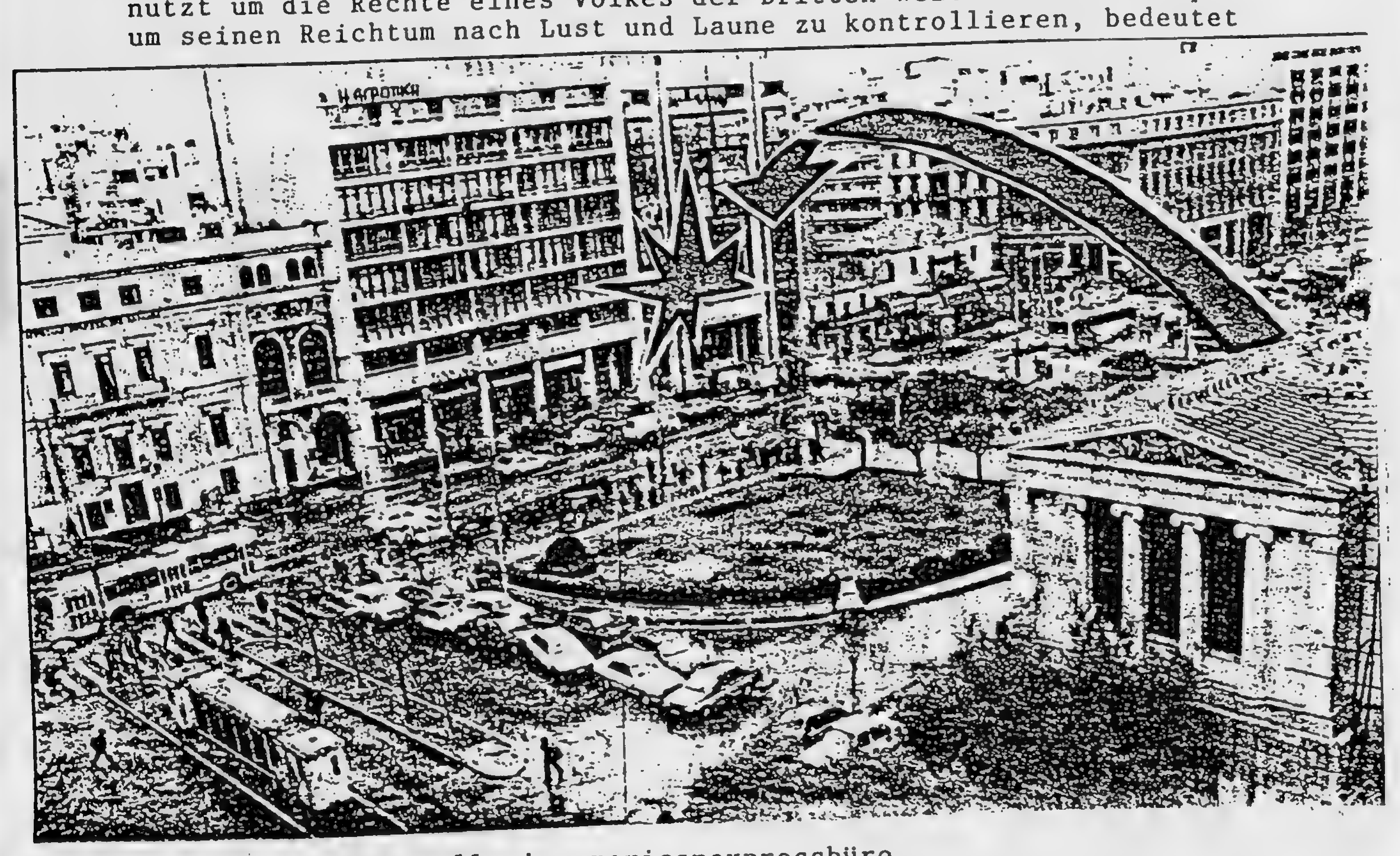


Χωρίς κανένα στοιχείο βρίσκεται η Ασφάλεια για το προχθεσινό χτύπημα της 17Ν, στην «Αμέρικαν Εξπρές» (αριστερά) με ρουκέτα (κάτω, ο πυροσωλήνας). ΣΕΛ. 24-25

... nach dem anschlag auf american express...

Was die reine militärische Seite der westlichen Aggression betrifft, so ist es inzwischen klar, daß die Massenmedien nicht mehr die Wahrheit durch Märchenerzählungen über "Chirurgische Operationen" und "intelligente Raketen" leugnen können. Die einmaligen, massiven Luft-Bombardements, die die Zahl von 20.000 Einsätzen innerhalb von 10 Tagen erreicht haben, können nicht mehr verheimlichen, daß die Ziele nicht nur militärische sind. Daß auch zivile Ziele anvisiert wurden, um Irak völlig zu zerstören, rücksichtslos auch

gegenüber seinen historischen und kulturellen Stätten. Somit soll seine Wirtschaft eliminiert und seine Bevölkerung in eine aussichtslose Situation gebracht werden. Es ist eine westliche Militär-Strategie, die den direkten Krieg vermeidet, die den Krieg durch die Zivilbevölkerung gewinnen will. Die massiven Bombardements, der Terror gegen die Zivilbevölkerung, die Ermordung und Verletzung von zehntausenden Zivilisten, Hunger und Elend wegen Wirtschaftsboykott und Destabilisierung, der Verseuchung durch Zerstörung von chemischen und biologischen Anlagen, den Zusammenbruch der medizinischen Versorgung und der Stromerzeugung, der zerstörung der Wasserversorgung und Kanalisation, mit all dem verfolgen sie nur ein Ziel: die Niederschlagung der Bevölkerung und dadurch das Erzwingen des Saddam-Regimes in die Kapitulation. Die westlichen Demokratien haben ihren Lehrer, Hitler, der eine solche massive und systematische Bombardierung nicht geschafft hat, übertroffen. Der Einsatz also der Waffengewalt in so einem in der Geschichte einmaligen Ausmaß gegen eine Bevölkerung ist eine eindeutige nazistische Praxis des Westens.
Schließlich würden die massiven Bombardierungen eines Landes , das in Besitz von allen möglichen chemischen Fabriken und Ölquellen ist, sicherlich zu irgendeiner Form der ökologischen Katastrophe in der Region führen.
Ein solcher Krieg also, der in solchem Ausmaß die Waffengewalt nutzt um die Rechte eines Volkes der Dritten Welt niederzutrampeln um seinen Reichtum nach Lust und Laune zu kontrollieren, bedeutet



... einschlagstelle im americanexpressbüro...

nichts anderes als die Entblössung jeglicher Prinzipien, jeglicher Ideale der westlichen Demokratie. Die Entblössung außerdem der Prinzipien der Solidarität, der Gerechtigkeit, der sozialistischen Prinzipien. Eines Sozialismus, der heute in Europa - mit einigen Ausnahmen - nicht einmal den Mut hat, die Wahrheit beim Namen zu nennen, den Krieg mit seinem wahren Namen zu bezeichnen. Daher ist es kein Zufall, daß sich dieser Sozialismus in einer tiefen Krise befindet, eigentlich nicht existiert.
Was die Haltung der griechischen Regierung betrifft, so ist die der Höhepunkt der Lächerlichkeit und der Unterordnung. Während

Griechenland nichts zur Befreiung Zyperns, das 17 Jahre nach der türkischen Invasion immer noch besetzt ist, beiträgt, verkündet sie ihre Beteiligung an der Befreiung Kuweits!
Sie verkündet durch ihre Minister, daß sie bereit ist, die türkischen Grenzen zu verteidigen, während die Türkei 1/3 von Zypern besetzt hält und die Ägäische Region bedroht. Damit stellt sie bewußt die Interessen der Türkei über die des eigenen Landes. Wir glauben, daß die neudemokratischen Minister die Scheichs der Emirate in Sachen Verrat, nationalem Ausverkauf und Unterordnung gegenüber dem Westen übertroffen haben.
Schließlich war es sehr belustigend zu hören, wie einige "Linke" in ihrerRolle als Neureiche die Teilnahme Griechenlands an der Invasion forderten, um an der Verteilung der Beute teilzunehmen.
Die USA und Israel, die den Krieg beschlossen haben, wissen sehr gut, daß die wahren Gründe die ungerechten Ausbeutungsverhältnisse zwischen Nord und Süd sind. Sie wissen also, daß solange diese Verhältnisse existieren auch die Gründe zur Entstehung solcher lokalen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Dritten Welt weiter existieren werden. So wie es in der ganzen Zeit nach dem 2.Weltkrieg auch war.
Das bedeutet also heute, wo der Zusammenbruch der stalinistischen Regimes Ost-Europas und der UDSSR den Weg für die amerikanische Herrschaft freigemacht hat, daß eine Neubestimmung ihrer Hegemonie notwendig wird, daß die Hegemonie von allen anerkannt werden soll, daß die Dritte Welt ein Signal bekommt.
Dieser strategische Angriff ist auch eine deutliche Warnung an alle Länder der Dritten Welt, eine praktische Lehre dessen, was jeden erwartet, der die zukünftigen Ausbeutungsverhältnisse USA-Nord gegen Süden in Frage stellt.
In Anbetracht einer solchen barbarischen Invasion des Westens in ein Land der Dritten Welt ist nicht nur jeder Kämpfer, nicht nur jeder Revolutionär, sondern einfach jeder Mensch, wenn das Wort Mensch noch seine Bedeutung hat, radikal und total dagegen. Er wird alles tun, um seine Ablehnung und seinen Ekel zu artikulieren.
Deswegen haben auch wir am Donnerstag, den 24.Januar, mit 4 Bomben die amerikanische City-Bank in Chalandri, die englische Bank Berkleys in Maroussi, das Büro des französischen Militärattaches in Mets und die amerikanische City-Bank in Agia Paraskevi, die allerdings nicht explodierte, angegriffen.
Außerdem haben wir am Sonntagabend einen Anschlag mit einer 3,5mm Rakete auf die American-Express in Panepistimioustraße, sowie am Montagabend auf die Büros der englischen Ölfirma BP in Chalandri verübt.

Revolutionäre Organisation 17.November (ca Januar '91)

DER 17. NOVEMBER 1973

die organisation nennt sich so, weil sie damit die geschehnisse an diesem tag wach halten will. damals wurde von studentInnen die technische universität (polytechnion) in athen besetzt, und damit das ende der siebenjährigen militärdiktatur eingeleitet. die studentInnen wurden mit panzern zusammengeschossen. es gab 50 tote und viele verletzte. die junta papadopoulos wurde durch eine noch rechtsradikalere clique ersetzt, die sich aber nur noch ein jahr halten konnte bevor sie 1974 aufgrund von innerem widerstand, außenpolitischem druck und wegen ihrer letzten großen dummheit, dem putschversuch auf zypern, der die türkische besetzung nordzyperns folgte, abtreten mußte. die faschistischen offiziere der juntazeit sitzen alle im athener knast korydallo (siehe swing vom april) in einem extra für sie ausgerichteten flügel. dort haben sie vor kurzem prominente gesellschaft bekommen: den bankier und finanzier der griechischen politikerelite koskotas (siehe erste erklärung des "17. november").

aber zurück zum 17. november. dieser tag wird alljährlich in griechenland zum anlaß der erinnerung und des protestes an und gegen den faschimus begangen. dann werden große (mit zehntausenden von menschen) demonstrationen durchgeführt. alle, die sich demokraten schimpfen, - von rechts bis links -, sind dann auf der straße. meistens gibt es zwei demos. und es gibt auch fast immer randale am linksradikalen rand.

die organisation 17. november hat vor allem in ihrer anfangszeit spektakuläre aktionen gemacht. sie hat z.b. us-folterspezialisten und militärberater umgebracht, die wärend der juntazeit aktiv waren. offiziell werden ihr 15 morde und dutzend von sprengstoffanschlägen zugeordnet. ab und zu hat sie sich auch schon waffen aus überfällen aus mlitärdepots besorgt. eine spektakuläre aktion war der überfall auf eine polizeistation und die erbeutung sämtlicher sich dort befindlicher waffen. diese wurden dann später farbig, aber vor allem in rotem ton, ganzseitig, und im hintergrund mit den bildern von marx und veloujotis (partisanenführer im griechischen bürgerkrieg, der später hingerichtet wurde) in vielen tageszeitungen abgedruckt, in einer sogar auf der titelseite. seit dem patroulieren mit maschinenpistole ausgerüstete bullen vor den revieren. ein weiteres schnippchen schlugen sie dem staat mit der erbeutung von panzerabwehrmunition aus aus einer kaserne. die dazugehörige abschußvorrichtung besorgten sie sich dann in einem staalichen waffenmuseum. sie sei noch voll funkiontüchtig höhnten sie hinterher. die bullen wissen angeblich nichts über struktur und umfang des "17.november". außerdem haben sie noch nie jemanden festnehmen können. dies, und daß in dem fast 20-jährigen bestehen der organisation keine ausführlicheren erkläungen zu strategie, konzept und ziele bekannt wurden, stimmt viele im land skeptisch. im verhältnis zur anzahl ihrer aktionen tauchten, auch schon vor dem antiterrorgesetz, sehr selten flugbätter auf. ihre phantomhaftigkeit macht sie zwar nicht greifbar für die staatsmacht, aber auch nicht begreifbar für die menschen, die sie erreichen wollen. über klammheimliche freude geht die sympathie und unterstützung bisher offenbar nicht hinaus. ihre nicht(be-)greifbarkeit führt zu spekulationen, die sie bis in die nähe zu militär-und staatsapparat rücken. eine vermutung geht davon aus, daß sie vielleicht aus teilen des staasappartes heraus gedeckt werden. dies wird damit begründet, daß es wärend derjuntazeit eine widerstandsgruppe der pasok (panhelenische sozialistische bewegung) gab, aus der der "17.november" hervorgegangen sein soll.

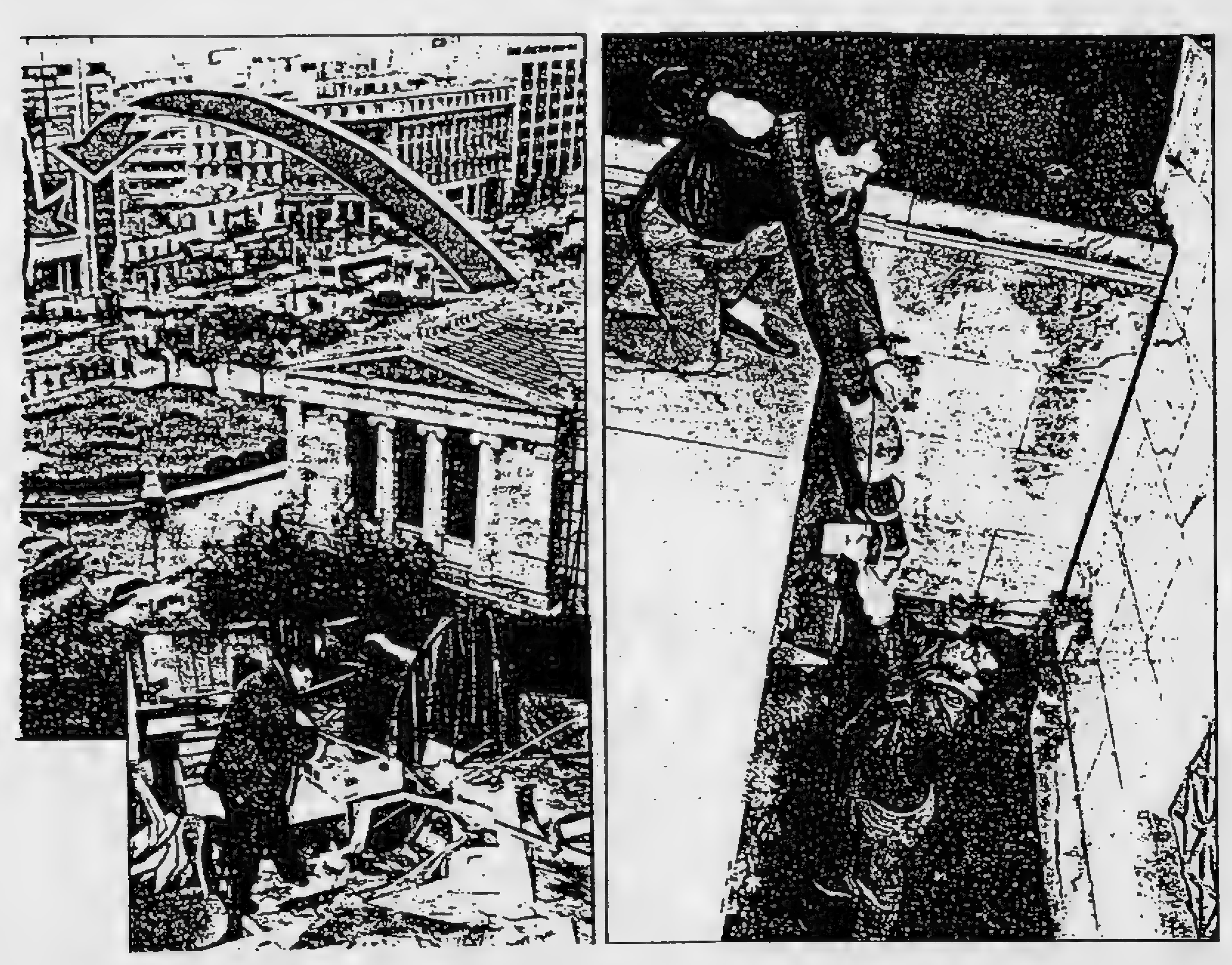
5 σκληροί όροι ΕΟΚ για το δάνειο

ΣΤΗ ΣΕΛΙΔΑ 44

... fünf harte bedingungen der eg für den kredit ...

die mutmaßungen mal bei seite. wie sieht die politik des "17. novembers" aus. das wenige was bisher in die öffentlichkeit kam, wurde von den griechischen zeitungen immer sehr ausführlich und authentisch abgedruckt. doch seit 2 jahren gibt es, auch innereuropäisch angepaßt, ein antiterrorgesetz, wie wir es z.b. mit dem pragraphen 129a schon länger kennen. die veröffentlichung der erklärung zu den jüngsten 6 anschlägen wird dem verantworlichen redakteur der elefterotypia wahrscheilich eine knaststrafe bis zu 5 jahren bringen. anklage gegen ihn und 7 weitere redakteure, die in ihren zeitungen aus solidrität mit ihm ebenfalls die "17.novembererkärung" abdruckten, ist bereits erhoben. aufgrund dieser schwierigkeiten ist es also noch schwieriger geworden für sie sich zu vermitteln.
die letzten beiden erklärungen zeigen sowohl ihren starken nationalen bezug, manches erinnert fast schon an eine nationale befreiungsbewegung, als auch ihren internationalen bezug. die erste erklärung hebt immer hervor, daß es darum geht griechisches kapital vor den klauen

der internationalen bänker zu retten. aber was danach? könnten sie sich dann mit dem kapital in griechischen händen anfreunden? haben sie dann frieden geschlossen mit den herren ausbeutern, - nur weil sie griechen sind? in diesem papier greifen sie zwar die sozialdemokratische herrschaftsvriante an, wenn sie davon sprechen, daß pasok, synaspismos und gewerkschaften das volk schon lange verraten haben, aber warum griffen sie am 17. november 1989 in den griechischen wahlkampf ein, um die einzige abgeordnete der ökologen, die erstmals ins parlament einzogen, aufzurufen, mit ihrer stimme der parlamentarischen linken zur einfachen mehrheit zu verhelfen? diese lehnten ab, mit der begründung sie seien für direkte demokratie und unterstützen deswegen gar keine regierung. in der politik des "17. november paart sich offensischtlich reformismus mit militärischen aktionen. - sie sprechen auch immerwieder vom sturz der nea demokratiaregierung, sagen aber nicht welche alternative sie sehen. von revolution ist, außer in ihrem namen, jedenfalls nicht die rede, - weder von einer nationalen-, noch von weltrevolution. die arbeitende bevölkerung hat zwar alle die geradean der macht sind satt, wie sie erklären, und das volk wäre nicht mehr bereit sich nur noch für streiks einspannen zu lassen, die den interessen der parteien dienen, sondern es wolle zum entgültigen sturz dieser regierung mobilisieren. - aber warum wählen sie sie dann doch immer wieder? -das hängt damit zusammen, das in griechenland politische identität immer noch eng mit der zugehörigkeit zu einer partei verbunden ist. und das ändert sich auch jetzt erst sehr langsam mit der zunehmenden zersplitterung der linken parteienlandschaft. aber auch der "17.november" scheint sehr verstrikt mit dem traditionellen partei- und klientelsystem oder zumindest sehr darauf fixiert. seine bezugslinnien bleiben vorerst noch sehr unklar.



... bullen beim bergen des abschußrohres gegenüber von american express ...



EINLADUNG

zum dritten bundesweiten Treffen für eine starke Mobilisierung gegen den WWG'92 in München

ORT: KOMM in NÜRNBERG (Beim Hauptbahnhof) ANREISE: Freitag 17.1.92 abends Volxküche im Cafe Molotov/KOMM mit Pennplatzbörse TREFFEN: Samstag 18.1.92 12.ooh Eröffnungsplenum, Arbeitsgruppen (bis die Köpfe rauchen) Sonntag 19.1.92 10-13.ooh Fortsetzung + Abschlußplenum

Die imperialen Schweine zum Teufel jagen!

1992 - zum 500. Mal jährt sich die Eroberung des amerikanischen Kontinents durch weiße, europäische Kolonialisten. Pompöse Festivals der Herrenvölker feiern dieses Ereignis. Die Indigenas rufen zum Aufstand gegen das "500jährige Reich" auf.
Und wir in den Metropolen dieser Weltordnung?

Vom 6.-8.7.'92 treffen sich die Chefs der sieben mächtigsten Staaten zum Weltwirtschaftsgipfel in München. In der Kette der Konferenzen, Feiern, aber auch Krisensitzungen ist es 1992 nur ein Ereignis. Das halbe Jahrtausend kolonialistischer Babarei, auf der diese Weltordnung fortdauernd basiert, der Aufstieg Deutschlands zur Großmacht, Binnenmarkt + Politische Union EG'92 und die Auflösung des sowjetischen Systems sind der Rahmen. Die Rassisten und Faschisten auf den Straßen und in den Institutionen haben Mut gefaßt. Die Könige der Weltwirtschaft - und damit die Herren der Welt - mit starken Protest und Widerstand zu konfrontieren, ist eine Möglichkeit dieser Weltordnung unsere Feindschaft zu erklären.

Einige, wenige Vorstellungen haben sich herausgeschält:
* eine **große Demonstration** am Samstag (4.7.) soll schon vor der offiziellen Eröffnung auf den Straßen Münchens unsere Kritik und Wut manifestieren;
* **Aktionstage** sollen nicht nur uns in Atem halten, sondern in vielfältigen Formen die verschiedenen Aspekte von Unterdrückung und Widerstand zum Ausdruck bringen;
* in einem mehrtägigen **Gegenkongreß** soll der programmatische Titel **"Widerstand gegen/Befreiung von/Alternativen zu HERRschende Weltordnung"** in Analyse, Reflexion und Diskussion umgesetzt werden.

Wir wollen den Staatschefs nicht die Folgen ihrer Politik präsentieren, ihnen nicht - wie ein kurdischer Genosse sagte - die Opferzeremonie vorspielen. Die Analyse der HERRschaftsverhältnisse kriegt ihren Sinn in der Diskussion von Perspektiven einer Befreiung aus diesen Verhältnissen. Darin sehen wir die Bedeutung und Chance eines Gegenkongresses. Deswegen wollen wir mit Menschen aus Basis- und Befreiungsprozessen des Trikonts, Osteuropas und den Metropolen ihre und unsere Kampferfahrungen und Perspektiven diskutieren.

Kommt zum 3. bundesweiten Treffen!

Bisher waren es nur einzelne Gruppen, die diese Vorstellung miterarbeitet haben. Alle stecken in konkreten Auseinandersetzungen. Wir auch. Und es ist eine Anstrengung, über die Fragen und Anforderungen aus der täglichen Praxis hinaus, die Köpfe und Hände frei zu haben. Die 500Jahre/WWG-Mobilisierung als eine weitere "bereichsspezifische" Aktivität, die wir uns und anderen zusätzlich aufhalsen? Nein Danke!

Aus unseren jeweiligen Initiativen, ob die Organisierung antifaschistischer Selbsthilfe, das gemeinsame Vorgehen mit Flüchtlingen gegen Rassismus, immer wieder der Versuch uns Raum für Zentren zu erobern, gegen sexistische Unterdrükkung vorzugehen, mit den rev. Gefangenen für ihre Zusammenlegung und Freiheit zu kämpfen... oder anderes, sehen wir genug Gründe diesen Versuch zu wagen. Die Zusammenhänge von 500 Jahren Kolonialismus und Weltwirtschaftsgipfel zu den gesellschaftlichen Widersprüchen, in denen wir Gegenwehr + Selbstorganisierung schaffen, sind offensichtlich.

Deswegen: Kommt mit Ideen + Initiativen am 17.1.92 nach Nürnberg. Es braucht Vorschläge + Entscheidungen, wer was wie anfängt vorzubereiten.

Zu Fragen aus der Diskussion

Wir sehen den WWG als geeigneten Anlaß Schritte zu forcieren, die eh notwendig sind. Die Mobilisierung wird so stark sein, wie es möglich ist, konkrete Probleme anzugehen. Auf eine Demo, einzelne Aktionen kann kurzfristig gefahren werden. Eine Aktionswoche mit Großdemo, Gegenkongreß + Aktionstagen bedeutet schon jetzt erhebliche Arbeit, Diskussion + Initiative. Zuviel in einer Situation, in der nur wenige Gruppen längerfristig Projekte bestimmen und umsetzen können? Wenige machen viel, viele können sich zur Zeit eine solche Diskussion (auch in der Reibung mit anderen Spektren) nicht vorstellen.

Eine Flugblattmobilisierung nach München wollen wir nicht. Es muß sich etwas in den Städten/Regionen tun, Initiativen bilden, die sich vernetzen. In Nürnberg werden Arbeitsstrukturen entstehen müssen. Ohne Entwicklung wird es keine Mobilisierung geben. Sie wird auch davon abhängen, ob sich das Verhältnis von uns zu an-

deren Szeneteilen, Generationen + Spektren produktiver entwickeln läßt als bisher, inwieweit sich die gesellschaftliche Isolierung "aufheben" läßt, ob die Prozesse unter uns Kraft geben und vieles andere mehr. Das hat nicht nur pragmatische Gründe - von wegen eigener Schwäche. Die Herausbildung neuer Orientierungen emanzipatorischer Politik ist keine Angelegenheit von Linksradikalinskis allein; sie wird nur fruchtbar mit allen,die um eine Veränderung kämpfen.

Es sind auch die Erfahrungen aus über 20 Jahren, die eine Neubestimmung der Politik verlangen. Diese Einsicht lugt an allen Ecken hervor. Sie ist auch in den kritischen Bemerkungen zur "Kampagnenpolitik" enthalten, ihren Warnungen vor Wiederholungen. Aber nicht Kampagnen waren und sind das Problem. Eher die Politikvorstellungen, die von Konjunkturen leben und die "Mühen der Ebene" scheuen.

In der 500Jahre/WWG-Mobilisierung sehen wir nicht die Gefahr, die Krise der Linken zu verdecken. Wir nehmen sie zum Ausgangspunkt. Umgekehrt: Innerhalb einer ad hoc beschlossenen und dann ohne praktischen Ausdruck abstrakt bleibenden Strategie- und Grundsatzdebatte erscheint uns eine Neuorientierung linksradikaler Ansätze, unter Aufarbeitung der Erfahrungen, nicht möglich. Ohne Praxis keine Perspektive. Für alle muß sichtbar sein, welche Fragen tatsächlich schon gelöst sind. Niemand wird behaupten, daß hinterher alles ganz anders ist, oder daß dann Strategie + Organisierung gefunden sind. Aber nur in einem solchen Prozeß, der offen ist und auf unser aller Erfahrungen aufbaut, wird sich etwas entwickeln.
Internationale Diskussion ist kein Umweg oder Ersatz; aber ohne sie kann auch nichts klarer werden. Die Erfahrungen aus Kampfprozessen in anderen Teilen der Welt - nicht statt, sondern um unsere eigenen als Geschichte des Widerstandes rekonstruieren + verallgemeinern zu können.

Zum Treffen der "AG Gegenkongreß" am 8.12.91

Auf den 1. Blick scheinen sich die Ergebnisse (S.4) nicht von denen der Aktionskonferenz zu unterscheiden. Das ClearingHouse-Spektrum kam um letztlich alle Knackpunkte, die den Charakter des Kongresses bestimmen, unter den Vorbehalt des zu bildenen TrägerInnenkreises (25.1.) zu stellen. Eine Politik, die höchstens Aspekte der Herrschaft als äußeres Verhältnis kritisiert, stellt sich die Frage von Widerstand nur als richtig aufbereitete Vermittlung im Dialog mit den Herrschenden. Eben: "Der andere Gipfel".

Bedingt auch durch die geringe Teilnahme linksradikaler Gruppen, von MigrantInnen und Exilorganisationen wurden die Widersprüche nicht schärf. Trotzdem sind sie präsent: Nur ReferentInnen einzuladen, die aus ihrer Analyse Widerstand entwickeln, schließt den Dialog mit z.B. Daimler-Chef Reuter aus; dem Kongreß eine antirassistische Stoßrichtung zu geben, kann nicht mit der im ClearingHouse vertretenden ÖDP entwickelt werden... Das läßt sich zu jedem Punkt entwickeln.

Am 8.12. ist klargeworden: es wird auf jeden Fall einen Kongreß geben. Die Konzeption ist noch weitgehend unklar und politisch offen. Die Folgesitzung am 25.1.92 wird vorentscheidenden Charakter haben. Dort wird ein TrägerInnenkreis gebildet und eine Plattform beschlossen.
Ohne eine qualitativ veränderte Herangehensweise, verstärkte Teilnahme und konkrete Vorstellungen wird der Zug in eine andere als die von uns gewollte Richtung fahren. Die bisherigen Kongreß-Vorstellungen sind nicht mehr als ein Torso. Das 3. bundesweite Treffen wird als einen Schwerpunkt diese Diskussion haben - um mit einem Konkreten Vorschlag, der Charakter, Themen und Ablauf beinhaltet, in die Sitzung der AG Gegenkongreß gehen zu können.

Vorschlag für die Tagesordnung 18./19.1.92

1. Stand und Einschätzung der Mobilisierung (Münchener Bündnis, Kurzberichte aus den Städten...)
2. Aussprache: Internationale Diskussion um Befreiung - welche Ziele, aus welchen Befreiungsprozessen? Möglichkeiten und Umsetzung der sozialen Realität in den Metropolen.
3. Gegenkongreß: Erarbeitung eines Konzeptes auf der Basis der bisherigen Ergebnisse/Vorbereitung des 25.1.92/Internationale Kontakte
4. Demo und Aktionstage: Was ist die Basis für Aktionstage/Reale Initiativen + Vorschläge
5. Arbeitsstrukturen: Koordination zwischen den Treffen/Finanzen/Mobilisierungsprojekte/Internationale Mobilisierung

KURZPROTOKOLL DES 2. BUNDESWEITEN TREFFEN (Frankfurt - 23./24.11.1991)

Anwesend waren GenossInnen + Gruppen aus:Neumünster, Augsburg, Freiburg, Nürnberg, Kiel, Kassel, Gütersloh, Rhein-Main-Ffm, Stuttgart, Koblenz, Köln, Albstadt und Berlin.

Ausgehend vom Nürnberger Treffen, das viele schwierig bis unproduktiv fanden, wurde eine zweistündige Aussprache über den Münchener Diskussionsbeitrag (1.Einladung) und die Kritik Frankfurter Autonomer angesetzt. Diese Kritik lautet auf einen kurzen Nenner gebracht: vor einer Diskussion über eine Mobilisierung nach München muß eine Auseinandersetzung + Aufarbeitung autonomer Kampagnen-Politik der 80er stehen.

Als Ergebnisse der Aussprache läßt sich festhalten: Es geht nicht darum eine Diskussion über Geschichte + Erfahrungen autonomer Politik auszuklammern; im Gegenteil, im Rahmen einer Reflexion der Kampferfahrungen der letzten Jahre sind sie ein Strang linksradikaler Politik. Diese Auseinandersetzung kann aber nicht (so die bisherige Haltung) als quasie unerläßliche Voraussetzung vor jeglicher Entscheidung + Überlegung der politischen Möglichkeiten im Jahr '92 stehen, also als -letztlich- theoretischer Diskurs erarbeitet werden. Diese Diskussion ist nur vorstellbar in einem Prozeß von Diskussion und Praxis. Diesen Punkt sprachen mehrere Leute an. Erschwerend war, daß nur ein Teil der anwesenden GenossInnen aus der autonomen Geschichte kommt.

Die - vorübergehende - Trennung der Diskussion wird begrüßt + vorgeschlagen, daß nach einer genaueren Auseinandersetzung mit der Kritik sich die AG in die Mobilisierung integriert.

DISKUSSION DES ANTI-WWG-PLENUMS

Großen Raum nahm der Bericht von der Aktionskonferenz ein. Zuviel im nachhinein, weil beim derzeitigen Stand der Diskussion in unseren Zusammenhängen und Gruppen nicht das wichtigste die inhaltlichen Positionen für einen Gegenkongreß des sozialdemokratisch-grünen ClearingHouse-Spektrums sein können, sondern viel mehr Gewicht auf die Erarbeitung einer eigenen politischen Vostellung liegen muss.
Für alle war klar, daß sich die Mobilisierung als Teil der "Kampagne 92" (EG 92, 500 Jahre, WWG) versteht und in München die Bereiche Kongreß-Aktionstage-Großdemonstration eine politische Einheit bilden.

ERLÄUTERUNGEN

Clearinghouse (CH). Bonner Koordination von (u. a.)Grüne, DGB, BUKO, BUND, DNR, ÖDP, BdKJ, Netzwerk Friedenskoop., SDAJ, ESG...
Aktionskonferenz. Ursprünglich von BUKO für Oktober geplant für 500Jahre-Kampagne. Durch Einflußnahme des CH verschoben. Am 9./10.11. von BUKO und MÜKOO in München organisiert. Die 2. Aktionskonferenz soll im Februar stattfinden.
Münchener Koordination (MüKOO). Anti-WWG-Bündnis auf lokaler Ebene.
AG Gegenkongreß. Von der Aktionskonferenz eingesetzt. 1. Treffen außerhalb der Aktionskonferenz: 8.12.91 in Ffm. Nächstes Treffen: 25.1.92 in Ffm. Voraussichtlicher Kern des TrägerInnenkreises Gegenkongreß.
BUKO. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen
Bundesweites linksradikales AntiWWG-Treffen. Auf Initiative vom AK WWG c/o Infoladen München ins Leben gerufen. Bisher zwei Treffen: Am 29./30.9.91 in Nürnberg + 23./24.11.91 in Ffm.

Die bundesweite Diskussion ist bisher kaum gelaufen. Einige meinen, weil viele GenossInnen zur Zeit mit anti-faschistischer/anti-rassistischer Arbeit völlig in Anspruch genommen sind. Die 500-Jahre-Aktionswoche im Oktober 91 hat z.B. gezeigt: es werden momentan wenige sein, die die Grundlagen einer Mobilisierung erarbeiten. Nichtsdestotrotz müssen die politischen Vorstellungen in den nächsten Monaten konkretisiert und erste organisatorische Grundlagen geschaffen werden. Gerade auch im Hinblick auf den Gegenkongreß ist das eine Bedingung, um nicht mit "leeren Händen" dazustehen.
Da bereits am 8.12. die AG-Gegenkongreß tagt, wurde als Schwerpunkt der Kongreß diskutiert.

Als erste inhaltliche Ansatzpunkte und Kriterien wurde zusammengetragen:
1. Die Möglichkeit einer internationalen Diskussion motiviert uns. Nicht an Stelle einer notwendigen Reflexion der Erfahrungen revolutionärer Politik, sondern parrallel. Auf was auch immer wir für unsere Zukunft kommen, wir werden die Probleme nicht aus der "nationalen Perspektive" begreifen und lösen können. Es geht nicht nur um unsere Erfahrungen, Einschätzungen und Ausblicke, sondern um die der verschiedensten Widerstandsprozesse weltweit.
2. Ein Gegenkongreß kann diese Diskussion vielleicht auf den Weg bringen. Sie wird aber dort nicht erst beginnen und auf keinen Fall enden können. So wäre schon allein die Tatsache, daß nach den Umbrüchen der letzten Jahre überhaupt eine Diskussion mit GenossInnen aus unterschiedlichsten Ländern stattfindet, schon ein Erfolg.
3. Nicht die Formen der Kämpfe, aus denen Leute kommen sind wesentlich (ob Guerilla oder Volksorganisation z.b.), sondern die Ziele. Wichtig ist uns an Analysen und Einschätzungen, daß aus ihnen Widerstand entwickelt wird.
4. Wichtig ist -soweit machbar- eine gemeinsame Vorbereitung. D.h. existierende Kontakte zu nutzen und nach Verbindungen zu den jetzt schon bestehenden Ansätzen (z.B. auch in der Flüchtlings-Arbeit) zu suchen.
5. Während des Kongresses soll es ein Frauen- und Lesben-Forum geben, wo eigene Inhalte entwickelt werden. Dazu bedarf es separater Räume. Dem Forum soll eine eigene Mobilisierung vorausgehen.

Die Themen- + Rahmenbeschlüsse der 1. Aktionskonferenz wurden übernommen. Die 5 Punkte lesen sich klarer als die Diskussion selbst war. Als eine Quintessenz können sie aber so festgehalten werden. Wichtig war allen auch zu versuchen die Gefangenen in die Diskussion einzubeziehen; ihre Erfahrungen sind uns für den Prozeß wichtig.

Als konkrete Projektvorschläge für die Mobilisierung wurden genannt:

1. FINANZEN - Phantasie ist gefragt! Zu überlegen sind Soli-Konzerte, Discos und der verstärkte Ausblick auf solidarische Spenden.
2. MOBILISIERUNGS-ZEITUNG - Die Diskussion soll bis Juni in mehreren Ausgaben mittels einer Zeitung verbreitert und intensiviert werden. Das Info-Blatt als Beilage linksradikaler Zeitungen ist als Vorläufer gedacht.
3. INTERNATIONALE PRESSE-ARBEIT - Um eine authentische Berichterstattung vor, während und nach den Anti-WWG-Aktionen zu gewährleisten, müssen frühzeitig Kontakte geknüpft werden.
4. INFRASTRUKTUR IN MÜNCHEN WÄHREND DER WWG
Die Organisation vor Ort muß von Vielen getragen werden. Sie muß in den Überlegungen jetzt schon eine Rolle spielen. Etwa EA, Sani-Dienst...

DISKUSSION DER AG "KRITIK & NEUBESTIMMUNG"

Ausgangspunkt war die Kritik Frankfurter Autonomer am Münchener Einladungspapier 1.Teil: an dort vorhandener Analyse + Gesellschaftsbegriff, der als mechanistisch, ökonomistisch und Blick von oben kritisiert wird; demzufolge am Fehlen von Konsequenzen aus dem Zustand der radikalen Linken; daher möglicherweise eine AntiWWG-Kampagne, die die Krise der radikalen Linken eher verschleiert, + rev. Stärke vortäuschen würde. Die Kritik dieses ev. eintretenden Mechanismus traditioneller Kampagnenpolitik wurde verlassen, um die Politik/Vorstellungen allgemein zu kritisieren. Die Diskussion blieb ohne konkretes Ergebnis + Einigung auf eine weitere Arbeitsweise, auch wenn es Vorschläge wie die gemeinsame Vorbereitung eines Aktionstages gab.

In der Diskussion gab es folgende Positionen + Tendenzen:
* WWG konkret: Die Positionen reichten von Notwendigkeit einer Mobilisierung, die von einem europaweiten Interesse getragen würde (zB Italien), bis zur Meinung, daß der WWG das Uninteressanteste am nächsten Jahr wäre; Kritik auch an einem mögl. BRD-Zentrismus gegen die Interessen in anderen Ländern.
* Mobilisierungen gegen "Hauptfeinde": Einerseits seien einige selbst nicht zum WWG mobilisiert + lehnen sie mit der bloßen Negation des Feindes ab, bis zur Forderung andererseits, die AntiWWG-Mob. als Möglichkeit zu betrachten, Herrschaftsverhältnisse zu analysieren + auf die eigene + allgemeine Realität in der BRD herunterzutransformieren, in einen Zusammenhang zu stellen, die Betroffenheit auch in der TäterInnenrolle wahrzunehmen.
* objektivierte Politik + Zielvorstellungen: Festhalten an Zielvorstellungen wie Kommunismus/Sozialismus; darauf der Vorwurf, daß diese Ziele abstrakt seien, wenn sie nicht in konkreten, subjektiven Zielen ausgedrückt würden, die für uns u.a. wertvoll sind; dazu die Position, eine "Neubestimmung" in einzelnen Punkten in der Mobilisierung einzulösen.
* Beispiele für "Neubestimmung/Weiterentwicklung": kann Ausdruck eines konkreten Einigungsprozesses sein, gegen zB BRD-Zentrismus + objektivierte Politik, gegen den Neorassismus auch linker Gruppen vorgehen, den Blick auf dieses Herrschaftsverhältnis erweitern. Infragegestellt wurde grundsätzlich, ob diese "Neuorientierung" tatsächlich eine sei, + ob nicht Praxisversuche zeitl. + generationsverschoben wiederholt würden.
Dies sind nur einige (hoffentlich wesentliche) Konfrontationspunkte der Diskussion, die insgesamt fragmentarisch blieb + in verschiedene Richtungen fließend war.

Arbeitsergebnisse der 1. AKTIONSKONFERENZ BUKO/ MüKOO am 9./10.11.91 in München

Rohgerüst für einen möglichen gemeinsamen Aufruf zu

Großdemo - Gegenkongreß - Aktionstagen

(Der WWG ist ein Ereignis in der Kampagne '92-Mobilisierung)

1. Die aktuelle Situation kennzeichnen:

- Der Ostblock ist zusammengebrochen, Deutschland vergrößert.
- offizielle Jubelfeiern anläßlich 500 Jahre Conquista
- EG '92
- scheinbarer "Siegeszug" des Kapitalismus
- propagierte Vision einer "One World" von Demokratie, Menschenrechten, Marktwirtschaft und Wohlstand
- welch ein Zynismus, welch eine Heuchelei (!), angesichts der Realität einer weltweit herrschenden ökonomischen, ideologischen und kulturellen Ordnung, die für Konkurrenz und Ausbeutung, für Hunger und Elend, Folter und Krieg, für die besondere Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen verantwortlich ist.

a) - der Kapitalismus ist in Wirklichkeit gescheitert
  - 3/4 der Menschheit sind zum Leben im Elend gezwungen, den meisten Menschen der Welt geht es schlechter als je zuvor
  - fortschreitende Verarmung auch im "Norden"

b) - besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen
  - geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zum Nachteil der Frauen
  - Frauen als Ware (Sextourismus, Frauenhandel ...)
  - Bevölkerungspolitik hier und in der "3. Welt"
  - Gen- und Reproduktionstechnologie

c) - weltweite Resourcenausplüderung
  - Giftmüllexport
  - Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen

d) - militärische Unterdrückung
  - (Golfkrieg!)
  - internationale Eingreiftruppen
  - weltweite Aufstandsbekämpfungsprogramme

e) - skrupellose und teils systematische Verletzung von Menschenrechten
  - Abschiebung in Folterländer
  - Polizeihilfe
  - Verwehrung von Zugang zu Bildung
  - (nicht konsensfähig: Menschenrechtsverletzungen auch in den eigenen Ländern)

f) - Der Norden macht die Grenzen zu (wo sie doch angeblich fallen!)
  - Abschottung der Wohlstandsinseln
  - Kontrolle und Selektion nach ökonomischen und rassistischen Gesichtspunkten

g) - und als wenn das nicht schon genug wäre, haben gerade die Deutschen, an deren Wesen die Welt schon zweimal "genesen" sollte, bei all dem schon wieder die Nase vorn.

2. In dieser Situation versammeln sich die "Herren der Welt"; wir treten ihnen entgegen und greifen sie an.

Diese "Ordnung" wollen wir nicht! Zusammen mit all den anderen, die sich - weltweit - hiervon befreien wollen, leisten wir gegen sie Widerstand. Unsere Mobilisierung hat einen unbedingt internationalistischen Charakter: Ausländische Menschen und Organisationen sollen als Hauptbetroffene des weltweiten HERRschaftssystems, das die Industriemetropolen zu verantworten haben, sich selbst vertreten und eine ihrer weltweiten Bedeutung entsprechende Rolle spielen. Angestrebt ist ein gemeinsamer Diskussions-, Erfahrungs- und Praxisprozeß, um darin Vorstellungen und Perspektiven von Widerstand und Befreiung zu entwickeln.

Erste Schritte auf diesem Weg sind die Forderungen: (in ziemlich loser Folge)

- Schuldenstreichung sofort!
- umfangreiche Reparationszahlungen des Nordens an den ausgeplünderten Süden
- unter den gegebenen Umständen fordern wir offene Grenzen und die Anerkennung, daß es ein Existenzrecht aller flüchtenden Menschen ist, in diejenigen Länder, die die Hauptverantwortung für ihre Fluchtgründe tragen, zu kommen und dort das Recht auf ein menschenwürdiges Leben einzufordern.
- Stopp der Resourcenverschwendung
- kein weltweiter Einsatz der Bundeswehr
- Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit

Arbeitsergebnis der AG Gegenkongreß

Wir streben einen Kongreß mit breiter und internationaler Beteiligung an, TeilnehmerInnenzahl: 2000 - 4000.
Der Titel des Kongresses soll lauten:

Widerstand gegen / Befreiung von / Alternativen zur HERRschenden Weltordnung

Als Ober- oder Unterzeile wurde vorgeschlagen:
Internationaler Gegenkongreß oder "Der andere Gipfel". In der Arbeitsgruppe konnte hier keine Einigkeit hergestellt werden.

Zum Ablauf des Kongresses:

Der Kongreß gliedert sich in 2 Teile:
1. Analyse der bestehenden Situation
2. Utopien und Strategien der Befreiung

zu Teil 1:

Eröffnungsplenum mit dem Thema:
Neue Weltordnung: Kolonisierung Osteuropas, Großmachtrolle der BRD,...

Diskussionsforen zu den Themen:

- 500 Jahre Unterdrückung und Widerstand (nicht nur in Lateinamerika), EG '92, Verschuldung als Herrschaftsinstrument im Trikont und in Osteuropa
- Migration, Rassismus, Sexismus
- Ökoimperialismus, Hauptursache der "globalen Ökokrise": das herrschende, kapitalistische Konsum- und Produktionsmodell, Krisenmanagement nach der UNCED
- Instrumente der Herrschaftsicherung, Militarisierung, Eingreitruppen, WEU, NATO, die Rolle internationaler Institutionen wie Weltbank, IWF, KSZE, UNO (reformieren oder abschaffen?)

Nicht aufgenommen in dieses inhaltliche Raster ist der Komplex transnationale Konzerne. In welcher Form er aufgenommen wird, ist noch zu diskutieren.

zu Teil 2:

In diesem Teil soll an den inhaltlichen Schwerpunkten von Teil 1 diskutiert werden, aber eben in Richtung Perspektiven. Konkretere Vorstellungen hat die AG noch nicht erarbeitet.

Zum Rahmen:

Einigkeit bestand in folgenden Punkten:

- Damit die Diskussion keinen akademischen Charakter bekommt, sollen nur ReferentInnen eingeladen werden, die aus ihrer Analyse Widerstand entwickeln bzw. in Befreiungs- und Basisbewegungen arbeiten.
- mindestens 50% der ReferentInnen sollen Frauen sein
- Patriarchale Strukturen und Sexismus müssen in allen Foren thematisiert werden. Das kann nicht allein Aufgabe der Frauen sein, oder als "Frauenfrage" in ein eigenes Frauenforum verbannt werden.
- Es soll die Möglichkeit und der Raum für eine "fraueninterne" Diskussion gegeben sein.
- Es wird ein gleichberechtigter Dialog zwischen dem Widerstand im Trikont und MigrantInnen einerseits und den GegnerInnen der Weltordnung aus den Metropolen andererseits angestrebt. Wo möglich sollen deshalb MigratInnen und die Bewegungen aus dem Trikont schon an der Vorbereitung mitarbeiten.
- Auch die jeweilige Rolle der BRD ist Thema in den einzelnen Foren.
- Der Kongreß darf nicht in Konkurrenz zur Demo stehen (d.h. entsprechende Abstimmung des Zeitrahmens).



Arbeitsergebnisse

Treffen AG "Gegenkongreß" am 8.12.91 in FFM

1. Rahmen/Charakter WWG-Gegenkongreß 1992

* Wir wollen nur ReferentInnen einladen, die aus ihrer Analyse Widerstand entwickeln bzw. in Befreiungs- und Basisbewegungen arbeiten.
* Es wird eine Öffentlichkeitswirksamkeit des Kongresses angestrebt.
* Analyse und Diskussion sollen die Verantwortlichkeit der G7-Staaten/-Regierungen für die herrschenden Zustände in der Welt herausarbeiten.
* Die Diskussion von Widerstandserfahrungen, Alternativen und Strategien zur Überwindung der alten "Neuen Weltordnung" soll auf dem Kongreß breiten Raum haben.
* Es wird ein gleichberechtigter Dialog zwischen Nord/Süd, Widerstand im Trikont und MigrantInnen einerseits und den GegnerInnen der Weltordnung aus den Metropolen andererseits angestrebt. Wo möglich sollen deshalb MigrantInnen und die Bewegungen aus dem Trikont schon an der Vorbereitung mitarbeiten.
* mindestens 50% der ReferentInnen sollen Frauen sein. Patriarchale Strukturen und Sexismus müssen in allen Foren/Arbeitsgruppen thematisiert werden.
* Es soll ein eigenes Frauenforum geben.
* Die jeweilige Rolle der BRD ist Thema in den einzelnen Foren/Arbeitsgruppen.
* Der Kongreß darf nicht in Konkurrenz zur Demo stehen (d.h. entsprechende Abstimmung des Zeitrahmens). Um eine Aktionseinheit - Gegenkongreß/Großdemo/Aktionstage - soll sich bemüht werden.

2. Themenstellungen des Gegenkongresses

* ein eigenes Frauenforum
* 500 Jahre Unterdrückung und Widerstand (nicht nur in Lateinamerika), EG'92, Verschuldung als Herrschaftsinstrument im Trikont und in Osteuropa
* Der Norden macht dicht. Rassismus, Migration, internationale Fluchtbewegungen
* Ökoimperialismus, weltweite Ressourcenausplünderung, Hauptursache der "globalen Ökokrise": das herrschende, kapitalistische Konsum- und Produktionsmodell, Krisenmangement nach der UNCED
* Instrumente der Herrschaftssicherung, Militarisierung, Eingreiftruppen, WEU, NATO, die Rolle internationaler Institutionen wie Weltbank, IWF, KSZE, UNO (reformieren oder abschaffen?), Frage der Zukunft der Nationalstaaten
* Transnationale Konzerne, EG'92-Binnenmarkt

Die Rolle der BRD Die systematische Verletzung von Menschenrechten**Sexismus, geschlechtsspezifische Ausbeutung und Unterdrückung** soll in allem thematisiert werden.

3. nächstes Treffen der "AG Gegenkongreß"

Zu diesem Treffen der gemeinsamen Arbeitsgruppe rufen ClearingHouse, Münchener Koordination, BUKO-Kampagnenkoordination und alle anwesenden Gruppen auf:
25.1.92, 14.ooh in Frankfurt (genauer Ort wird noch bekanntgegeben.
Tagesordnung: Bildung eines Trägerkreises * Plattform für den Kongreß erarbeiten * Arbeitsstrukturen festlegen * Finanzierungsvorstellungen

4. 2. Aktionskonferenz 500 Jahre/WWG

Angestrebt wird 22./23.2.92 oder 29.2./1.3.92 in Frankfurt oder Nürnberg.



Selbstverständnis

Der folgende Text ist als Koproduktion von dem Zettelknecht, Heinz Schenk, Roberto Blanco, Rita Pavone, Adriano Celentano und einigen weiteren GenossInnen entstanden. Wir wollen hier nicht nur unsere Diskussionen und Ideen offenlegen und damit kritisierbar machen, sondern auch interessierte GenossInnen dazu einladen, sich an den Debatten zu beteiligen (sei es, daß Ihr schreibt oder bei uns direkt vorbeikommt). F.e.I.S. will zu verschiedenen Themen auch außerhalb der autonomen Szene Diskussionen führen und eine eigenen Praxis entwickeln.

Als Gruppe haben wir uns seit ca. anderthalb Monaten neu konstituiert, wobei wir unsere Arbeit parallel zu den gemeinsamen Plena schon in AG's aufgeteilt haben. Zur Zeit arbeiten wir in zwei Arbeitsgemeinschaften: Die "Kontakt-AG" kümmert sich darum, daß wir Verbindungen zu verschiedenen Gruppen, die ebenfalls die Organisationsfrage diskutieren oder diskutieren wollen, und zwar in Berlin sowie der übrigen BRD bekommen. Die AG organisiert die Diskussion mit diesen Gruppen und soll Treffen mit ihnen ermöglichen, sowie interessante Diskussionen aus anderen Ländern übersetzen bzw. als Reader veröffentlichbar machen. Unsere zweite Arbeitsgemeinschaft ist die "Lern-AG", die Theoriearbeit nicht so versteht, daß in einem abgeschlossenen Zirkel neuartige Konzepte entwickelt werden, sondern Wissen für viele Menschen, also öffentlich, zur Diskussion gestellt wird. Es geht der AG darum, die Diskussion verschiedenartiger Organisations- und Strukturmodelle voranzubringen, wobei konkret schon eine Veranstaltungsreihe in Planung ist, die Anfang Februar mit einem Seminar zum Spontaneismus beginnen wird.

Die genannten zwei AG's stellen ihre Arbeit auf den wöchentlichen Plena der Gesamtgruppe zur Diskussion (auch für die Leute, die nicht in einer AG arbeiten). Als provisorischen Treffpunkt haben wir die Scharnweberstraße 29, O-1035 Berlin (U-Bhf Samariterstr.), wo wir jeden Freitag um 18[30] Uhr unser Plenum durchführen.

Postadresse von F.e.I.S. ist z. Zt.:

Kolumbien-AG im LAZ
Crellestr. 22
W-1000 Berlin 62

Wozu ein Selbstverständnis?

Mit diesem Selbstverständnis wollen wir das Projekt unserer politischen Gruppe offenlegen und kritisierbar machen. Für eine Diskussion unterschiedlicher Gruppen miteinander und für das Dazukommen neuer Leute ist es notwendig, daß mensch die Linie der einzelnen Gruppen kennt. Im heutigen Szene-Zusammenhang gibt es diese Kenntnis nur für Insider. Wenige Gruppen haben im Moment ihr Konzept zusammengefaßt und veröffentlicht, obwohl sich in der Praxis doch immer wieder zeigt, daß vage unterschiedliche Theorien zugrundeliegen. Eine Diskussion wird dadurch nicht einfacher. Die uns wichtigen Punkte wollen wir hiermit darstellen, ohne damit ein fertiges Konzept bieten zu können.

I. "Wir", das sind Frauen und Männer, in diesem Land geborene Menschen ebenso wie ImmigrantInnen. Da unsere bisherigen Erfahrungebereiche u.a. durch Alter und Lebensstil / Kultur sehr stark eingeengt sind, wollen wir so breit wie möglich die verschiedensten gesellschaftlichen Realitäten von Menschen kennenlernen und zusammnenbringen. Es gibt zwei verschiedene Möglichkeiten, Kämpfe zu führen, ausgehend von der Realität einer sozialen Gruppe, sozialen Klasse oder sexuellen Gruppe einerseits und quer zu diesen Realitäten andererseits. Wir halten die zuerst genannte Möglichkeit sich zu organisieren für notwendig, und als Einzelpersonen sind wir auch in vielen Bereichen entlang spezifischer Unterdrükkungsverhältnisse/gesellschaftlicher Widersprüche organisiert. Daneben halten wir es aber für ebenso wichtig, auch auf eine Organisation hinzuarbeiten, die - über die unmittelbaren Unterdrückungsverhältnisse hinaus und die Teilkämpfe vereinend - einen gesamtgesellschaftlichen Kampf um Befreiung führt. Damit denken wir nicht an eine Führungsorganisation, die sich an die Spitze spezifischer Kämpfe stellt, sondern an eine Form gesamtgesellschaftlicher politischer Organisierung, die es im Moment nicht gibt und die fehlt. (Man kann Probleme zwar konkret erkennen, aber um ihre gesellschaftlichen Ursachen umfassend zu begreifen, muß man abstrahieren, d.h. verallgemeinern können, um von dort zum konkreten/einzelnen zurückzukehren.) Ganz konkret bedeutet das, zu verhindern, daß - wie oft in der Geschichte - durch das Entstehen eines übergreifenden Organisationsansat-

zes andere unmittelbare Ansätze (s. o.) unterdrückt werden. Bei unserer Organisierung wollen wir ein gemeinsames Voneinander-Lernen erreichen, sind uns aber bewußt, daß hier Widersprüche existieren.

II. Unser mittelfristiges Ziel ist es, einer von mehreren Orientierungspunkten in der notwendigen Diskussion um das Entstehen einer revolutionären Organisation zu sein, wie auch eine organisierte Position in sozialen Kämpfen. Dabei stellt sich als zentrales Problem das des Verhältnisses von Theorie und Praxis. Unserer Ansicht nach kann die Linke die "Krise ihrer Inhalte" nicht durch einen Rückzug in die Theorie lösen. Sie braucht wie immer gleichzeitig theoretische und praktische Arbeit, die in einem kontinuierlichen wechselseitigen Entwicklungsprozeß stehen. Beides kann sie nur bewältigen, wenn sie sich den Rahmen für Diskussion und politische Arbeit schafft.

III. Der Aufbau einer eigenen politischen Gruppe (F.e.I.S.) ist für uns desweiteren auch ein Mittel, zwei der bestimmenden Eigenschaften des modernen Kapitalismus, die Objekthaftigkeit, mit der die Mehrheit so lange zum Opfer gemacht wird, bis sie selbst nicht mehr glaubt, auch Subjekt sein zu können, und die Vereinzelung angreifen zu können. Eine politische Gruppe, die ihre Initiative bewußt plant und realisiert, kann eigenes und gemeinsames Handeln ermöglichen. Zielrichtung ist es, nicht mehr nur zu reagieren, sondern selbst Inhalte und Strategien zu bestimmen und wirklich gemeinsam zu handeln: über die Kleingruppe und die (im Grunde genommen individualistische) anonyme Zufallsbewegung hinaus.

IV. Wir verstehen Revolution als einen dialektischen Bewußtseins- und Lernprozeß, der sich in verschiedensten sozialen Kämpfen in der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln muß und weder erst mit dem bewaffneten Aufstand beginnt, noch nach einer Machtübernahme durch RevolutionärInnen beendet sein kann. Vielmehr geht es ständig darum, gegnerischen Macht zurückzudrängen und in dem zurückgelassenen Vakuum Gegenmacht aufzubauen (aber nicht als abgeschottete Subkultur). Das bedeutet aber, Erfolge weniger an dem plakativ radikalen Aussehen einzelner publikumswirksamer Ereignisse zu messen, sondern stärker an ihrer Bedeutung auch als winzige Schritte in einem Gesamtprozeß sozialer Befreiung. Erfolge sind Kämpfe, die der solidarischen Organisierung und dem revolutionären Denken und Handeln Terrain erobern, sei es auch dadurch, daß der herrschenden Klasse Zugeständnisse abgerungen werden, - die ja dann Ausgangspunkte für verstärkte Kämpfe werden können. Das wird tendenziell dann erreicht, wenn wieder mehr Dialog zwischen den Vereinzelten hergestellt wurde und das Gefühl der Ohnmacht gegenüber den zahllosen Herrschaftsmechanismen durch eigenes Handeln durchbrochen wird. D. h., wir finden die Durchsetzung von konkreten Verbesserungen auch innerhalb der heute bestehenden gesellschaftlichen Ordnung notwendig und positiv, wenn in ihr die oben angesprochenen Elemente enthalten sind, sie also eine Verbesserung von Kampfbedingungen für systemfeindliche Bewegungen darstellt.

V. Dabei können weder unser aktueller Begriff von den Inhalten der Befreiung noch unsere jetzigen Kulturformen feststehende Wahrheiten sein. Das heißt, es geht uns nicht um die Vermittlung von Erkenntnissen (von den Wissenden zu den Massen), sondern um einen gemeinsamen/gegenseitigen Lernprozess. Zum Vorantreiben dieses Prozesses sind aber unserer Meinung nach folgende Herangehenswesen gänzlich ungeeignet:

a. Es gibt eine akademistische Art, Politik zu machen, die sich darauf beschränkt, Theorie um ihrer selbst willen zu betreiben und bestenfalls soziale Kämpfe kommentiert, ohne je Teil von ihnen sein zu können.

b. Als das andere Extrem zeichnen sich manche Gruppen aus, die meinen, daß die einzelnen unabhängigen Kämpfe und Verweigerungshaltungen aus ihrer eigenen Dynamik heraus zur Revolution führen und keine verbindende Organisation und Strategie brauchen (spontaneistische Position).

c. Ebenso eindimensional sind andere Gruppen, die die Revolution in erster Linie als ein Problem der Machtübernahme durch die RevolutionärInnen im militärischen Sinne betrachten und sich vor allem auch auf eine hierarchische Wertung der sozialen Kämpfe stützen (Haupt- und Nebenwiderspruch).

Wir wollen uns mit dem Aufbau einer eigenen politischen Gruppe außerhalb dieser drei Positionen stellen

VI. Grundsätzlich ist unsere Gruppe für alle Leute offen, die mit uns bestimmte Grundeinschätzungen teilen, welche hier formuliert sind. Die Gruppe stellt ihre Diskussionen nach außen dar, ist ansprechbar und erreichbar (s.o.). Dazu nutzt sie verschiedene Medien auch außerhalb der autonomen Szene und geht mit Zielen wie Programmen nicht konspirativ um. Diese Offenheit bedeutet auch, daß wir mit Veröffentlichungen nicht warten, bis unsere Diskussionen abgeschlossen sind, sondern daß wir auch den Diskussionsprozeß selbst mit seinen Widersprüchlichkeiten transparent machen.

VII. Obwohl sich F.e.I.S. explizit als Versuch begreift, außerhalb des autonomen Rahmens Politik zu machen, geht es uns nicht um die Schaffung eines bezüglich drinnen und draußen klar abgegrenzten Körpers (Partei, Szene ...). Das bedeutet vor allem, daß wir den Fehler der traditionellen linken Organisationen und Parteien, nämlich für die eigenen Linie zu rekrutieren, nicht wiederholen wollen. Mehr als das

Wachsen der eigenen Gruppe muß die Entwicklung einer übergreifenden Diskussion zur Organisierung Meßlatte der eigenen Praxis sein. Das beinhaltet für uns, daß unter uns unterschiedliche Standpunkte Raum finden müssen, und zwar einmal in Form verschiedener Strömungen und zum anderen in der gemeinsamen Erkenntnis, daß sich unterschiedliche Praxis (z. B. radikale HausbesetzerInnen - Engagements in der Institution Mietergemeinschaft; ArbeiterInnenselbstorganiesierung - Mitgliedschaft in der Gewerkschaft) in ihrer Widersprüchlichkeit durchaus ergänzen kann.

Zusammengefaßt heißt das, - um klarzustellen, wo wir grundlegende Unterschiede zur vorherrschenden autonomen Position erkennen:

1. Offenheit, d.h. das offensive Darstellen und Anbieten linker Konzepte und Organisationsformen ist für einen gesellschaftlich emanzipatorischen Prozeß unverzichtbar.

2. Politik ist wesentlich zielgerichtete Arbeit an der Gesellschaft (Bruch mit der Hinterzimmerpolitik). D.h. einerseits, daß eine gesamtgesellschaftliche Organisierung nicht hauptsächlich auf persönlichen Beziehungen aufbauen kann. Außerdem bedarf politische Arbeit - wie jede andere Arbeit auch - neben der Lustorientiertheit und Kreativität der Planung und innerhalb einer Gruppe der arbeitsteiligen Organisierung.

3. Eine gesamtgesellschaftlich ausgerichtete Organisierung über die unmittelbaren, individuellen Bedürfnisse und die spezifischen Unterdrückungsverhältnisse hinaus ist notwendig.

4. Dazu ist es unserer Meinung nach nötig, eine revolutionäre Organisation aufzubauen; das ist ein Prozeß, in dem wir ein Orientierungspunkt von mehreren sein wollen.

5. Weder sind die Autonomen heute TrägerInnen eines revolutionären Projekts, noch wird ein revolutionäres Projekt ausschließlich aus ihnen hervorgehen. Eine Organisationsdiskussion kann sich deshalb nicht auf die autonome Szene beschränken.

6. Veröffentlichungen in verschiedenen Medien auch außerhalb der Autonomen sollen nicht unbedingt abgeschlossene Stellungnahmen darstellen, sondern den Diskussionsprozeß unserer Gruppe in seiner Widersprüchlichkeit transparent machen.

Für eine linke Strömung!

---

23 12 91

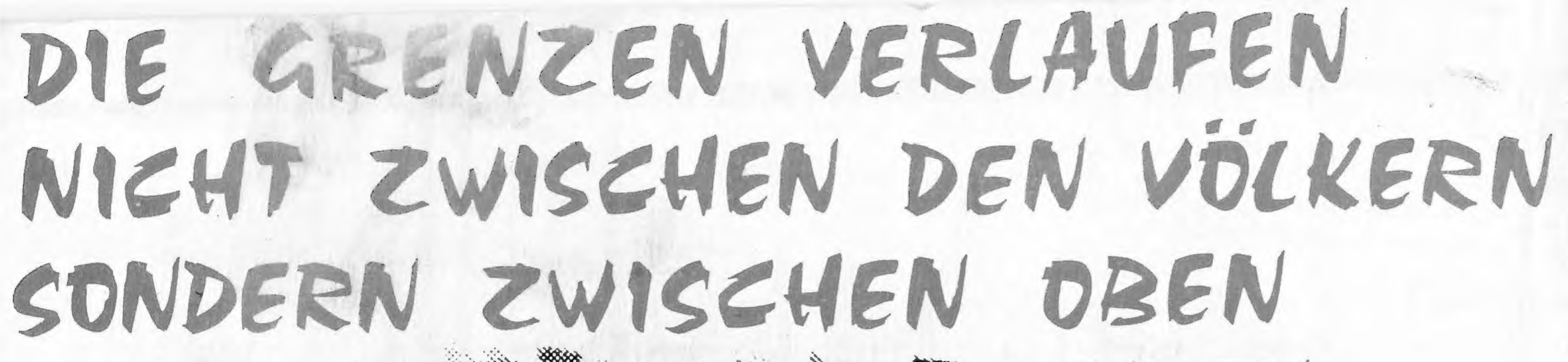
keinen bock mehr auf kreuziger 23
oder unsozialer geht es nicht mehr

hausbesetzerbewegung in be5lin hat eine lange tradition und ist oft erfolgreich gewesen.sie hat unter vielen politischen aspekten vorallem immer zum i ziel gehabt uns ein gemeinsames wohnen in selbst geschaffenen strukturen zu ermöglichen,wohnraum zu beschaffen für leute die wo anders keinen mehr kriegen b.z.w. keinen haben wollen.die wohnungsnot wird in berlin immer grösser,die mieten sind ständig am seigen.obdachlosenzahlen(20000 ca) nehmen zu,vorallem im winter.
wie kann es dann sein,das in der kreuziger 23 einzelne dreizimmerwohnungen bewohnen wo sich in den anderen häusern mehrere ein zimmer teilen müssen.wie kann es sein das in diesem haus einzelne entscheiden wer einziehen darf und wer ausziehen muss.und beispiele gibt es in diesem haus genug dafür. erst vor kurzen mussten zwei leute das haus wegen eines einzelnen verlassen.
wir wollwen gemeinsam leben,gemeinsam entscheiden.wohnraum für alle die welchen brauchen.deshalb können wir nur nochmal wiederholen,anhand der obdachlosen,es kann nicht sein,das sich in einem besetzen haus einer eine dreizimmerwohnung unter den nagel reist wo sich andere zimmer teilen müssen.wir wollen mitentscheidungsrecht für alle und nicht macht für einen einzelnen.
wir nennen keine namen in diesen flugi weil rufmordbetreibung eher die sache von einigen aus der k23 ist.wir nw nennen unsere nicht weil wir schon oft genug massiv gewalt von einzelnen aus der k23 angedroht bekommen haben.
da es schon so lange mit der k23 geht,sehen wir uns inzwischen hilflos allein etwas zu tun,wenn wir nicht das risiko eingehen wollen von hinten eine auf den kopf zu krigen.drohungen gibt es genug genug.wir finden nur das es so nicht weitergehen kann mit der k23 eine öffentliche disskusion wäre angebracht da wir uns von einzelnen aus der k23 bedroht fühlen.beispiele gibt es genug dafür.
wir wollen menschenwürdigen wohnraum für alle,
nicht für den einen paläste und für die anderen hütten.
nicht die macht in die hände eines einzelnen.

einige andere hausbesetzer



samstag 11.1. 13.30
greifswald, mensa am wall, antifa-demo gegen gewalt und ausländerfeindlichkeit
KAUFHOF
samstag 11.1. demo in itzehohe
KNUD + RALF MÜSSEN RAUS
FILM IM EX
Kreuzbergstr. 43
1000 Berlin 61
EL LOCCO
donnerstag 16.1. 19 uhr
rosa luxemburg - textcollage mit video und dias
samstag 25.1. 18 uhr
frauen in widerstand und revolution während des
spanischen bürgerkriegs - vortrag
donnerstag 23.1. 19 uhr
clara thalmann - textcollage mit video und dia
alles nur für frauen!!
gemischtes publikum
sonntag 26.1. 21 uhr
video, medienwerkstatt freiburg,
mit clara thalmann und august souchy
dritte bundesweite Treffen
für eine starke Mobilisierung gegen den
WWG'92 in München
ORT: KOMM in NÜRNBERG (Beim Hauptbahnhof)
ANREISE: Freitag 17.1.92 abends Volxküche im Cafe Molotov/KOMM mit Pennplatzbörse TREFFEN: Samstag 18.1.92 12.ooh Eröffnungsplenum, Arbeitsgruppen (bis die Köpfe rauchen) Sonntag 19.1.92 10-13.ooh Fortsetzung + Abschlußplenum
ALLAH IS GREAT
GG 24
King Ampaw
Ghana 1983
90 Min., Farbe
Spielfilm: engl. O.m.U.
Addey ist Lorry-Fahrer und lebt mit seiner Familie in Kukurantumi, einem Dorf an der Straße nach Accra. Täglich befördert Addey Passagiere nach Accra. Weil die Bremsen des schrottreifen Lorries versagen, hat Addey einen Unfall und verliert seinen Job. Als Bauer will er nicht mehr leben; er verläßt das Dorf und geht nach Accra. Seine Frau Sewa und die Tochter Abena bleiben. Addey's Plan, Abena mit einem seiner Gläubiger zu verheiraten, scheitert. Abena liebt Bob aus Kukurantumi. Die beiden fliehen nach Accra, wo Abena dann den Freund verläßt. Wie ihr Vater hat sie sich der traditionellen Lebensform entfremdet. Trotz der Schwierigkeiten, die das Leben zwischen Tradition und Fortschritt bereitet, bewahren die Figuren des Films ihren Optimismus.
KUKURANTUMI –
Road to Accra
12.1.
SONNTAG
20 UHR
gneisenaustr. 2a 1/61



UND UNTEN

Ab dem 1. Juli 1991 droht über 120.000 Flüchtlingen die Abschiebung aus der BRD.

Allein in Göttingen bedeutet dies für etwa 300 Menschen die Rückkehr in den Hunger, den Krieg, die politische Verfolgung und sexistische Unterdrückung.

Die unerträglichen Bedingungen in vielen Ländern der sogenannten „Dritten Welt", die Millionen von Menschen zur Flucht zwingen, sind die Folge ihrer jahrhundertelangen Ausbeutung durch die westlichen Industrienationen.

Um diesen Zusammenhang zwischen Flucht und imperialistischer Herrschaft zu verschleiern, wird hier die Propaganda von der „Flut der Wirtschaftsasylanten" verbreitet.

Und während sich der wiedererwachende „Stolz ein Deutscher zu sein" in täglichen Angriffen auf AusländerInnen Luft macht, unterschreiben die Ausführenden des staatlichen Rassismus feinsäuberlich die Abschiebungsbefehle.

Lassen wir es nicht zu, daß hier die Menschen nach ihrer Herkunft und Hautfarbe gespalten und gegeneinander ausgespielt werden!

Überlassen wir die Straße nicht den Neofaschisten, sondern zeigen wir unsere SOLIDARITÄT MIT DEN HIER LEBENDEN FLÜCHTLINGEN!

VERHINDERN WIR DIE ABSCHIEBUNG VON FLÜCHTLINGEN

FREIES AUFENTHALTSRECHT FÜR ALLE